Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift

Inhalt:

Politische Glossen / Heuß, Cannes – Genua / Mogens, Der Hintergrund der Ereignisse in Washington / von Wesendonk, Angora und die Entente / Pokorny, Englands Friede mit Irland / Schilling, Masaryk und das deutsch-tschechische Problem / Schultze, Die Brutalisierung des Zukunftskrieges / Lindenau, Strafrecht und Verfassung / Waltemath, Die Brotversorgung des deutschen Volkes und das kleinere Bauerntum / Notizen Neuerscheinungen

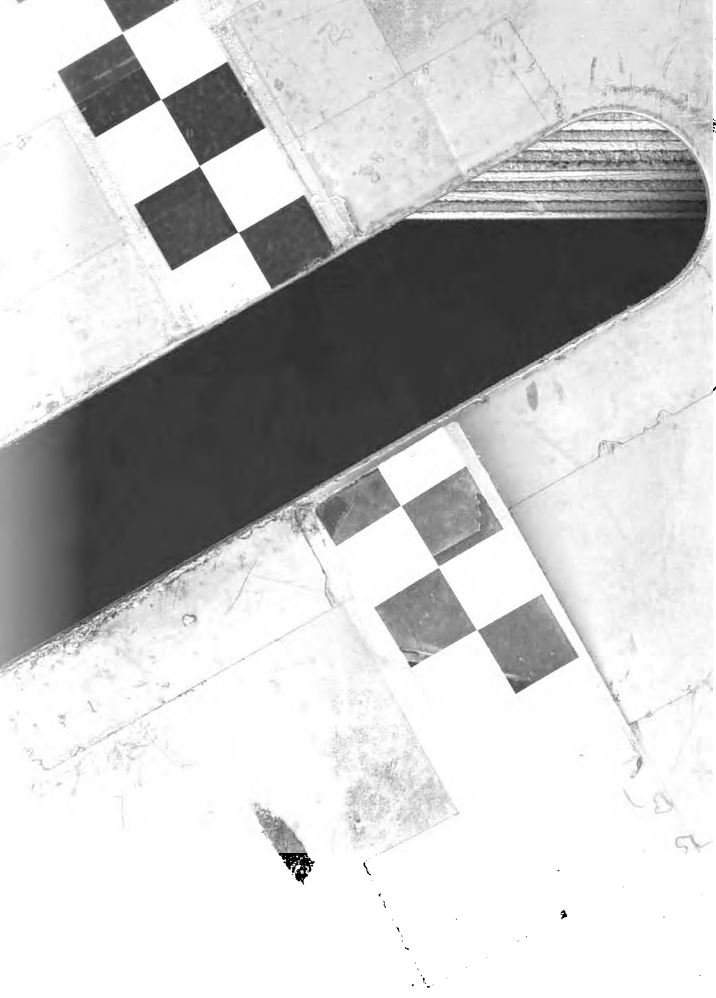
*

7. Jahrg.
Heft 1/2

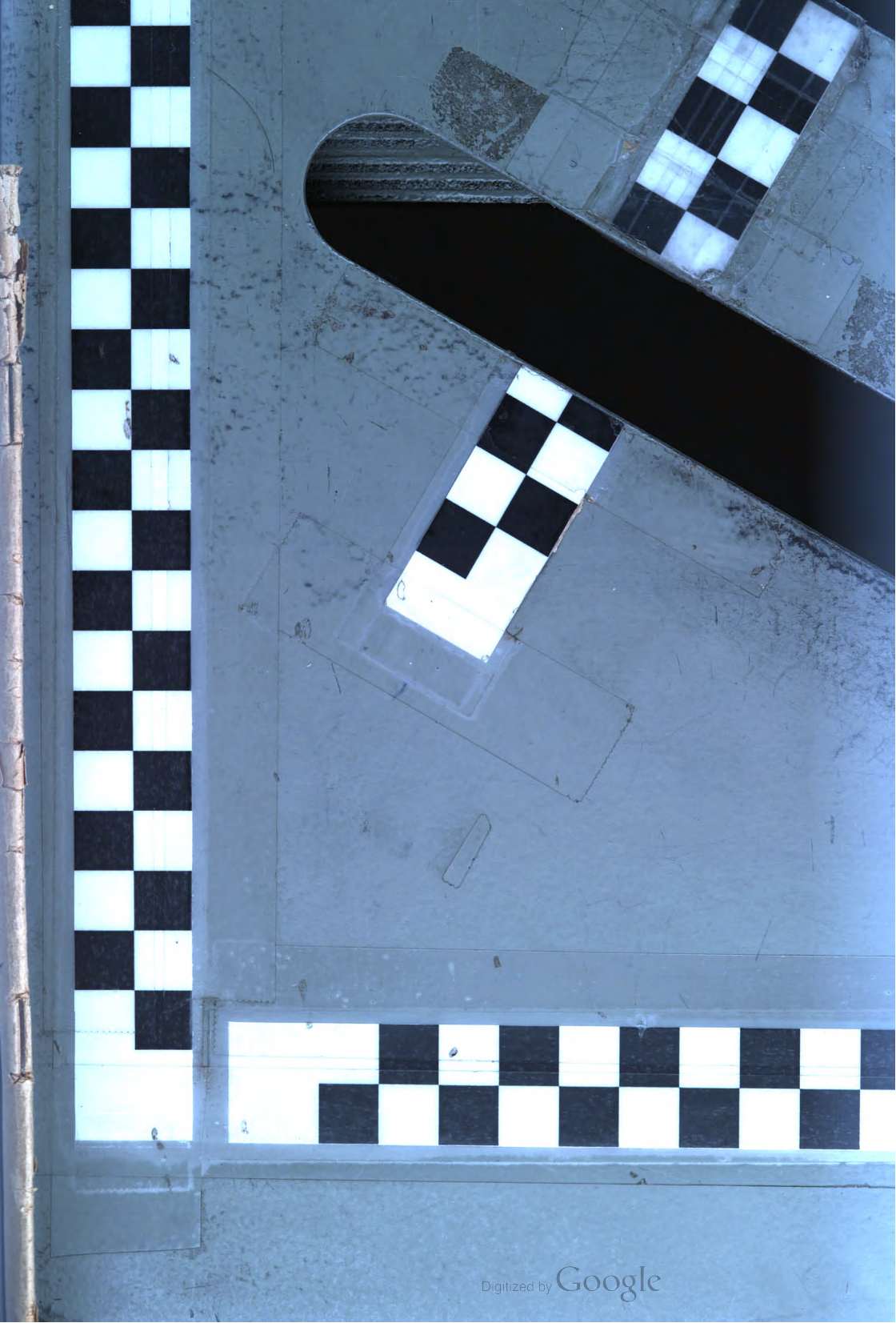
15. Januar 1922

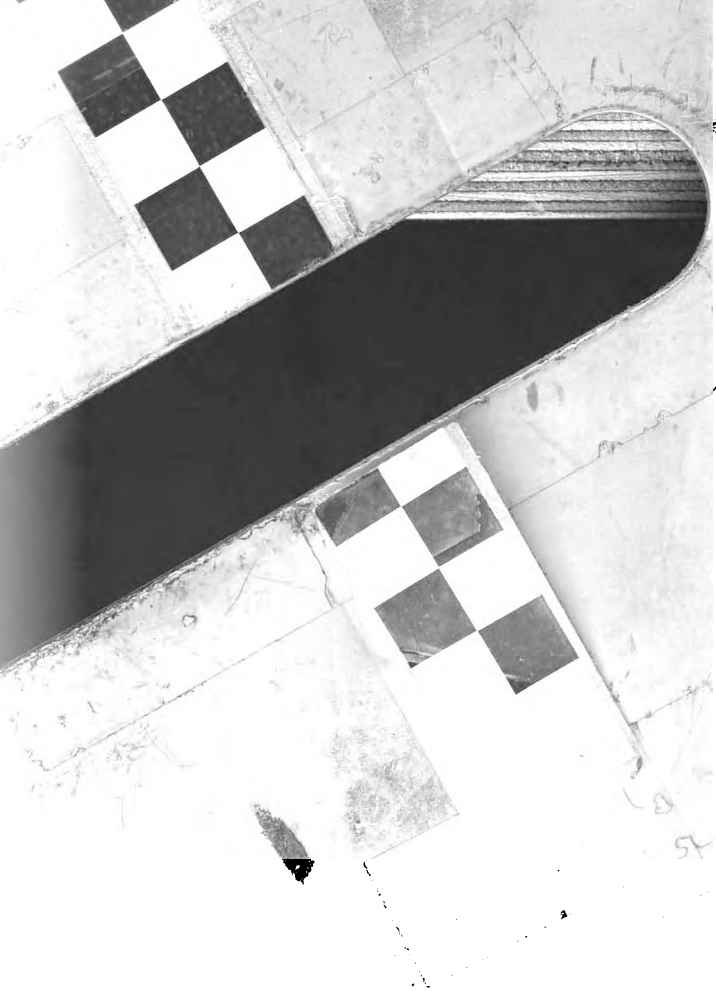
Doppelheft
3 Mark

Digitized by Google

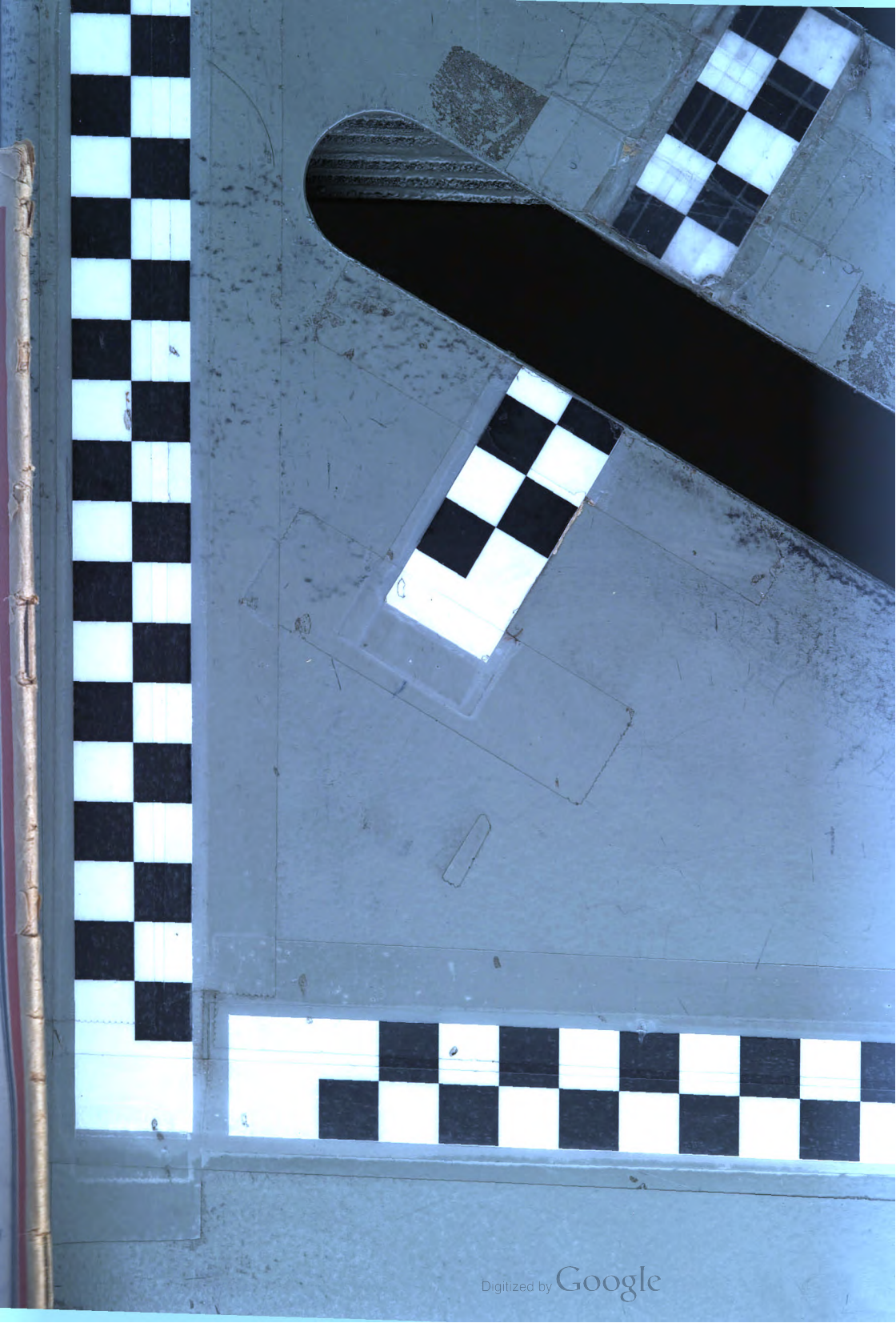


Digitized by Google


Digitized by Google



Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift

Inhalt:

Politische Glossen / Heuß, Cannes — Genua / Mogens, Der Hintergrund der Ereignisse in Washington / von Wesendonk, Angora und die Entente / Pokorny, Englands Friede mit Irland / Schilling, Masaryk und das deutsch-tschechische Problem / Schultze, Die Brutalisierung des Zukunftskrieges / Lindenau, Strafrecht und Verfassung / Waltemath, Die Brotversorgung des deutschen Volkes und das kleinere Bauerntum / Notizen Neuerscheinungen

7. Jahrg.
Heft 1/2

15. Januar 1922

Doppelheft
3 Mark

Deutsche Verlagsgesellschaft
für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN
L

Bosch

Für Kraftfahrzeuge:

Bosch-Zündapparate
Bosch-Kerzen

* *

Bosch-Licht
Bosch-Anlasser

* *

Bosch-Sucher
Bosch-Horn

Für alle Maschinen:

Bosch-Öler

Bosch-Schraubenschlüssel

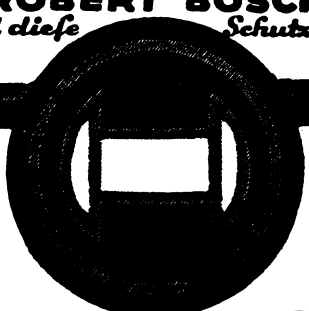
* *

Robert Bosch A.-G., Stuttgart

Deutsche Verkaufshäuser:
Stuttgart: Hoppenlaustraße 9
Frankfurt a. M.-West: Moltke-Allee 49-53
Berlin: Charlottenburg 4, Bismarckstr. 71

* *

Achten Sie auf den Namen
ROBERT BOSCH
und diese Schutzmarke



BHD

Digitized by Google

7. Jahrgang * Januar 1922 * Heft 1/2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Wir müssen die Bezieher der „Deutschen Politik" um Entschuldigung bitten, daß infolge unvorhergesehener verlagstechnischer Schwierigkeiten in der Zustellung unserer Zeitschrift eine Unterbrechung eingetreten ist. Wir werden zum Ausgleich des Ausfalls in rascher Folge einige Doppelhefte erscheinen lassen.

Ueber die in Vorbereitung befindliche Um- und Ausgestaltung der „Deutschen Politik" hoffen wir bald nähere Mitteilung machen zu können.

Verlag und Schriftleitung der „Deutschen Politik".

Politische Glossen

Als der Kanzler Wirth im Frühsommer seine parlamentarische Position festigen wollte, kündigte er zur Freude der Sozialdemokraten an, daß er in der Entscheidung für seine Person die Partei der Nichtbesitzenden ergreifen werde. Das hat man dankbar notiert. Später erklärte er die Erfassung der Sachwerte für ein etwas unklares Schlagwort — das verstimmte ein wenig, denn man hoffte, den Kanzler als Bundesgenossen zu besitzen. Nun aber verwickelte sich die Situation. In dem Auf und Ab der Devisen verflüchtigte sich etwas die „Sachwert"-Theorie — denn die Methoden, sie finanziell zu fixieren, wurden immer fragwürdiger; auf der andern Seite wollte aber die Mehrheitssozialdemokratie verhindern, daß an dieser Stelle die Unabhängigen sich agitatorisch auf sie stürzten. Mit Hilfe und Vermittlung der freien Gewerkschaften wurde also eine Art von Steuerbündnis geschlossen — die Sozialisten fühlten sich mit dieser Fessel stärker, aber es liegt auf der Hand, daß ihre parlamentarische Bewegungsfreiheit zugleich gelähmt war. Man stelle sich übrigens den Lärm vor, den die sozialistische Presse schlagen würde, wenn etwa die Deutsche Volkspartei einen ähnlichen Kontrakt mit

Digitized by Google

den Arbeitgeberverbänden eingehen würde! Die parlamentarische Behandlung des Problems litt bis zum Letzten unter diesen verschiedenen Zwängen, die einer Zeit entstammen, da noch wesentlich die agitatorische Behandlung der Steuerfrage möglich war; erst die spätesten Tage brachten dann den Rahmen eines sachlichen Kompromisses: die Mehrheitssozialisten, um Wirth zu halten, machten sich von ihrer parteitaktischen Fessel frei, und es ergab sich für das Projekt der Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark die „große Koalition der Mitte". Damit ist vor Genua eine vergleichsweise günstige Situation geschaffen; doch bleibt offen, ob und in welchem Umfang sie in der Zusammensetzung des Reichskabinetts verfestigt werden soll.

*

Das Reichsschulgesetz ist der etwas verzweifelte Versuch, die politisch-juristische Formelwelt der Weimarer Grundrechte für die Möglichkeiten der Praxis auszudeuten. Ihre Folge ist, daß der ersehnte Einheitscharakter des Schulwesens in eine Vielheit von Sonderbildungen sich auflöst. Nun wäre dagegen gar nicht so viel zu sagen, wenn man verschiedenen Schultypen das Lebensrecht beläßt — denn die deutsche Bildungsgeschichte wird von manchen Quellen getränkt. Das Bedenkliche ist aber, daß Rechtsansprüche aufgestellt werden, die zur Verewigung kommunaler Schulkämpfe und zu maßlosen finanziellen Ueberlastungen führen können. Deshalb ist zu wünschen, daß dieses Gesetz den Rahmen soweit als möglich nehme, denn gerade auf diesem Gebiet ist die Verwaltung mehr als der Buchstabe der Vorschrift.

*

Von der Weltrevolution ist es merkwürdig still geworden, seitdem der Hunger in Rußland furchtbare Musterung hält. Je mehr Nachrichten aus dem russischen Dorf eintreffen, wo verhungernde Bauern, wie bolschewistische Zeitungen melden, zu Kannibalen werden, um so weniger Aussicht hat das russische Beispiel in Europa Nachfolge zu finden. Dazu kommt, daß Lenin zum Aufbau der russischen Wirtschaft bereit ist, sich dem westeuropäischen Kapitalismus in die Arme zu werfen, wenn nur die neue Oberschicht der 600 000 Kommunisten am Ruder bleibt. Daß er das erreichen wird, ist nicht unwahrscheinlich, weil Trotzki die Waffe der roten Armee scharf erhalten hat. Das Verbleiben an der Macht ist aber für die Bolschewisten das A und O ihrer Politik. Einer der nächsten Mitarbeiter Lenins, Kalinin, hat das kürzlich ohne alle Umschweife zugegeben. Als ihm nämlich Bauern aus der Hungergegend erklärten, daß die furchtbare Not vor allem dadurch entstanden sei, weil die Requisition 190 Prozent der vorgeschriebenen Naturabgabe betragen hätte, gab er ihnen das ohne weiteres zu, stellte ihnen aber die Gegenfrage: „Womit hätten wir aber sonst die rote Armee durchfüttern können." Die ist aber den bolschewistischen Führern natürlich als Stütze ihrer Macht viel wichtiger als einige Millionen Bauern irgendwo im Osten Rußlands. Und deshalb müssen die Bauern jetzt sterben.

Digitized by Google

Cannes – Genua

Von Dr. Theodor Heuß.

24. Januar 1922.

Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage ruht wesentlich darin, daß sich innerpolitische und äußere Fragen an den verschiedenen Stellen überschneiden. Am wenigsten in Frankreich. Dort sind natürlich auch die Budgetnöte groß genug, die zu sehr mit dem deutschen Gold rechnen; aber das überwiegend agrarische Land steht nicht unter dem Druck einer großen Arbeitslosigkeit, die die Kerngebiete der angelsächsischen Reiche peinigt, und die Denkrichtung der Kammermehrheit von 1919 bleibt machtpolitisch eingestellt. Das französische Abgeordnetenhaus kann nicht aufgelöst werden; mit seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist noch über ein Jahr zu rechnen. Aber, wenn nicht irgend wie aus der Welt der gemäßigten Opposition, die vielleicht in dem von Poincaré umworbenen Lyoner Bürgermeister Herriot ihren künftigen Führer hat, eine deutliche innerpolitische Wahlparole geschaffen werden kann, sind die Erwartungen auf einen anderen Charakter der nächsten Pariser Kammer dürftig unterbaut. Denn es wird fast nicht möglich sein, die politische Fragestellung und Phantasie aus den Gleisen herauszureißen, auf die sie durch Versailles eingefahren wurden.

Poincaré wird also nicht so leicht und rasch aus dem Sattel zu heben sein; wenn ihn Lloyd George auch ziemlich derb angefaßt hat, so hat er doch bei der fast völligen Bedeutungslosigkeit der französischen Sozialisten zunächst nur mit einem Unbehagen in manchen Kreisen seines Volkes zu rechnen, nicht aber mit einer Gegenbewegung, die ein deutliches und offenes Ziel besitzt. Das ist seine Stärke. Als er die Zügel in die Hand nahm, die ihm Briand mit einer unwillig-stolzen Geste hinwarf, mochte er sich einen Augenblick als Sieger fühlen, und wohl auch wissen, daß Lloyd George in eine etwas verschleierte und ungewisse Parteiatmosphäre nach London zurückkehre. Deshalb konnte er es wagen, nicht nur Briand den Triumph zu zeigen, sondern auch nach London hinüberzurufen, daß die Technik der künftigen Politik anders aussehen solle. Denn das Schicksal des englischen Kabinetts schien von der Frage der Neuwahlen umwittert, und nachdem George das letzte Mal alle Trümpfe nationalistischer Demagogie ausgewertet hatte, mochte Paris hoffen, daß diese wohl auch für England noch lange glücklichen nationalistischen Karten nun von den Franzosenfreunden sans phrase, Lord Derby und seinem Kreise, gemischt und ausgespielt würden.

Aber darin hat er sich verrechnet. Die erste, unmittelbare und bedeutsame Wirkung des französischen Kabinettswechsels ist der Beschluß des britischen Ministeriums gewesen, die für den Februar geplanten Neuwahlen auf Herbst zu verschieben. Die parteifrommen Unionisten, denen Lloyd Georges Bemühen etwas unheimlich ist, gemeinsam mit Winston Churchill eine Parteibildung zur möglichst ungefährdeten Stabilisierung seiner Herrschaft zu schaffen, sind ebenso eingeschwenkt

Digitized by Google

wie George selber verzichtete, mit dem Erfolg von Washington und der erwarteten Beruhigung Irlands jetzt bald die Wahlen zu bestreiten. England hat, wenn auch die verschiedenen Parteiführer sich auf programmatische Wahlerklärungen bereits eingerichtet hatten und die Reform des Oberhauses als innere Frage deutlich gemacht, in gewissem Sinn die innere Front sofort wieder geschlossen. Denn es wußte, gleichviel wie die Einzelzüge des Premier beurteilt wurden, wie weit bei den verschiedenen Gruppen die Enttäuschung über die Wirkungen des Versailler Diktats vorangeschritten, daß mit dem Auftreten Poincarés der Kampf um das Prestige begonnen habe. Um diesen dreht es sich mindestens so sehr als um die Möglichkeiten, für diese, für jene Frage, heiße sie Angora, Tanger, Schutzbündnis oder Polen, ausgleichende Formeln zu erfinden. Soll England, nachdem es sich vor der Welt und um die Welt in seinem Schatten zu sammeln, für das Verfahren der großen Konferenzen eingesetzt hat, zurückweichen, weil Poincaré unzweideutig sein Mißfallen über diese Art von diplomatischem Brauch zum Ausdruck gebracht?

Es ist natürlich Kinderei, wie es in manchen Linksblättern auch bei uns geschieht (und wie es der selbstverständliche Oppositionsjargon etwa der französischen Sozialisten ist), Poincaré daraus einen Vorwurf zu machen, daß ihm dies Verfahren nicht ganz behagt, ihn als einen in die Art der „überwundenen" Geheimdiplomatie rückfälligen Sünder zu zeichnen, vor dem sich die Gloriole des neuen Heilbringers vom Themsestrand, des Verfechters offener, vertrauensvoller „demokratischer" Methoden strahlend abhebt. Dies Verfahren ist doch einfach durch den gegebenen Tatbestand vorgeschrieben. Frankreichs politisches Aktivum liegt in seiner überlegenen militärischen Rüstung, mit deren moralischer oder tatsächlicher Verwendung seine Stellung aufs engste gebunden ist; es widerspricht aller Tradition, den Druck an diesem Hebel, der die wesentliche Garantie der Souveränität ist, in die Erörterung einer breiten Masse von Staaten zu begeben. Das enttäuschende Ergebnis von Washington ist lehrreich genug. Englands Macht hat auch eine solide Geschwaderunterlage, aber noch mehr basiert sie beim internationalen Konzern in der wirtschaftlichen Gebundenheit der Welt an das Londoner Kraftzentrum, und die Situation will es, daß bei den wichtigsten neutralen Staaten die gleichen Krankheitserscheinungen sich zeigen wie in Großbritannien. Wird etwas geleistet, um den Krankheitsherd auszukurieren, so gewinnt damit auch die andere Welt. England wird Mehrheiten um sich sammeln, aus ganz primitiven Gründen, deren Erkenntnis man sich nicht durch sentimentale Reden zu erschweren braucht; Frankreich aber kommt ganz zwangsläufig immer wieder in die Gefahr, sich zu isolieren. Deshalb will Poincaré an den deutlichen, umrissenen Zielen, an dem vorsichtigen, prüfenden Vorgehen festhalten, bei dem sein eigentliches Machtvermögen stärker als Schatten des Hintergrundes über die Szene fällt. Foch ist viel in London, Brüssel, Rom, ist schon weniger in Washington, ist in Genua ein interessanter Spaziergänger.

Digitized by Google

Lloyd George aber will eine neue Epoche seiner staatsmännischen Wirksamkeit einleiten, indem er mit den Mitteln der Demagogie vergessen machen möchte, was er als Staatsmann gesündigt hat. Sei's drum! Die Rede, die er gegen Poincarés Abneigung vor Vertrauen werbenden Aussprachen gehalten hat, war eine Rede gegen den Lloyd George, der methodisch und sachlich für das Verfahren von Versailles, für die schnöde Szene von Spaa, für den Gewaltakt des Londoner Ultimatums, für die verächtliche Interpretation des fair play in Oberschlesien verantwortlich ist und bleibt. Er versichert die französische und die englische Welt, daß er bei den Bestimmungen des Vertrages bleiben wolle, in Paris soll man keine Angst haben, daß er beginnen werde, sein eigenes Werk preiszugeben, auch in London muß er das französisch-englische Sich-Vertragen als die gegebene Selbstverständlichkeit behandeln, sonst bemächtigt sich eine Opposition der Rechten oder der Linken (Sir Edward Grey!) dieser aus vielen sachlichen Gründen gebotenen Forderung — aber während Lloyd George sich an die Vergangenheit seines eigenen Weges hält, muß sein Wort als Entwertung und Umwertung wirken.

Daß der Kongreß in Genua zusammentreten wird, ist zunächst ein Erfolg der englischen Politik. Wenn er, was bei seiner Ausdehnung und seinem schwer in allgemeine Beschlüsse zu bannenden Aufgabenkreis nicht unwahrscheinlich ist, über weitschallende Deklamationen zunächst nicht hinauskommen wird, mag man in Paris mit einem gewissen Triumphgefühl aufatmen. Poincaré wird bemüht sein, nun er doch dies Erbe Briands vorgefunden hat, entweder selber, oder durch Viviani, der dafür geeigneter ist, für eine möglichst unverbindliche Thesenstellung zu sorgen, im übrigen aber die paar britischen Gravamina vorher zu begleichen.

Dabei sieht er sich in einer etwas verzwickten Lage Amerika gegenüber. In Washington scheint, nachdem man den eigenen Militarismus für einige Zeit kontingentiert hat, der europäische wieder das Plakat zu werden, gegen das man die öffentliche Meinung führt. Dessen einer Teil heißt „rote Garde" und das klingt den Franzosen nicht übel im Ohr, wenn einflußreiche Senatoren die U. S. davor bewahrt wissen möchten, neben den Vertretern des roten Terrors Platz zu nehmen. Paris erwartet von dieser Empfindung her eine gewisse Stütze für die Sowjetfeindliche Politik, die es (wenigstens öffentlich) führt und die Poincaré sicher nicht ohne weiteres umbauen kann, da ja gerade er in seiner Rolle von 1912 und 1914 dauernd von den Bolschewisten enthüllt wird. Aber in Amerika redet man auch von dem französischen Militarismus und scheint, etwas plötzlich, zu begreifen, daß die deutschen Leistungen der wirtschaftlichen Beruhigung noch nicht allzustark zugeführt, aber in dem Instrument der Beunruhigung, dem starken Heer, weithin aufgegangen sind. Europa ruft nach Amerika und Lloyd George gedachte einen klugen Schritt zu tun, indem er den „Genfer Völkerbund" diesmal ganz auf der Seite ließ — dessen Paragraphengebäude ist zu eng und spröd, zu mechanisch und juristisch, um allen großen Problemen der drängenden Zeit Herberge zu bieten, seine Türe wird von Harding auch nicht gefunden. Wie nun aber, soll

Digitized by Google

Amerika, dem Europa, dem vor allem Frankreich noch Milliarden schulden, sich in das europäische Geschäft begeben, um zu erleben, daß seine Kredite, nach einigen Umleitungen über verschiedene Schleusenkammern, schließlich im französischen Militäretat endigen. Das ist eine zu fragwürdige Anklage. Man mag sich drüben gelegentlich darüber unterhalten haben, ob die Anleihen an das kämpfende Frankreich als eine Art von „Subsidien" zu behandeln seien (und die pflegten in der Geschichte meist nicht zurückbezahlt zu werden); aber jetzt stellt sich die Frage anders dar. Jetzt ist sie des Schwunges und der Romantik entkleidet. Jetzt sieht sie sich nach Zinsen und Garantien um und das Wort Garantien klingt im Munde des amerikanischen Kapitalisten anders als in dem Poincarés, bei dem es fast zum militärtechnischen Begriff geworden ist.

Ob Deutschland von Genua sachlich greifbar etwas zu erwarten hat, bleibt zunächst natürlich ganz in der Schwebe. Die Instanz der Verhandlung ist dort noch nicht sichtbar. Für uns sind Oberster Rat und Reparationskommission einstweilen noch die Faktoren, mit denen peinlich genug zu rechnen ist. Frankreich will aufs äußerste verhindern, daß daran sich das geringste ändere, und es wird, nachdem es in die Auflösung der fälligen großen Rate in kleine Teilbeträge hat einwilligen müssen, an dieser Stelle mit Kritik und Bedrängnis einsetzen. Deutschland hat die Aufgabe übernommen, der Reparationskommission einen Zahlungsplan vorzulegen — aber wer sieht, wie in diesen Wochen wieder die Devisen hin- und herschwanken, weiß, daß ohne eine Aktion, die dieses Verfahren auf ganz andere Grundlagen stellt, irgend etwas von Dauer garnicht erreicht werden kann.

Englands Vorschlag, die Barleistungen wesentlich herabzusetzen, dafür die Sachleistungsquote zu erhöhen, ist schön und gut. Das hat man ja auch in Deutschland mit unerschütterlicher Beharrlichkeit gesagt, daß wir allein mit Arbeit bezahlen könnten, und das ist der Sinn des Wiesbadener Abkommens, dieser Anweisung der Versailler Paragraphen eine durchdachte Form zu geben. Warum soll nicht dieser Gedanke erweitert werden? Man soll das tun, zugleich aber auch wissen, daß diese Sachleistungen in dem Umfang, wie sie rechnungsmäßig den Franzosen zugesagt werden, nicht zur Erfüllung kommen können. Aus bösem Willen? Keineswegs. Sondern weil die Franzosen weder so viel bestellen noch so viel abnehmen werden, als dieser Gedankengang erwartet. Es fehlt ihnen drüben noch völlig der Auffangeapparat, und vermutlich werden sie bei ihrer individual-kapitalistischen Denkart etwas Brauchbares garnicht fertig bringen; übrigens ist auch bei uns das System der beiden Typen von Lieferungs- und Leistungsverbänden, der fachlichen und landschaftlich-politischen, noch nicht sehr weit über den Papierentwurf hinaus gediehen.

Dessen soll man sich bewußt bleiben, wenn man in die kalte Winterluft die Nase hinausstreckt, ob vielleicht vom Mittelmeer irgend ein wärmender Föhn spürbar. Es ist noch ziemlich kalt. Wenn aber der Völkertag durch die steilen Gassen der alten Seestadt wimmeln wird, dann ist doch eine Station erreicht: die Entente

Digitized by Google

hat den Bankerott ihrer politischen Technik von Versailles angemeldet. Einstweilen nur der Technik; es bleibt die Frage, wann, wie schnell, auf welchen Wegen das Schwergewicht der Probleme die Bankerottempfindungen auch dem Sachinhalt zuwenden wird.

Der Hintergrund der Ereignisse in Washington

Von Redakteur Victor Mogens, Kristiania.

Die Freiheit des Meeres und die U-Boote

Es gab vielleicht in unserem Land und in anderen Ländern eine Anzahl naiver Menschen, die meinten, daß wenn Deutschland geschlagen wäre, damit das einzige ernste Hindernis für das Einläuten des Zeitalters des ewigen Friedens aus dem Weg geräumt wäre. Wenn der deutsche Militarismus, der Jahre lang den Frieden der Welt bedroht hatte, gebrochen war, würde kein Militarismus mehr existieren, die drückenden militärischen Lasten würden von den Schultern der Menschen genommen, das Schwert würde zum Pflug gewandelt werden, — — — es gab wirklich Menschen, die das glaubten. Diese Naiven müssen in den drei Jahren, die vergangen sind, seit „der Krieg gegen den Militarismus" zu glücklichem Ende geführt wurde, viele bittere Enttäuschungen erlitten haben. Sie sind Zeugen eines militarisierten Europas geworden, wie man es seit den Tagen unserer Urgroßeltern nicht mehr gesehen hat, als die französischen Armeen zuletzt unseren Weltteil beherrschten und Deutschland zuletzt entwaffnet war.

Jetzt, wo Deutschland waffenlos und verarmt ist, unterhält Frankreich eine Armee von 810 000 Mann und 38 500 Offizieren (während Deutschlands Heer sich vor dem Krieg auf 647 000 Mann, 105 000 Unteroffiziere und 30 000 Offiziere belief). Belgien hat sich genötigt gesehen, sein Heer zu verdoppeln, das jetzt 113 000 Mann zählt, Polen hält 450 000 Mann auf den Beinen, Rumänien 206 000, Serbien 160 000, Griechenland, das ständig für Englands und für eigene Rechnung Krieg führt, 400 000 Mann, während Italien sich mit 312 000 Mann begnügt. Eine derartige Statistik, die den Anbruch des ewigen Friedens kennzeichnen sollte, hatte man sich nicht gerade gedacht. Und die, die ihren Marinismus haben, wie steht es mit diesen nach dem „Friedensschluß"? Die englische Regierung veröffentlichte im Sommer zu Agitationszwecken für ihren Flottenplan folgende Zahlen: Während Groß-Britannien seine Flottenausgaben von 48 809 330 Pfund im Jahre 1913—1914 „nur" auf 90 872 300 Pfund im laufenden Finanzjahr erhöht hat, hat Japan seine Bewilligungen für die Flotte von 10 700 000 Pfund auf 48 820 000 Pfund und Amerika von 29 180 900 Pfund

Digitized by Google

auf 134 468 717 Pfund erhöht, — während England sich also nach dem Sieg über „den aggressiven deutschen Militarismus" damit begnügt hat, seine Flottenbewilligungen zu verdoppeln, haben Japan und Amerika die ihren vervierfacht.

Und der Frieden auf Erden hat denn auch im Verhältnis hierzu gestanden. Abgesehen von den vielen kleineren Kriegen, die wie ein Nachhall dem großen folgten, und abgesehen von dem Keim zu künftigen Kriegen, der sorgfältig für die kommenden Geschlechter in den „Friedenstraktaten" verborgen ist, war die Tinte dieser noch nicht trocken geworden, als man von dem nächsten g r o ß e n Krieg wie von einem nahe bevorstehenden Ereignis zu sprechen begann. Was man mit diesem unheimlichen Wort meinte, war nicht immer ganz klar, bald deutete man auf einen Krieg zwischen Japan und Amerika, bald auf einen Bruch zwischen England und Amerika — aber daß Amerika eine der Parteien in dem nahe bevorstehenden Krieg und daß dieser ein Seekrieg sein müßte, war ziemlich sicher.

Es war daher ein natürlicher und erfreulicher Ausfluß des praktischen amerikanischen Anfassens der Dinge, daß Amerika die Initiative zu einer Konferenz zur Behandlung der Probleme ergriff, die einen Krieg hervorrufen könnten, und den Versuch machte, dem wahnsinnigen Wettrüsten, von dem die oben zitierten Zahlen der englischen Regierung einen Begriff geben, einen Dämpfer aufzusetzen. Es ist auch natürlich, daß diese „Abrüstungskonferenz" hauptsächlich die Flotten anging.

Von der Pariser Deklaration bis zum Weltkrieg

Zwei Dinge waren auf dieser Flottenkonferenz bemerkenswert. Das eine ist Frankreichs Kampf für und Englands Kampf gegen die Unterseeboote, das andere — daß das Prinzip „Freiheit der Meere" und das damit zusammenhängende Rechtssystem zur See nicht berührt worden ist. England ist Gegner beider: der Unterseeboote und der „Freiheit der Meere". Es könnte scheinen, daß in einer solchen Behauptung ein Widerspruch liegt: die U-Boote bilden eine Gefahr für die Freiheit der Meere und wer Gegner dieser ist, wird für die Freiheit auf dem Meer eintreten. Aber dieses Raisonnement ist nicht stichhaltig, selbst wenn es von England und England's Advokaten oftmals ins Feld geführt worden ist. Wir wollen die Frage etwas genauer untersuchen und zeitlich etwas zurückgehen.

Für die Kriegführung zu Lande hat das Völkerrecht bestimmte Regeln festgesetzt. Hier ist das Recht des Privateigentums unantastbar, — das Eigentum eines friedlichen Mannes kann von einem ins Land einrückenden Feind nicht weggenommen werden, ohne daß Ersatz hierfür geleistet wird. Es ist nie möglich gewesen, diese über 100 Jahre alte Rechtsregel auf dem Gebiet des Seekriegs durchzuführen. Alle Versuche, die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See gesetzlich festzulegen, sind an England's Widerstand gescheitert.

Gegen dieses Seeräuberrecht in Kriegszeiten wurden im Laufe der Zeit von verschiedenen Ländern die stärksten Angriffe gerichtet, aber stets vergeblich.

Digitized by Google

Preußen und später Deutschland haben verschiedene Versuche gemacht, eine Rechtsordnung durchzusetzen, die unserer Zeit besser entspräche. Ebenso die Vereinigten Staaten, und mit der klaren Begründung, daß „Plünderung dem modernen Völkerrecht widerspricht". Aber England hat sich immer geweigert, auf sein „Recht" zu verzichten, das Gut feindlicher Untertanen, wo auch immer es sich auf dem Meere schwimmend fand, wegzunehmen. Es hat sich stets geweigert die Freiheit der Meere anzuerkennen — „Britannia, rule the waves!"

Andere Länder versuchten durch Seperatabkommen Gebräuche für den Seekrieg durchzusetzen, die besser den Anforderungen der Zeit entsprächen. So schlossen Preußen und die Vereinigten Staaten 1785 ein Abkommen, daß private Schiffe und Waren frei sein und selbst Konterbande wieder erstattet werden sollte. Nach Preußens Krieg mit Dänemark und Preußens Krieg mit Oesterreich gaben beide Parteien einander die Seebeute zurück. Nach dem Krieg 1870–1871 schlug Preußen dasselbe Frankreich vor, aber dieses Land lehnte ab. Nach dem Weltkrieg teilen sogar die Sieger die norwegischen Schiffe unter sich, die von Deutschland als gesetzliche Prise während ihrer Zwangsfahrt mit Waren nach England genommen wurden.*)

Der erste Schritt zu einer besseren Ordnung wurde mit der Pariser Deklaration von 1856 getan. Hier ging England darauf ein, daß die Kaperei abgeschafft werden sollte. Später ist der englische Staat allein berechtigt, zur See das Eigentum feindlicher Untertanen wegzunehmen. Bei der gleichen Gelegenheit ging England ferner darauf ein, daß die neutrale Flagge die feindliche Ladung mit Ausnahme von Konterbande decken, sowie daß neutrale Ladung auf feindlichem Schiff frei sein soll — Konterbande ausgenommen. Aber das Unglück war, daß — weder damals noch später — festgesetzt wurde, was als Konterbande betrachtet werden sollte, und England entzog sich während des Weltkriegs diesen Bestimmungen, die es unter dem Druck einer Weltmeinung seinerzeit gezwungen war anzunehmen, indem es in seine Konterbandelisten alles aufnahm, was zwischen Himmel und Erde ist, und durch seine „orders in council". Um ein Beispiel zu nennen: durch O. i. C. vom 11. März 1915 wurden alle Waren auf dem Meer als verfallen erklärt, die entweder unterwegs nach einem feindlichen Hafen, oder in einen feindlichen Hafen an Bord genommen, oder unterwegs nach einem neutralen Hafen waren, falls sie für den Feind bestimmt oder feindliches Eigentum waren — ohne Rücksicht darauf, ob sie sich unter neutraler Flagge befanden, und ohne Rücksicht darauf, ob sie Konterbande darstellten. Der Mangel an bestimmten Regeln für Konterbande und ein Teil der übrigen Mängel der Pariser Deklaration sollten durch die Londoner Deklaration von 1909 beseitigt werden. Aber diese war noch nicht ratifiziert, als der Krieg ausbrach. Am 6. August 1914 ersuchte Amerika alle Kriegführenden, die Deklaration als bindend anzuerkennen. Deutschland gab

*) Siehe Bericht des norwegischen Presseattachés in London, Mjelde, in den „Times" und anderen Blättern.

Digitized by Google

am 19. August hierzu seine Zustimmung. England antwortete mit dem Vorbehalt gewisser Aenderungen und Zusätze, während es in Wirklichkeit sowohl die Pariser als die Londoner Deklaration beiseite schob, zu den Grundsätzen der früheren Jahrhunderte zurückkehrte und sein Prisenrecht auf alle feindlichen Waren ausdehnte, auch wenn sie unter neutraler Flagge befördert wurden und nicht Konterbande waren.

Die deutsche Antwort auf Englands völkerrechtswidrige Seekriegführung, die die Aushungerung Deutschlands möglich machen sollte, war wie bekannt der verzweifelte U-Bootkrieg. Wie mißglückt dieser auch war — er schadete verhältnismäßig uns Neutralen und Deutschland selbst mehr, als er dem Feind schadete — so lehrte er England doch verstehen, daß die gefährlichste Waffe gegen Englands Oberherrschaft zur See, die einzige Waffe, mit der ein an und für sich schwächerer Gegner einer überlegenen englischen Flotte trotzen und Englands eigne Zufuhren in Gefahr bringen kann, die U-Bootwaffe sei. Daher sein erbitterter Widerstand gegen diese Waffe in Washington, selbst wenn es jetzt seine Freunde die Franzosen sind, die sie gebrauchen wollen. Heute Freunde, aber morgen — — Gegen diesen Widerstand ist vielleicht nichts zu sagen, aber die Argumentation ist nicht gerade überzeugend oder ansprechend. Selbstverständlich sind die Motive die edelsten. Den U-Booten wird im Namen der Humanität entgegengetreten, Balfour nennt sie „Werkzeuge der ungesetzlichen Kriegführung" usw. Und doch konnte nichts das menschliche Empfinden herausfordernder kränken, als die Art, in der England während des Krieges seine Flotte gebrauchte: zur Aushungerung von 60 Millionen Nicht-Kämpfern; jedes Schiff der englischen Flotte war ein Werkzeug im Dienst „der ungesetzlichen Kriegführung".

Die Haager Konferenz von 1907

Wir kehren zu der bemerkenswerten Tatsache zurück, daß die Frage der Freiheit der Meere in Washington nicht in den Vordergrund geschoben wurde; ja, wenn wir uns auf die spärlichen Nachrichten über das, was dort vorgeht, verlassen können, sind dort keine Rechtsgrundsätze angedeutet worden, die während eines Krieges das Privateigentum zur See schützen könnten, so, wie es zu Lande geschützt ist.

Hierin unterscheidet sich die Konferenz von der letzten Abrüstungskonferenz, die die Welt erlebt hat: der Konferenz im Haag 1907, der zweiten Haager-Konferenz. Es ist oft behauptet worden, und wurde während des Krieges eifrig von der Propaganda verbreitet, daß es Deutschlands Schuld sei, wenn diese Konferenz in der Frage der Rüstungs-Einschränkungen zu keinem Resultat geführt habe. Diese Behauptung ist falsch. Wenn auch diese Konferenz resultatlos blieb, wenn auch sie dem nahenden Unglück nicht vorbeugen konnte, das sieben Jahre später eintrat, so ist daran in erster Linie Englands Weigerung schuld, auf die Seekriegsregeln einzugehen, die das Recht des Privateigentums schützen sollten. Bereits auf der Haager Konferenz im Jahr 1899 haben die Vereinigten Staaten, unter-

Digitized by Google

stützt von Holland und Deutschland, einen derartigen Vorschlag gemacht. England verlangte, daß diese, als eine die Konferenz nichts angehende Frage, abgelehnt werde, und als der Präsident von Martens vorschlug, die Konferenz solle den Wunsch äußern, daß die Frage auf einer späteren Konferenz wieder aufgenommen würde, stimmten England, Frankreich und Rußland dagegen — doch erhielt der Vorschlag die Mehrheit. Auf der zweiten Haager Konferenz nahm Deutschland den amerikanischen Vorschlag wieder auf, aber England brachte ihn wieder zum Scheitern. Deutschlands Standpunkt war folgender: „Solange England mit seiner überlegenen Flotte in der Lage sein wird, während eines Krieges mit uns alles deutsche Eigentum zur See wegzunehmen, sind wir genötigt, das Eigentum unserer Untertanen und unseren Handel, so gut wir können, zu schützen. Deshalb müssen wir eine starke Flotte unterhalten. Wenn dagegen England sein Seeräuberrecht aufgeben will, sind wir sofort bereit, über eine Reduktion der Rüstungen, nicht nur zur See, sondern auch zu Lande, zu diskutieren". Aber England weigerte sich, auf diese vernünftige Bedingung zur Erreichung einer Reduktion der Rüstungslast einzugehen — und wurde hierin von Rußland und Frankreich unterstützt. Die zweite Haager Konferenz scheiterte an Englands unerschütterlichem Verlangen des Rechts der Prisennahme. Wir haben während des Krieges gesehen, welche Bedeutung dies für England gehabt hat, und wir verstehen, was es für Deutschland bedeutet haben würde, wenn das Meer frei gewesen wäre, wenn das Völkerrecht den Handel zur See wie zu Lande beschützt hätte.

Praktisch gesprochen war das einzige, das bei den seemilitärischen Unterhandlungen im Haag 1907 herauskam, die Annahme eines internationalen Prisenrechts — und dieses wurde vom Oberhaus verworfen.

England ist seinen Traditionen treu. Es weiß, worauf seine Macht sich gründet: auf der Herrschaft über das Meer,*) und es weiß, das von dem Augenblick an, wo das Meer frei wird, die Welt wohl fortschreiten, seine Macht aber vielleicht zurückgehen wird.

Die Freiheit der Meere und Wilson

Das letzte Mal, daß man versucht hat, das Prinzip „Freiheit der Meere" zu behaupten, war 1918 vor der Friedenskonferenz. Wilson hat unter seinen vielen ausgezeichneten Punkten auch einen aufgeführt, der die „Freiheit der Meere" verlangte. Nummer 2 der 14 Punkte lautete: „Vollkommene Freiheit für Schiffahrt auf dem Meer außerhalb der Territorialgewässer sowohl im Frieden als auch

*) Vierzehn Tage nach Ausbruch des Krieges erinnerten die „Times" an die Worte von Walter Raleigh: „Wer das Meer beherrscht, beherrscht den Welthandel, und wer den Welthandel beherrscht, dem gehören alle Schätze dieser Welt, ja die Welt selbst!"

Am 10. Januar 1916 schrieb die „Morning Post": „Großbritannien, nicht Deutschland, ist in der Lage, daß es dieses oder jenes bestimmen kann. Denn die Kontrolle über das Meer dehnt unsere Front in Wirklichkeit bis zu den Küsten des Feindes aus".

Digitized by Google

im Krieg, es sei denn, daß die Meere ganz oder teilweise für Durchführung der internationalen Beschlüsse geschlossen sein sollten". Wilson's Gedanke war nämlich, daß die Freiheit der Meere durch den Völkerbund garantiert werden und daß eines seiner Machtmittel die Möglichkeit sein sollte, eine Nation zur See vogelfrei zu erklären, falls sie sich weigerte, sich den Entscheidungen des Völkerbundes zu beugen. Unter den fünf Hauptforderungen der amerikanischen Friedensdelegation enthielt auch Nr. 2 die Forderung der Freiheit der Meere: „Die Freiheit der Meere muß durch den Völkerbund gesichert werden, damit Amerika dem Bau einer Flotte entgeht, die genügend stark wäre, um gegen die Willkür irgend einer Nation zu garantieren".

Der einzige von Wilsons 14 Punkten, gegen den England protestierte, war Nr. 2 über die Freiheit der Meere

Hierin lag nicht nur eine Anerkennung der anderen 13 als Friedensgrundlage — und doch wurden sie alle nicht innegehalten, als Deutschland nur im Vertrauen auf diese Grundlage seine Waffen gestreckt hatte — sondern man kann in diesem Protest auch einen Beweis dafür erblicken, wie ernst England eine Forderung des mare liberum ansieht. Es war der einzige Punkt von den vielen, den es feierlich erklärte nicht annehmen zu können. Die Lage war nach Englands Protest etwas peinlich, und sie ließ sich nur auf eine recht schwache Weise retten: indem Wilson erklärte, er hätte vergessen, daß wenn der Völkerbund erst bestände, eine Forderung der Freiheit der Meere unnötig sei, da ja alle Heere und Flotten im Dienst des Bundes stehen sollten! Und da er nicht wünschte, unnötige Punkte aufzustellen, zog er vor, diesen zu streichen.

Wieder war es also England geglückt, die Durchführung dieses Prinzips zu verhindern, aber dieses Mal wie früher sollte es der Welt enorme Summen kosten. Amerika hatte gesagt: Bekommen wir die Forderung der Freiheit der Meere nicht durchgeführt, müssen wir rüsten. Nun sagte es: Bekommen wir in Versailles nicht eine allgemeine und radikale Abrüstung zur See durchgeführt, so müssen wir den Bau einer Flotte in Angriff nehmen, die so stark ist, daß wir es nicht nötig haben, das Seeräuberrecht zu fürchten, dessen Aufrechterhaltung England verlangt. Und der Marineminister Daniels beeilte sich, dem Marineausschuß ein Flottenprogramm über 26 Kampfeinheiten und 130 andere Schiffe vorzulegen, die im Laufe von 3 Jahren fertig sein sollten — mit der Begründung, daß ein solches Flottenprogramm das stärkste Argument in Präsident Wilsons Hand sein würde. Als ein Mitglied des Ausschusses fragte, ob der Marineminister es als einen bedeutenden diplomatischen Vorteil betrachte, wenn Wilson sagen könne, daß Amerika, falls England nicht auf die Einschränkung der Rüstungen eingehe, eine große Flotte bauen würde, antwortete Daniels: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, falls die Versailler Konferenz zu keinem allgemeinen Uebereinkom-

Digitized by Google

men führt, das den Flottenbauten aller Nationen ein Ende macht, die Vereinigten Staaten alle ihre Energie aufwenden und ihre Männer und ihr Geld für die Aufgabe hergeben müssen, die unbestritten größte Flotte der Welt zu schaffen". Auf weitere Anfrage bestätigte Daniels, daß die Forderung, Amerika müsse die stärkste Flotte der Welt haben, Präsident Wilsons Billigung habe.

Von Versailles bis Washington

Die Friedenskonferenz wurde bekanntlich nicht zu einer Konferenz der Rüstungseinschränkungen — Deutschland ausgenommen. Und als die hohen Herren — the big four — auseinandergingen, hatten sie eine neue Aera des Wettrüstens eingeleitet. Englands Weigerung, die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See anzuerkennen, zwang die Völker zu neuen Opfern, die alle alten in den Schatten stellten. Amerika, das mit seiner Drohung Ernst machte, rüstete nicht zu imperialistischen Zwecken, sondern zur Sicherung seiner Handelsflotte. Und Amerikas Wettrüsten mit Englands Flotte zwang Japan nachzufolgen. Das damit einsetzende Wettrüsten machte England bedenklich. Auf die Dauer würde es nicht die wirtschaftlichen Opfer tragen können, die ein Wettrüsten mit Amerika bedeutete, und es sah den Tag kommen, an dem es weder eine zwei- oder drei-Standard-Flotte haben, sondern einfach Nr. 2 auf dem Meer sein würde. Und dann würde vielleicht auch die Freiheit der Meere gesichert sein. Diese düsteren Zukunftsaussichten machten England sehr bereitwillig, die amerikanische Einladung zu einer Abrüstungskonferenz anzunehmen. Eine solche konnte England nur Vorteile bringen. Nach dem zu urteilen, was bisher vorliegt, behält es auch seine Stellung als leitende maritime Macht — und diese Stellung zu halten wird jetzt viel billiger sein als bisher.

Jetzt führt England seinen Kampf gegen die U-Boote — die einzige Waffe, die seine absolute Herrschaft zur See zweifelhaft machen kann. Mr. Balfour und Lord Lee kämpfen sehr geschickt. Als Resumé der englischen Aeußerungen diktierte Balfour folgendes zu Protokoll: „Daß der Gebrauch von Unterseebooten, die für defensive Zwecke von geringem Wert sind, notgedrungen zu Handlungen führt, die mit den Kriegsgesetzen und humanen Rücksichten unvereinbar sind, und die englische Delegation wünscht, daß alle Nationen sich zusammenschließen sollen, um seine Aufrechterhaltung zu verbieten." Auf der anderen Seite steht Frankreich mit seiner Forderung einer starken Ubootflotte, einer Forderung, die England als gegen sich gerichtet ansieht.

Aber weshalb stellt Frankreich nicht die Forderung der Freiheit der Meere auf? fragt man sich. Ist es, weil es für Frankreich zu peinlich sein würde, diese Forderung nach Deutschland aufzustellen, eine Forderung, die Deutschland mehr als 100 Jahre lang aufgestellt, für die es Opfer gebracht und geblutet hat? Frankreich

Digitized by Google

weiß ja auch, daß England antworten kann: „Hat Clemenceau deshalb 1918 in Paris Lloyd George geholfen, Wilson zum Fallenlassen dieser Forderung zu bringen, damit Ihr sie 1922 in Washington selbst aufstellen könnt?" Frankreich ist durch seine Vergangenheit gebunden, und die republikanische Regierung in Amerika fühlt keinen Drang, „einen Wilson'schen Punkt" aufzunehmen.

Während des Krieges mußte Frankreich selbstverständlich dem englischen Standpunkt in der Ubootfrage beitreten, solange diese Waffe von den Deutschen geführt wurde. Aber die wirkliche Meinung der französischen Marine-Autoritäten war eine ganz andere, und nach dem Krieg kam sie zu Worte. In Washington zitierte Lord Lee mit Entsetzen einen Artikel aus „Revue Navale Francaise", in dem über die Uboote wie über eine Waffe gesprochen wird, von der Frankreich nicht Abstand nehmen kann, da es die einzige Waffe ist, die Frankreich hoffen lassen kann, eine fremde Flotte zu besiegen. Er hätte auch folgende Aeußerung des offiziellen Organs des französischen Marineministeriums „Revue Militaire" zitieren können:

„Es ist die höchste Zeit, daß mit all den falschen Vorstellungen aufgeräumt wird, die wegen Deutschlands Anwendung der Ubootwaffe herrschen. Der Unterseekrieg war vollständig berechtigt, und das Gegenteil zu behaupten ist nicht nur unsinnig, sondern gibt militärisch gesehen ein vollkommen falsches Bild. Es ist auch an der Zeit, daß die Auffassung, Deutschlands Anwendung der Unterseeboote stimme nicht mit den Gebräuchen des internationalen Kriegsrechts überein, abgetan wird; diese Auffassung, die fälschlich während des Krieges verbreitet wurde, könnte auch unserer nationalen Verteidigung jetzt und in Zukunft großen Schaden zufügen. Von diesem höheren Gesichtspunkt aus muß, abgesehen davon, daß es während des Weltkriegs die Deutschen waren, die die Uboote in größerem Maßstab anwandten, ohne Vorbehalt eingeräumt werden, daß die oberste deutsche Heeresleitung in ihrem guten Recht war, wenn sie diese Waffe als ein Mittel zum Endsieg benutzte. Den Protesten zum Trotz, die sich während des Weltkrieges gegen das Ubootwesen erhoben haben, muß daher mit größter Bestimmtheit daran festgehalten werden, daß es vom militärischen Standpunkt aus vollkommen berechtigt war. Auch ist die Forderung vollkommen unberechtigt — wie es zu Anfang des Krieges geschah — daß ein feindliches Schiff gewarnt werden müßte, ehe es torpediert wird. Es handelt sich hier um eine prinzipielle kriegsrechtliche Frage, über die bei demjenigen, der die Verantwortung für die Leitung eines Krieges zu übernehmen hat, nicht der geringste Zweifel herrschen kann. Die Anwendung der Ubootwaffe während des Weltkriegs als entscheidenden Faktor war daher in jeder Hinsicht korrekt."

Es ist selbstverständlich sehr gut, wenn die Washingtoner Konferenz Bestimmungen annimmt, die auf einen „humaneren" Ubootkrieg hinzielen, als wie ihn die Deutschen in der letzten Hälfte des Krieges führten. Aber sie werden sich als wertlose Papierbestimmungen erweisen, solange eine einzelne Macht das

Digitized by Google

Prisenrecht aufrechterhält und solange gerade diese Macht die herrschende zur See ist. Wenn das nächste Mal ein Land im Krieg mit England seine Zufuhren stocken, das Eigentum seiner Untertanen außerhalb des Reichs geraubt, die Neutralen terrorisiert und die heimische Bevölkerung zur Hungersnot verurteilt sieht, wird es wieder mit einem uneingeschränkten Ubootkrieg wie mit einer verzweifelten ultimo ratio antworten. Für ein in diese Lage versetztes Land werden die Washingtoner Bestimmungen nur Papier sein, und nichts anderes als Papier, und für die Männer, die zum lebensgefährlichen Dienst in der Ubootshölle berufen werden, wird die Washingtoner Drohung, bei der Gefangennahme als Seeräuber verurteilt zu werden, nur eine lächerliche Drohung und ein weiteres Reizmittel sein.

Der Kampf gegen die Uboote kann nicht eher zum Sieg führen, als bis die Freiheit der Meere von allen Mächten anerkannt ist, bis Rechtsgrundsätze angenommen sind, die das Privateigentum während eines Krieges zur See wie zu Lande sichern und bis es für einen Staat unmöglich ist, Krieg gegen die friedliche Bevölkerung eines anderen Landes zu führen, gegen Greise, Frauen und Kinder, mittels der fürchterlichen Waffe des Hungers.

Angora und die Entente

Von O. G. von Wesendonk.

Der Tagung des Obersten Rates in Cannes sollte in Paris eine gründliche Besprechung der orientalischen Probleme folgen; der französische Ministerwechsel hat auch diesen Plan zunächst vertagt. Die Verhältnisse in der Levante fordern gebieterisch eine Entwirrung. Es ist aber kaum zu erwarten, daß diese sachlich angepackt und durchgeführt wird. Jede Beratung wird die Interessengegensätze der Beteiligten im Orient deutlicher hervortreten lassen und der politischen Leitung Frankreichs damit den Anlaß gewähren, durch Kompensationen Widerstände zu beseitigen, die sich im Obersten Rat gegen die Pariser Pläne hinsichtlich Deutschlands geltend machen könnten. Ist der Gedanke, der pazifischen Konferenz ein Fünfmächteabkommen über den Atlantischen Ozean mit der Möglichkeit einer Beschränkung der französischen Unterseebootsflotte folgen zu lassen, auf Amerika, das die Franzosen unter allen Umständen hinter sich behalten wollen, und auf England gemünzt, so ist der vor kurzem in Konia von Franklin-Bouillon und dem nationalistischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bekräftigte Vertrag von Angora eine Waffe, die Paris den Briten gegenüber anwenden will. Eben Franklin-Bouillons Abmachungen gaben den letzten Anstoß zu einer Revision der bisherigen Orientpolitik der Verbündeten.

Digitized by Google

Eine Aussprache wird nicht viel mehr als einen taktischen Sinn haben. Denn die Vereinigung der Minister Englands, Frankreichs und Italiens vermag den Nöten des Ostens natürlich ebenso wenig zu steuern, wie der Frieden von Sèvres dauerhafte Zustände geschaffen hat. Frankreich selbst hat diesen Vertrag durchlöchert, dasselbe Frankreich, dessen neuer Ministerpräsident Poincaré dauernd darüber Geschrei erhebt, daß das deutsche Volk sich gegen den widersinnigen Vertrag von Versailles aufzubäumen wagt. Aber während die Deutschen wehrlos jedem Uebergriff des um seine „Sicherheit" bangenden Nachbarn preisgegeben sind, ist in Kleinasien eine türkische Macht entstanden, die nicht mit sich spaßen läßt. Unter dem Druck der Verbündeten mußten sich der Sultan und die Regierung von Stambul scheinbar ins Unvermeidliche fügen. Das Eingreifen der indischen Muslime, die in Achmedabad kürzlich wieder ihre Solidarität mit der anatolischen Türkei betont haben, hatte freilich bereits den ursprünglichen Plan zunichte gemacht, den Osmanen Konstantinopel zu rauben und sie nach Anatolien zurückzuwerfen. Zugleich hoffte England, mit Unterstützung der ihm zuneigenden Alttürken die Kriegsgenossen im osmanischen Reich ganz an die Wand zu drücken und aus dem Khalifat ein gefügiges Werkzeug britischen Einflusses zu machen. Nur einer starken und unabhängigen Türkei hätte es vom englischen Standpunkt aus Sinn, die geistliche Oberhoheit zu nehmen, die das Haus Osman seit dem Ableben des letzten, vom Nillande nach dem Goldenen Horn verpflanzten Schattenkhalifen aus dem Hause des Abbas 1538 an sich gebracht hatte. Mit dem Entstehen arabischer Staatswesen konnte ein in arabischen Händen befindliches Khalifat sogar gefährlich werden, namentlich in Aegypten, und Frankreich war in der arabischen Welt ein Mitbewerber, hatte es sich doch eifrig um al Hussein von Mekka beworben und Mulai Jussuf von Marokko in nicht mißzuverstehender Absicht als Kandidaten für das Khalifat vorgebracht.

London und Paris wurden jedoch aller Sorgen um die Gestaltung der Dinge im nahen Osten enthoben durch Mustafa Kemal und die große Nationalversammlung von Angora. Mit Tatkraft nahmen die Osmanen ihr Schicksal in ihre eigene Hand und errichteten in Anatolien ein außerhalb der Machtsphäre der Entente befindliches Türkenreich. Nicht nur militärisch reift dieses zu einem durchaus ernst zu nehmenden Faktor heran. Die Männer von Angora, die im Innern des Landes aus der vaterlandsliebenden Bevölkerung das Menschenmögliche herauszuholen trachteten, verstanden die Stellung der anatolischen Türkei auch politisch auszuwerten. Während in Stambul England langsam bemüht war, den ersten Platz zu erringen, ahnte es nicht, daß sich der Mittelpunkt der Türkei nach der kleinasiatischen Hochebene verschoben hatte. Von der Umgegend von Angora aus hatte der türkische Stamm der Oghuz einst unter Ertogrul und Osman seinen Siegeslauf begonnen, bei Angora schien der Glanz der Osmanen vor dem Mongolen Timur zu erbleichen. Doch ein halbes Jahrhundert nach Bajesids Niederlage stand Mahmud der Zweite bereits vor Konstantinopel. Von Angora aus

Digitized by Google

stieg nach den Schreckenstagen von 1918 der türkische Halbmond wieder siegreich am Firmament auf. Der ehemalige Erbfeind der Osmanen, der russische Zar, war verschwunden. Zu den Bolschewisten knüpfte Angora alsbald Beziehungen an, die beiden Teilen förderlich wurden. Der Islam ist in Rußland kein zu verachtendes Element, zumal sind die Tataren von Kasan geistig hoch entwickelt. Den vom orthodoxen Zarentum bedrückten Muslimen der Krim, des Kaukasus und der Wolgagegend hatte die Türkei, namentlich nach der Einführung des jüngtürkischen Regimes, Aufnahme gewährt, wie einst die absoluten Sultane Tscherkessen und Daghestanern Zuflucht geboten hatten. Ein hervorragender russischer Muslim Aga Ogli Achmed (Agajeff) ist in Angora kürzlich zum Minister fürs Presseweſen ernannt worden. Gerade er, der einst die Zeitschrift „Türk Jordu" in Konstantinopel leitete, hat mit seinem Anhang viel zur Vertiefung des Verhältnisses zwischen dem Islam in Rußland und den Türken beigetragen. Bei den russischen Muslimen in Sowjetrußland fanden die Osmanen energische Unterstützung. Der ausgedehnten orientalischen Propaganda der Bolschewisten kam wieder die Verbindung mit den Türken zugute. Diese erhielten andererseits als Feinde der Westmächte von Rußland Waffen und Kriegsbedarf. Wichtig war für Angora die Freundschaft Moskaus auch wegen der Regelung des Verhältnisses zu den kaukasischen Staatsgebilden, die heute von den Sowjets in aller Stille aufgesogen werden. Die Türken erhielten dadurch eine gesicherte Ostgrenze und wurden der armenischen Sorge entledigt. Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung mit Moskau zeigt sich in Kurdistan. Dessen Autonomie unter französischem oder britischem Mandat war noch im Frieden von Sèvres vorgesehen; sie war auch nötig, falls ein größeres armenisches Staatswesen zustande gekommen wäre. Jetzt bleibt trotz der üblichen Wühlereien bei einzelnen kurdischen Stämmen keine Möglichkeit mehr, einen Keil zwischen Türken und Kurden zu treiben, die im osmanischen Reich und von den Türken Autonomie erhalten können. Am wirksamsten trat die Entlastung der Ostfront aber bei den Kämpfen gegen die Griechen zutage. Die osmanischen Truppen konnten an den Sakhariafluß geworfen und den Hellenen entgegengestellt werden. Ueber Rußland aber nahm Angora auch Fühlung zu den Afghanen, die nach Habibullahs Beseitigung unter Emir Aman ullah Khan ihre Macht zielbewußt und stetig ausbauten. Unter Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen Sunna und Schia knüpften die Nationalisten in Anatolien freundschaftliche Bande zu Persien an. So zeichnen sich die Umrisse eines islamischen Dreibundes ab, der sich auf Rußland stützt und der auf die übrigen, noch abseits stehenden muslimischen Völker stärkste Anziehungskraft ausüben muß.

Als das Reich der osmanischen Sultane im 16. Jahrhundert auf dem Zenith seiner Entfaltung stand, da brach der Rest der Herrschaft der Dschingisiden in Rußland vor Iwan dem Vierten zusammen. Der Sultan von Stambul rührte keine Hand für die muslimischen Khane von Kasan und Astrachan. Ihr

Digitized by Google

Erbe trat der Zar von Moskau an, der sich zum unerbittlichsten Gegner der Osmanen entwickelte. Heute scheint Rußland seine Mission dahin zu verstehen, Mitkämpfer der asiatischen Welt zu sein, nicht aber das Kreuz auf der „Hagia Sophia" aufpflanzen zu wollen.

Nachdem die Bulgaren aus dem Rennen um die Stadt Constantins ausgeschieden waren, fühlten sich die Griechen dazu berufen, Sachwalter des Christentums zu werden. Sie verstanden nicht die Zeichen der Zeit, die auch im Orient religiöse Erwägungen zurückgedrängt hat. Die Tragik des byzantinischen Reiches liegt darin, daß es gegen den Osten auftrat, während es selbst vom Abendland abgelehnt wurde. Die Lateiner, die zu Anfang des 13. Jahrhunderts Byzanz einnahmen, Balduin von Flandern und Enrico Dandolo, der blinde Doge von Venedig, haben dem griechischen Reich das Ende bereitet. Denn das neue byzantinische Kaisertum, das von 1260 ab den Osmanen, aber ebenso den Serben und Bulgaren gegenübertrat, war nur noch ein Schatten der vergangenen Größe, zum Untergang bestimmt, den ein zäher Widerstand verklärte, bis Ostrom mit dem Palaeologen Constantin den Zwölften ein ruhmvolles Ende fand. Venizelos, dem das heutige Griechenland zweifellos viel verdankt, hoffte, auf den Trümmern des Türkenreichs Großgriechenland neu erstehen zu lassen. Auf Gallipoli, an der Pforte Konstantinopels, wehte das weiße Kreuz auf blauem Felde, Serben und Bulgaren waren von der Aegaeis abgedrängt, die Inseln mit Hellas vereinigt und die kleinasiatische Küste sollte unter griechische Hoheit geraten. England, das mit Panzergeschwadern jede Regung der Griechen unterdrücken und Hellas dem Hungertode preisgeben kann, fürchtete die griechischen Pläne nicht. Um so sorgenvoller beobachtete sie Italien, das Rhodos hielt, in Kleinasien ein weites Betätigungsfeld erwartete, in Albanien auf griechische Expansionsbestrebungen stieß und der Entwicklung der griechischen Seemacht mißtrauisch gegenüberstand. So trat Rom an die anatolischen Türken heran, die ein Gegengewicht gegen Venizelos darstellen. Mit dem Tode König Alexanders und der Thronbesteigung Constantins schien eine Wendung einzutreten. Aber Constantin konnte und wollte auf die anatolische Hoffnung nicht verzichten, zumal England ihn anstachelte. Die griechischen Heerführer rieten zwar zur Vorsicht, aber Admiral Keppel, der den König noch in Luzern besucht hatte, und Lord Granville in Athen bestärkten Constantin. Von dem Prestige der Briten ließen sich auch die Berater Constantins wie der erfahrene und besonnene Streit und Nicola Theotoki täuschen, den Iswolksi einmal als den umsichtigsten Diplomaten in Europa bezeichnet hatte. Als London erkannte, daß durch die Alttürken die anatolischen Nationalisten nicht nach Wunsch harmlos gemacht werden konnten, da bot der Ehrgeiz der Griechen willkommenen Ersatz. Mit britischer Unterstützung begann Athen einen Feldzug in Kleinasien, der zum Mißerfolg führen mußte. Die mit ungenügenden Kräften angesetzte Offensive, die von den Griechen im festen Vertrauen auf die englischen Zusagen eingeleitet wurde, lief sich fest

Digitized by Google

und die hellenischen Finanzen erschöpften sich. Die griechische Heerführung ist bemüht, das anatolische Abenteuer möglichst geräuschlos zu liquidieren, denn auch im kommenden Frühjahr sind die Aussichten für ein Vorgehen der Griechen nicht günstiger. Unterdessen bemühen sich Gunaris und Baltazzi in London, Anleihen zu erlangen. Aber dem Erfolglosen borgt man nicht gern und das mißglückte griechische Vordringen hat den Briten dazu noch in Indien wie in Aegypten den Unwillen der Muhammedaner eingetragen, während auf Cypern die Strömung für den Anschluß an Griechenland zunimmt. Man versteht es, daß London aus dem griechischen Engagement gern heraus möchte.

Die Verlegenheiten der Engländer hat Frankreich ausgeschlachtet, das in Nordsyrien und Cilicien die Tatenlust der anatolischen Osmanen empfindlich zu spüren bekommen hatte. Hinter dem Rücken der Briten hatte sich General Gourand überraschend in Damaskus festgesetzt. Frankreich befürchtet nun die Rache des aus Damaskus vertriebenen Faissal, den England in Mesopotamien entschädigt hat. Der Gegensatz zwischen Türken und Arabern ist zwar abgeschwächt und gerade Faissal, der im Kriege als osmanischer Senator zu den ärgsten Feinden des Islam überging, hat längst die Brücke nach Angora geschlagen. Aber gerade deshalb ist die Freundschaft der Anatolier für Frankreich wichtig, kann doch Angora in Bagdad beschwichtigend wirken. Mustafa Kemal und seine Berater griffen rasch zu, als sich durch das Anerbieten Franklin-Bouillons die Gelegenheit ergab, die beiden europäischen Westmächte gemeinsam auszuspielen. Das Abkommen von Angora war sicher ein gewandter diplomatischer Schachzug, der das türkische Ansehen stark hob. Man geht auch fehl, wenn man behauptet, die Nationalisten hätten sich dadurch mit Haut und Haaren den Franzosen verschrieben. Mustafa Kemal gedenkt seine volle Bewegungsfreiheit zu bewahren. Offenbar unterschätzt man in Angora aber die Bedeutung der wirtschaftlichen Zugeständnisse, die Frankreich gemacht worden sind. Ihnen gegenüber bleibt das Recht der militärischen Benutzung der anatolischen Bahn belanglos, das den Franzosen eingeräumt worden ist. England kann dadurch niemals ernstlich gestört werden, und die Franzosen haben davon höchstens lokale Vorteile für ihren Nachschub in Nordsyrien. Nachdem die noch in Bekir Samis Entwurf vorgesehenen französischen Instrukteure für die cilicische Gendarmerie fortgefallen sind, sind die militärischen Bestimmungen des Vertrages von Angora nur noch Beiwerk. Den Kern bildet die Möglichkeit der wirtschaftlichen Erschließung ausgedehnter Teile Anatoliens durch Frankreich, die heute nur [illegible] steht, in Zukunft aber eine für Türken wie Briten gleich bedrohliche Unternehmen kann. Auch in Europa strebt Paris nach der wirtschaftlichen [illegible] will es, gestützt auf sein Heer, die Erzeugung von Kohle und Eisen [illegible] und seine frühere Stellung als führender Bankier wiedererlangen. [illegible] fahr, die das Wirtschaftsmonopol Frankreichs in Europa weit mehr als reine militärische Vormacht in sich birgt, wird man sich in England offenba[illegible]

Digitized by Google

allmählich bewußt. Die den Franzosen in der Türkei eingeräumten Rechte haben dagegen sofort den Argwohn der Briten hervorgerufen. Dort sieht England klarer als in Europa. Die französischen Kapitalisten, denen Angora die Pforten geöffnet hat, können einmal eine schwere Gefahr für die Osmanen werden. Principiis obsta, deswegen darf auch das Selbstvertrauen der Türken sie nicht blind machen für die Bedenken, die der Franklin-Bouillon'sche Entwurf in sich birgt. Italien, das für den Verzicht auf seine kleinasiatische Zone Konzessionen eintauschen wollte, bekommt die Folgen der Sondertour Frankreichs zuerst zu spüren. Sein Unterhändler Tuozzi mußte unverrichteter Sache aus Angora abziehen, wie denn die Italiener von der lateinischen Schwesternation überall beiseite gedrückt werden. Ein Mandat zur Behandlung der zur Erörterung stehenden Angelegenheiten besitzen die Briten, Franzosen und Italiener allerdings nur von den Griechen, die aus der Kriegsnot herausgelangen müssen. England sucht sich dabei den Löwenanteil zu sichern, indem es Smyrna den Griechen nehmen und unter englischer Ueberwachung innerhalb der Türkei autonom zu machen beabsichtigt. Auf Ostthrazien soll Hellas ebenfalls verzichten, das auch Autonomie erhalten, aber türkisch bleiben soll. Frankreich hält bereits die Bulgaren bereit, die auf Grund des Friedens von Neuilly einen wirtschaftlichen Ausgang zum Meer fordern. Die Kosten wird also wohl Griechenland tragen müssen, das nach seinem verfehlten Kriegszug noch in letzter Stunde die Gelegenheit zur unmittelbaren Verständigung mit Angora verpaßte und sich in die Hand der Westmächte gab.

Was aber auch die Ententediplomatie beschließen mag, praktischen Wert haben ihre Entscheidungen erst, wenn die Türken sie annehmen. Angora verfügt über ein starkes Heer, die Franzosen sind vor ihm zurückgewichen und haben Cilicien sowie Nordsyrien bis zur Bagdadbahn geräumt. Im Innern gehen die Nationalisten methodisch und sachlich vor. Moderner Geist ist in Anatolien am Werk, alle Exzesse werden vermieden. Wie die Türken nicht daran denken, den auf ihre Verhältnisse und Ueberlieferungen nicht zugeschnittenen Bolschewismus einzuführen, so haben sie die Einseitigkeiten des Jungtürkentums überwunden. Dessen Irrtümer sind größtenteils auf die Uebertragung unverarbeiteter französischer Theorien auf die Türkei zurückzuführen. Die heutigen Machthaber haben wieder den Wert des Islams für die Türken erkannt. Sie wollen auf das sich [illegible] als wichtige politische Waffe nicht verzichten, so sehr auch die Stellung Nicola Th[illegible] durch die weitgehenden Rechte der Nationalversammlung eingein [illegible] werden sollen. Mit Stambul, wo der in seiner Bewegungsfreiheit von den Alliierten beengte Sultan Khalif residiert, besteht ein grundsätzliches Einvernehmen. Kleinliche Versuche, durch Aufhetzung einzelner türkischer Persönlichkeiten gegen Angora internen Unfrieden zu stiften, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. So hat die Türkei das Heft in der Hand, ohne sie wird die Pariser Zusammenkunft zu einer rein theoretischen Geistesübung. Frankreich

Digitized by Google

darf auch nicht glauben, mit Mustafa Kemal nach Belieben schalten zu können. Wie das Nationalbewußtsein der Osmanen einen dicken Strich durch den Vertrag von Sèvres gezogen hat, so mag Anatolien für den Verband eine Quelle unerwarteter Ueberraschungen bleiben.

Englands Friede mit Irland

Von Universitätsprofessor Dr. Julius Pokorny (Berlin).

Bereits am 24. Juni v. J. hatte Lloyd George an De Valera die Einladung zu einer Konferenz ergehen lassen, es dauerte aber bis 11. Oktober, ehe diese wirklich zusammentreten konnte. Die ganze Zwischenzeit war ausschließlich durch unfruchtbare, theoretische Diskussionen ausgefüllt worden, deren Zweck keinem Eingeweihten zweifelhaft sein konnte: Lloyd George wollte den Beginn der Verhandlungen möglichst nahe an die Washingtoner Konferenz heranrücken, um in Amerika die beruhigende Versicherung abgeben zu können, daß die Lösung der irischen Frage auf dem besten Wege sei; wenn die Verhandlungen, was immerhin möglich war, später gescheitert wären, was lag daran? Mittlerweile hätte England längst seine Ziele in Washington erreicht.

Die Sache verlief aber keineswegs nach dem Wunsche des englischen Premiers und er war sogar durch den Verlauf der Konferenz gezwungen worden, seine geplante Reise nach Amerika aufzugeben. Die irischen Unterhändler ließen sich nicht länger hinziehen und forderten greifbare Ergebnisse. Sie wollten sich keineswegs mit einer untergeordneten Stellung Irlands im britischen Reiche zufrieden geben, sondern verlangten, getreu ihrem Mandat, eine völlig unabhängige Republik, die nur in einem freiwilligen Bundesverhältnis in das Reich eintreten sollte. Viermal waren schon die Verhandlungen abgebrochen worden, da griff Lloyd George zu einem letzten Verzweiflungsschritt. Am 5. Dezember erklärte er den irischen Delegierten, der von ihm vorgeschlagene Friedensvertrag müsse binnen zwei Stunden von der gesamten Delegation einstimmig angenommen werden, widrigenfalls sofort der Krieg wieder aufgenommen werden würde. Es war keine Zeit mehr, sich mit der Heimat in Verbindung zu setzen. Angesichts dieser fürchterlichen Eventualität, die abermals namenloses Unglück über das ganze Land gebracht hätte, wagten es die irischen Vertreter nicht, eine derartig schwere Verantwortung auf sich zu nehmen, und verpflichteten sich durch die Unterzeichnung, den Friedensvertrag dem Dail Eireann zur Annahme zu empfehlen.

Die wichtigsten Punkte jenes Vertrages lauteten:

1. Irland soll als „irischer Freistaat" ein eigenes Parlament und eine diesem verantwortliche Regierung erhalten und gegenüber dem Reich dieselbe Stellung wie Kanada einnehmen.

Digitized by Google

2. Die Mitglieder des irischen Parlaments leisten der Konstitution des Freistaates und dem König „infolge des gemeinsamen Bürgerrechtes Irlands mit Großbritannien" den Treueid.

3. Irland übernimmt einen durch Vertrag oder Schiedsgericht festgelegten Teil der britischen Staatsschulden und entschädigt die infolge des Regierungswechsels entlassenen Beamten und Polizisten, mit Ausnahme der Hilfspolizei und der in den letzten zwei Jahren aufgenommenen Polizisten. Andererseits verpflichtet sich Großbritannien, die irischen Opfer der letzten zwei Jahre und deren Angehörige schadlos zu halten.

4. Das irische Heer darf verhältnismäßig nicht stärker sein, als das Großbritanniens, das auch die Küstenverteidigung übernimmt, bis Irland seine eigene Verteidigung ausgebaut hat. Vier Häfen bleiben dauernd unter britischer „Aufsicht". Zu Kriegszeiten ist Irland verpflichtet, der britischen Regierung alle zur Verteidigung benötigten Häfen zur Verfügung zu stellen.

5. Ulster kann binnen vier Wochen erklären, ob es dem irischen Freistaat beitreten will oder nicht. Im Weigerungsfalle soll eine gemischte Kommission „im Einvernehmen mit den Wünschen der Einwohner, die Grenzen zwischen Nordirland und dem übrigen Irland bestimmen.

*

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vereinbarungen einen ganz ungeheuren Erfolg der unermüdlichen und opferwilligen Politik der Sinn-feiner darstellen. Irland wird dadurch de facto unabhängig, wenigstens soweit die inneren Verhältnisse in Betracht kommen. Es erhält unbeschränkte Verfügung über die eigenen Finanzen, es kann, wie Kanada, eigene Handelsverträge abschließen und eigene konsularische Vertreter in fremde Länder entsenden,*) eine eigene Handelsflotte und eigene Küstenverteidigung ausbauen. Das irische Erziehungs- und Unterrichtswesen wird nur vom Lande selbst geleitet, die reichen materiellen und geistigen Hilfsquellen können in rein nationalem Interesse ungehindert entwickelt werden und jegliche Ausbeutung seitens Englands ist unmöglich geworden.

Es ist wahr, eine völlige politische Unabhängigkeit, eine selbständige irische Republik, wie sie das Volk bei den letzten Wahlen verlangt hatte, ist nicht erreicht worden. Aber setzte die Erreichung dieses Zieles nicht den Zusammenbruch des britischen Reiches oder militärische und politische Zermürbung der englischen Streitkräfte in Irland voraus?

Das britische Parlament hat den irischen Vertrag in beiden Häusern mit großer Mehrheit ratifiziert. Anders die irische Nationalversammlung. Präsident de Valera hat in heftigen Worten gegen das Londoner Abkommen Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß die auf das Programm einer unabhän-

*) Ein Handelsattaché für Deutschland, Mr. Charles Bewley, ist soeben in Berlin eingetroffen.

Digitized by Google

gigen Republik gewählten Abgeordneten nicht das Recht hätten, ohne Befragung der Wähler auf dieselbe zu verzichten. Er hat eine Reihe modifizierender Gegenvorschläge ausgearbeitet, die hauptsächlich darin wurzeln, daß Irland ausschließlich „zu Zwecken des gemeinsamen Interesses mit den Staaten des britischen Gemeinwesens verbunden werden soll" und der König nur „zu Zwecken der Assoziation als Haupt derselben anerkannt wird". Auch soll die gesetzgebende Gewalt ausschließlich dem Volk von Irland zukommen.

Da aber Lloyd George erklärt hatte, der Vertrag müsse als Ganzes angenommen oder verworfen werden, hätten die Annahme jener Veränderungen im irischen Parlament mit ziemlicher Sicherheit zur Wiederaufnahme des Krieges geführt.

Deshalb ist Arthur Griffith, der Führer der Friedensdelegation, der erklärt hatte, er habe den Vertrag nicht als einen, der ihm als Ideal vorschwebte, sondern als einen Vertrag, der die Lebensinteressen Irlands sicherte, unterzeichnet, schließlich mit seiner Ansicht durchgedrungen und am 7. Januar wurde er vom Dail Eireann, allerdings mit einer ganz geringen Majorität von 7 Stimmen, angenommen. Mit einer noch kleineren Mehrheit wurde De Valeras Wiederwahl abgelehnt und Griffith an seiner Statt zum Präsidenten gewählt.

Die neue Wahl ist gewiß auf keinen Unwürdigen gefallen. Arthur Griffith ist der Vater und Begründer der Sinnfeiner-Bewegung, die jahrelang allein durch die Macht seiner Worte aufrechterhalten werden konnte. Ursprünglich war sie als rein konstitutionelle Bewegung im Rahmen des britischen Reiches gedacht gewesen und war erst durch den Beitritt der noch jüngeren republikanischen Partei nach der Revolution von 1916 in das republikanische Fahrwasser gelenkt werden. Es ist natürlich unsinnig, den Gegensatz De Valera-Griffith als Bolschewismus contra Bourgeoisie aufzufassen, wie dies besonders französische Blätter getan haben. Nichts liegt dem irischen Volkscharakter ferner, als Bolschewismus, gleichgiltig welcher Art. Es handelt sich eher um den Gegensatz zwischen Idealismus und Realpolitik. De Valera ist der temperamentvollere, impulsivere von beiden; er stellt seine republikanischen Ideale über alles und würde ihnen unbedenklich Gut und Leben opfern. Griffith ist kein geringerer Patriot als jener, aber ein kühler Realpolitiker, der auch den materiellen Wohlstand seines Volkes zu würdigen weiß, von Natur aus ein gemäßigterer, vorsichtigerer Kopf.

Es ist zu hoffen, daß die Spaltung im irischen Lager nicht derartige Formen annimmt, daß England ein Vorwand zur Vorenthaltung der gewährten Konzessionen gegeben wird — es gibt nicht wenige Politiker auf der Nachbarinsel, die mit Freuden eine derartige Gelegenheit aufgreifen würden, um die Iren um die Früchte ndes jahrelangen Kampfes zu bringen. Einstweilen kann man auch im Interesse Deutschlands den Frieden mit Irland auf das Wärmste begrüßen, vor Allem aus Sympathie mit jenem tapferen national unbeugsamen Volke, dann aber auch, weil sich einerseits durch jene Befreiung wertvolle wirtschaftliche Aus-

Digitized by Google

blicke für die künftigen deutsch-irischen Beziehungen eröffnen, andererseits England durch die Befreiung von dieser politischen Sorge und die Festigung der Beziehungen zu Amerika freie Hand gegenüber dem französischen Chauvinismus erhält.

Masaryk und das deutsch-tschechische Problem

Von Dr. Alexander Schilling (M.-Ostrau).

In Heft 7 vom 11. Februar 1921 begann ich eine Aufsatzreihe über die Stellungnahme deutscher und tschechischer Politiker zum deutsch-tschechischen Problem. In Heft 33 vom 13. August beschloß ich zunächst die Besprechung und Kritik der sudetendeutschen Politik. In Heft 41 vom 8. Oktober besprach ich im allgemeinen die Gedankengänge der tschechischen Politik und kündete weitere Artikel über die Stellungnahme der verschiedenen tschechischen Politiker zu genanntem Probleme an. Wichtige andere Ereignisse, und vor allem meine umfangreiche Tagesjournalistik machte es mir unmöglich, meine Aufsatzreihe fortzusetzen. Die aufsehenerregende Neujahrsbotschaft des Präsidenten Masaryk läßt mich meinen Plan wieder aufnehmen. Und ich beginne die Galerie tschechischer Politiker, deren Stellungnahme zu dem deutsch-tschechischen Problem ich skizzieren will, mit dem würdigsten, auch auf deutscher Seite meist geachteten Präsidenten, mit dem Philosophen, Politiker und Präsidenten: Thomas Georg Masaryk.

Präsident Masaryk hat sich wiederholt zum deutsch-tschechischen Problem geäußert, am ausführlichsten in seiner Antwort auf die Ansprache des deutschen Pfarrers Mollner, in Preßburg (20. September 1921) und in seiner neulichen Neujahrsbotschaft. Diese beiden Kundgebungen sollen Ausgangspunkt unserer Betrachtung sein. Vorher jedoch ein paar Bemerkungen über des Präsidenten Stellung bei seinem eigenen Volke. Selbstverständlich liebt ihn sein Volk und verehrt ihn. Der Tscheche ist nicht so undankbar wie der Deutsche, der nur zu leicht die Verdienste seiner führenden Männer vergißt, er ist noch ursprünglicher, daher auch dankbarer. Bei aller Verehrung aber für den Präsidenten, in dem die Tschechen die Incarnation des Sieges und ihrer Selbständigkeit verehren, ist sein unmittelbarer Einfluß gering. In die aktive Politik kann er schon verfassungsmäßig keinen Einfluß ausüben, auch hat er es bisher ängstlich vermieden, Heerführer im Streite zu sein, so etwas wie ein Programm aufzustellen, ihm Anhänger zu sammeln und es durchzusetzen. Nur wenn die Wogen der politischen Leidenschaft zu hoch gehen, versucht er sie mit kluger, bedachtsamer Hand zu glätten. Er hat es auch versucht, der ehrliche Mittler zwischen Deutschen und Tschechen zu sein, und hierzu wäre er, wie kein zweiter, berufen. Die Vermittlung ist aber an dem Widerstande seiner Volksgenossen und nicht der Deutschen gescheitert. Die Politik des Hradschin hat sich immer durch möglichste Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit ausgezeichnet. Während sonst ein wütender Sturm durch die Straßen Prags heulte, kam vom Hradschin das leise Gesäusel des Zephirs. Diese Politik ist aber nichts

Digitized by Google

für die robuster veranlagten Tschechen. Sie schütteln, wenn sie hübsch unter sich sind, über die Politik des Hradschin den Kopf, verstehen sie nicht und wollen sie nicht verstehen. Die Worte des Präsidenten wecken nirgendwo so geringen Widerhall wie in den Herzen der Tschechen. Masaryk ist ein Einsamer auf seiner stolzen Burg, die nur zu deutlich den Stempel deutscher Kunst auf der Stirne trägt. Es gibt eine kleine Gemeinde vernünftiger Tschechen, die das lateinische Sprichwort noch nicht vergessen haben, das da sagt „quiquid agis, prudenter agas et respice finem" und stets auch an das Ende denken, die nicht nur in der Gegenwart leben, sondern auch die Zukunft in ihrem Sinne gestalten möchten. Mit Schaudern sehen sie, wie das tschechische Staatsschiff, in buntbewimpelter Flaggengala dem Verderben zusteuert. Würde sich Präsident Masaryk an die Spitze dieser Vernünftigen, dieser Versöhnungsbereiten stellen, würde er das Banner der Verständigung entfalten, sein Ansehen gebrauchen und sich dem wilden Chorus der Chauvinisten entgegenwerfen, er könnte Wunder wirken. Was alle Verständigungsbereiten vor allem an seiner Persönlichkeit auszusetzen haben, liegt darin, daß er es bei, oft recht schönen Worten bewenden läßt. Die Tat, die befreiende, zwei in jahrhundertealtem Haß verbissene Völker aus krampfhafter Verstrickung lösende und erlösende Tat, sie bleibt aus. Präsident Masaryk ist hoch betagt. Wie lange ihm noch ein gütiges Geschick die Spannkraft seines Geistes, die Energie seines Wollens aufrecht erhält, kann niemand sagen. In seinem Alter ist jeder Tag ein Geschenk. Nutzt er diese Tage nicht, endet er seinen Lebenslauf, ehe er sein Lebenswerk beendet hat, dann wüßte ich nicht, wem das Wunder gelingen könnte. Dann wird auch sein Volk bitteres Lehrgeld an die Geschichte zahlen müssen. Die Errichtung des tschechischen Staates ist erst halbes Werk; ehe nicht die Verständigung zwischen den beiden Völkern, die ihn hauptsächlich bewohnen, gelungen ist, ist er auf auseinanderstrebenden Pfeilern aufgebaut. Die Geschichte könnte Masaryks beißende Kritik am österreichischen Staate an Masaryks Werke selbst wiederholen. Dabei kann das Werk der Verständigung kein zu schweres sein. Die Deutschen sind seinen hohen Ideen stets zugänglich gewesen. Unter den Sudetendeutschen gibt es keinen verantwortlichen Politiker, der nicht ehrlich eine Verständigung mit den Tschechen wollte. Masaryk brauchte sich daher nur an seine Landsleute zu wenden. Dort allerdings wird er schwerere Arbeit zu verrichten haben. Der nationaldemokratische Abg. Viktor Dyk sprach sich in einer Versammlung am 24. November v. J. sehr abfällig über die Politik des Hradschin aus und meinte: „Auch der beste Präsident ist immer noch geringer als die Republik". Die Stellung, die Präsident Masaryk bei seinen Volksgenossen einnimmt, läßt sich am besten in folgende Variante kleiden:

Wer wird nicht einen Masaryk loben?
Doch wird man nach ihm handeln — Nein!

Digitized by Google

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß auch seiner Neujahrsbotschaft nur sehr beschränkte Bedeutung beigemessen werden kann. Sie ist lediglich als programmatische Willensäußerung der gemäßigten, d. i. einer verschwindend kleinen Richtung im tschechischen Lager zu werten. Ich lasse nun die markantesten Sätze in den beiden Willensäußerungen des Präsidenten folgen und werde sie mit dem sudetendeutschen Standpunkt vergleichen.

„Das alte Regime und der Krieg haben ein großes Mißtrauen zwischen Tschechen und Deutschen hervorgerufen, und nicht nur Mißtrauen, sondern auch Gereiztheit."

Das habsburgische Regime, das sich den Grundsatz zu eigen gemacht hat „divide et impera" und zur Stärkung seiner Hausmacht die einzelnen Völker gegeneinander ausspielte, war einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen nicht günstig. Verfehlt ist aber, wenn, wie so viele Tschechen es zu tun belieben, das habsburgische Regime mit deutscher Herrschaft gleichgesetzt wird. Unter diesem Regime hatten die Deutschen zeitweise nicht weniger zu leiden, als die Tschechen. Man denke nur an die Zeiten Badenis, Taaffes u. a. Es muß auch gesagt werden, wir Sudetendeutschen wären froh, soviel Rechte und Freiheiten zu genießen, als die Tschechen im alten Oesterreich besaßen. Die neuesten wissenschaftlichen Forschungen des Brünner Historikers Berthold Bretholz haben bestätigt, daß Germanen vor den Slaven im Böhmerlande siedelten, diese Wohnsitze nie gänzlich aufgaben, sondern schon seit altersher in den heutigen deutschen Gegenden die bedeutenden Reste der germanischen Völkerschaften der Markomannen und Quaden ihren Wohnsitz hatten. Die Deutschen haben daher in Deutschböhmen, Mähren und Schlesien Urheimat. So hat ein widriges Geschick zwei Völker in einem geographisch einheitlichem Kessel ineinandergeschachtelt. Landhunger trieb die Tschechen immer wieder ins deutsche Gebiet. Die ersten Vorposten wurden germanisiert. Neue Eroberungswellen folgten. So wurden die Deutschen schon seit Jahrhunderten von den Tschechen immer mehr zurückgedrängt. Der Haß der beiden Völker stammt nicht nur von dem Habsburger Regime. Er ist uralt, ist aus dem Boden gequollen, um dessen jede einzelne Scholle hart und zäh gerungen wurde. Erst wenn sich beide Völker in diesem Staate, wie es ja in außenpolitischen Verträgen üblich ist, ihren gegenseitigen Besitzstand garantieren, kann Friede werden. Seine Voraussetzung wäre, daß die Tschechen auf jede weitere Eroberung, jede weitere Tschechesierung verzichten. Der Krieg hat selbstverständlich diese Kluft zwischen den beiden Völkern noch erweitert, fand er doch die Tschechen auf der Seite der Feinde des deutschen Volkes. Masaryk sprach in seiner verhängnisvollen Botschaft vom 22. Dezember 1918 von den Deutschen als „Immigranten und Kolonisten" und gab so selbst den tschechischen Chauvinisten wie einem Krojler das Stichwort zu der läppischen For-

Digitized by Google

derung „wenn es den Deutschen nicht paßt, sollen sie doch auswandern", oder einem anderen Hitzkopfe zu der Bemerkung „die Deutschen sind nur geduldete Gäste". Masaryk würde der Verständigung einen großen Dienst erweisen, wenn er mit seinem ganzen wissenschaftlichen Ernst den Tschechen zurufen würde: Die Deutschen sind in diesem Staate ebenso heimatberechtigt wie ihr, ihrer ist durch tausendjährigem Besitz der Boden.

„Nach meiner Meinung ist die tschechisch-deutsche Frage die wichtigste, ja wir haben eigentlich nur diese Frage."

In einem Artikel „Gedankengänge der tschechischen Politik" habe ich die fast gleichlautende Ansicht des tschechischen Richters Jklik wiedergegeben. Sein Werk wurde allerdings beschlagnahmt. Beschlagnahmen kann man aber nicht die Tatsache, daß der tschechische Staat mit der Lösung der tschechisch-deutschen Frage steht und fällt. Die Deutschen sind daher, genaugenommen, an der Lösung dieser Frage weit weniger interessiert, als die Tschechen. Es wäre daher von ihnen unklug, sich allzusehr zu einer Vereinigung zu drängen. Der tschechische Staat wird entweder mit uns sein, oder er wird nicht sein. Unsere Verhandlungsbereitschaft ist oft genug geäußert worden. Es ist Sache der Tschechen, ob sie schließlich ihre Schöpfung auf der wackligen Spitze einer tschechischen Minderheit von 6.3 Millionen, denen 7.3 Millionen Nichttschechen gegenüberstehen, weiter ruhen lassen wollen, oder ob sie ihn in der Zufriedenheit aller Bürger eine solidere Grundlage zu geben entschlossen sind.

„Bei der Frage unserer nationalen Minderheiten müssen wir gerade die Minderheiten nach Quantität und Qualität unterscheiden."

Ein sehr richtiger Grundsatz. Die Deutschen der Randgebiete, wo sie die erdrückende Mehrheit gegenüber den Tschechen sind, werden sich garnicht als Minderheit fühlen. Es ist daher schon zwischen dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet und den deutschen Enklaven im tschechischen Gebiet ein Unterschied zu machen. Ein noch größerer Unterschied ist aber zu machen zwischen den deutschen und den andersprachigen Minderheiten. Die Deutschen waren in dem ganzen Gebiete der heutigen Tschechoslowakei stets die Träger der Kultur, die Gebenden, die Lehrmeister. Der Haß der Tschechen gegen uns Deutsche ist vielfach nichts anderes als transformierter Neid. Die Deutschen, die die Kapitäne der Industrie und des Handels stellen, die in der Landwirtschaft Musterbetriebe aufweisen, deren Gewerbe und Handwerk blüht und künstlerische Formen annimmt, deren Arbeiterschaft zu den höchstqualifiziertesten gehört, können nicht mit Minderheiten aus polnischen Seifenarbeitern oder karpathischen Analphabeten verglichen und auf eine Stufe gesetzt werden. Gleichheit und Gerechtigkeit sind unvereinbare Begriffe. Gerechtigkeit schließt Gleichheit aus.

„Von tschechischer Seite ist öfters betont worden, daß wir eine Lösung nach Schweizer Beispiel wünschen. Vielleicht könnte man eher vom belgischen Beispiel sprechen, weil Belgien ein

Digitized by Google

einheitlicher Staat ist, während die Schweiz seit altersher in viele selbständige kleine Staaten zerfällt. Unser Staat — und speziell die böhmischen Länder — hat sich historisch einheitlich entwickelt und muß es daher bleiben."

Die „höhere Schweiz" wurde seinerzeit als Lockspeise den Deutschen hingeworfen. Zu Pardubitz verwarf bereits im September 1921 Karl Kramarsch den Gedanken an eine zweite Schweiz. „Die Tschechen hätten es nicht nötig, nach links auf die Deutschen zu schielen und von einer zweiten Schweiz zu „phantasieren". Die tschechoslowakische Republik müsse ein nationaler, tschechoslowakischer und slawischer Staat sein." Allerdings antwortete ihm darauf Alois Hajn im „Cas": „Vielliebereinezweite Schweiz, als ein zweites Oesterreich". Masaryk sucht nun einen Ausweg, indem er das Beispiel der Schweiz aufgibt und das Belgiens zur Nachahmung empfiehlt. Belgien wird von 45,2 Prozent Flamen und 40,9 Prozent Franzosen bewohnt. Das Beispiel der Schweiz ist für uns Sudetendeutsche weitaus günstiger als das Belgiens; denn dieser Staat macht trotz seiner flamischen d. i. deutschen Mehrheit einen rein französischen Eindruck. Die französischen Wallonen haben ihm den Charakter verliehen. Dennoch wären wir Sudentendeutsche schon reichlich zufrieden, wenn die Tschechoslowakei das Beispiel Belgiens nachahmen würde. Die Sprachengesetze von 1873, 1878, 1883 haben den Gebrauch der flämischen Sprache in Schule und Amt gesichert. Im Vorjahre wurden die Flamen durch Gesetz zu einer mit den Wallonen gleichberechtigten Staatsnation erhoben. In der gesamten staatlichen Verwaltung herrscht der Grundsatz der Zweisprachigkeit. In Brüssel, Antwerpen, Ostende, Gent kennt man nur zweisprachige Landestafeln. Alle Schriftsätze sind doppelsprachig. Im Parlament sind beide Sprachen gleichberechtigt. Es gibt keine Staatssprache — hier kehrt sich das belgische Beispiel gegen weitere Worte in der Neujahrsbotschaft des Präsidenten selbst — sondern nur den zweckmäßigen Grundsatz der landesüblichen Sprachen. Wir Sudetendeutschen fürchten nur, daß wir auf das „zweite Belgien" ebenso werden warten müssen, wie auf die „höhere Schweiz", und die Tschechoslowakei bleiben wird, was sie bis jetzt ist: ein Oesterreich in verschlechterter Ausgabe.

„Ueber territoriale Autonomie kann und wird nicht verhandelt werden, das läßt auch die unvorteilhafte Konfiguration der Minoritäten nicht zu."

Diese Worte sind die maßgebenden in der ganzen Botschaft. In ihnen ist Präsident Masaryk nicht weniger unnachgiebig, als ein ausgesprochener tschechischer Chauvinist. Die Forderung nach nationaler Selbstverwaltung ist heute geradezu die Forderung der Sudetendeutschen. Alle deutschen Parteien haben sich auf diese Forderung geeinigt. Am längsten widerstritten die Anhänger der deutschen Nationalpartei, die in dieser Forderung bekanntlich, — allerdings ganz irrig — eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes erblickten. Nun haben sich aber alle deutschen Parteien des

Digitized by Google

Senates auf diese Programmforderung geeinigt und diese Kundgebung trägt auch die Unterschriften der Senatoren der Nationalpartei. Die deutschen Sozialdemokraten haben auf ihrem kürzlich abgehaltenen Reichsparteitag zu Tetschen abermals diese ihre Programmforderung wiederholt und unterstrichen, und betont, daß sie den Kampf hierum gesondert zu führen entschlossen seien. Diese Forderung ist daher eine allgemeine, sie ist aber auch eine primäre. Ohne ihre Erfüllung gibt es keine Verständigung mit den Tschechen, gibt es keine Anerkennung dieses Staates. Masaryk hat nicht immer so gedacht. In der Zeitschrift „Die Zeit" Bd. III, Nr. 82, vom 5. April 1896, schrieb er:

„Wer im Ernste die Freiheit und soziale Gerechtigkeit will, der muß in concreto für die politische Autonomie arbeiten ... Wenn Schlesien ein administratives Ganzes darstellt, warum könnte nicht auch Böhmen in 10, Mähren in 4 Kreise ... zerfallen ... Das Territorium der Kreise wie auch Bezirke sei womöglich sprachlich getrennt. „Ich Herr, du Herr" sage ich mit Harlicek."

Die „Konfiguration der Minoritäten" war aber 1896 im Wesen keine andere als heute. Wenn also 1896 die Freiheit und soziale Gerechtigkeit gebot, für die Selbstverwaltung einzutreten, warum kann dann 1921 über diese Frage nicht verhandelt werden? Die Lösung ist möglich. Man braucht nur dort, wo das deutsche und tschechische Sprachgebiet aneinander grenzen, die Verwaltungsgrenze so zu ziehen, daß Gemeinden mit deutscher Mehrheit auf die deutsche, solche mit tschechischer Mehrheit auf die tschechische Seite fallen. Die dadurch in Böhmen, Mähren und Schlesien geschaffenen Territorien, die, wenn sie auch nicht geographisch zusammenhängen, doch eine Verwaltungseinheit bilden könnten, könnten nun als Gleiche miteinander verhandeln und hinsichtlich der in dem geschlossenen Sprachgebiet eingekapselten Minderheiten einen gegenseitigen Minderheitenschutz vereinbaren, so daß kein Volk auch nur die kleinste Minderheit aufzugeben brauchte. Daran ändert auch die historische Betrachtungsweise des Präsidenten nichts, wie er sie in seiner Ansprache von 20. September 1921 anwendete:

„Die Deutschen in den böhmischen Ländern haben ihre historische Entwicklung durchgemacht und sind in unserem Staat organisch eingegliedert worden. Ein bedeutender tschechischer Politiker, Julius Gregr, hat den Deutschen angeboten, eine nationale Grenze zu ziehen, aber ich bin der Meinung, daß die Deutschen dies nicht annehmen würden; den was wäre geschehen? Ein Teil des sogen. geschlossenen Sprachgebietes würde abgetrennt werden, der andere und größere Teil nicht."

Darauf ist nur zu antworten, daß wir Deutschen, wie ich es oben gekennzeichnet habe, eine solche Grenze wünschen. Peinliche Scheidung ist oft der beste Weg zur Verständigung. Es sei hier auch erwähnt, daß nicht einmal Kramarsch einen solch abweisenden Standpunkt eingenommen hat. Auf der Sofieninsel zu Prag im Oktober 1921 sagte Kramarsch: „Keine territoriale Autonomie, aber vielleicht eine personelle, keine territoriale Autonomie, aber eine kuturelle."

„Unsern deutschen Landsleuten gebührt Anteil an der Administrative und an der Regierung; das versteht sich in der Demokratie von selbst. Diese Mitwirkung setzt allerdings eine loyale Anerkennung des Staates und die Anerkennung ohne jede Zweideutigkeit voraus."

Digitized by Google

Hier kehrt eine übliche tschechische Argumentation wieder, wir gewähren den Deutschen Anteil an Regierung und Verwaltung, wenn sie sich zu einer Loyalitätserklärung bequemen. Ueber den Wert einer solchen Loyalitätserklärung habe ich mich bereits geäußert. Masaryk gibt selbst zu, daß in einem demokratischen Staatswesen kein Staatsbürger, daher auch kein Volk, von einer Teilnahme an den höchsten Staatsgeschäften ausgeschlossen werden darf. Wie kann man aber eine Selbstverständlichkeit noch an eine Bedingung knüpfen? Im übrigen wäre nur der tschechische Staat der Nutznießer einer solchen Teilnahme der Deutschen, da er die deutschen Talente für seine Zwecke verwenden würde. Dieses scheinbare Entgegenkommen ist daher kein wirkliches.

„Unser Staat, wie jeder andere Staat, hat und muß seine Sprache haben, das erfordert auch die Einheitlichkeit und Gedeihlichkeit der Administrative."

Mit diesen Worten verteidigt der Präsident die Staatssprache. Er war jedoch nicht immer dieser Meinung. In der schon oben genannten Zeitschrift sagte er einst:

„Die Regierung, indem sie einseitig die vermeintliche Notwendigkeit einer einzigen Amtssprache festhält, begeht alle Fehler des chauvinistischen Nationalismus und fördert diesen geradezu."

Wie Masaryk über den chauvinistischen Nationalismus denkt, werden wir später hören. Wichtig ist aber, daß Masaryk klug genug ist, die Fiktion des tschechischen Nationalstaates aufzugeben und in der Tschechoslowakei einen gemischten, d. h. Nationalitätenstaat sieht.

„Der tschechische Staat ist ein gemischter Staat" (in der Erwiderung auf Mollner).
„Gemischte Staaten haben in der Zufriedenheit der Bürger einen festeren Kitt als in der Sprache" (Neujahrsbotschaft).

Nachdem sich noch der Präsident über die „pangermanische Ueberhebung" einiger führender deutscher Männer beklagt hatte, als ob die „panslavistische" Ueberhebung und der Herrenstandpunkt der tschechischen Parteiführer nicht viel schlimmer wäre, kam Masaryk auf die Auslandspropaganda zu sprechen.

„Aber es macht mich stutzig die Illoyalität und die bewußte oder außerordentlich leichtsinnige unwahrheitsgemäße Beurteilung und die Aburteilung unserer Administrative und unseres Staates. Dies gilt insbesondere von der Auslandspropaganda. Diese Propaganda ist schon an und für sich illoyal. Heimische Zwistigkeiten sollen und können daheim erledigt werden."

Der Präsident ist nach diesen Worten ein Gegner jeder Auslandspropaganda. Heimische Zwistigkeiten sollen zu Hause ausgetragen werden. Haben sich die Tschechen im alten Oesterreich an diesen Grundsatz gehalten? Damals war Masaryk der Chef dieser Auslandswerbung und die Tschechen haben hierfür ganz andere Summen ausgegeben, als es die Sudetendeutschen heute tun. Daß die Sudetendeutschen keine einheitlich organisierte und mit entsprechenden Mitteln dotierte Auslandswerbung besitzen, ist ein gewaltiger Passivposten in ihrer Politik. Einige deutsche Journalisten suchen durch eigene Tatkraft und mit großen Opfern an Zeit und Geld das einigermaßen zu ersetzen, was Sache des ganzen Volkes wäre. Da-

Digitized by Google

bei ist ihre Arbeit eine Sisyphusarbeit. Die tschechische Staatsgewalt schöpft einfach aus den Steuermitteln, um vor dem Forum der Welt sich ins Recht, die Sudetendeutschen ins Unrecht zu setzen. Die amtliche tschechische Auslandspropaganda ist die großartigste Organisation der Lüge, die ich kenne. Mit dem berüchtigten Memoire III hat es begonnen. Auf einer Lüge wurde die Existenz dieses Staates aufgebaut, und nur ein engmaschiger Stacheldraht von Lügen vermag diesen Staat von der Verachtung einer Welt zu schützen. Was deutscherseits an Auslandswerbung geschieht, ist nur Abwehr, ein Nachhinken der Wahrheit, um einmal da oder dort so ein Lügelchen bei seinen Frackschößen zu erwischen. Die Tschechen verwenden für ihre Auslandswerbung 7 356 000 K. Sie verfügen über 42 Publikationen und 8 deutschgeschriebenen Tagesblättern im Inlande. Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Dr. Benesch vom 10. November sei das Geld für diese Propaganda „gut angelegt". Wie sollten die Deutschen damit konkurrieren können! Wenn aber die Deutschen ab und zu auswärtige Staaten von der fortgesetzten Verletzung der Minderheitsrechte, wie sie in nur zu bescheidenem Ausmaße die Friedensverträge enthalten, in der Tschechoslowakei unterrichten, so üben sie dadurch nur ein ihnen durch eben diese Friedensverträge gewährleistetes Recht. Man behandle die Sudetendeutschen nach den „Grundsätzen der Gerechtigkeit und Humanität", wofür Präsident Masaryk zu Preßburg sein Wort verpfändet hat und wir hätten keinen Anlaß mehr, das Gewissen der Welt zu beschreien.

„Die Frage unserer Politik ist eine Weltfrage. Europa und die Menschheit sind durch den Krieg und die Regelung durch den Friedensvertrag auf einer Stufe angelangt, auf der der nationale Chauvinismus überwunden ist. Der Chauvinismus ist überall Krähwinkelei. Der Chauvinismus ist durch seine Blindheit und seine kleinliche Herrschsucht überall das Grab der Freiheit und Selbständigkeit geworden."

Mit diesen Worten hat Präsident Masaryk unsere vollste Zustimmung gewonnen. Er drückt sich zwar raum- und zeitlos aus, aber jeder, ob Deutscher ob Tscheche, fühlt, diese Worte sind die glänzendste Charakterisierung der Tschechoslowakei. Nach diesem Verdammungsurteil bleibt der deutschen Auslandspropaganda wahrlich wenig mehr zu tun übrig. Die ganze Tschechoslowakei ein einziger Krähwinkel, ein Grab der Freiheit und Selbstständigkeit für uns Sudetendeutsche. Daß aber der Krieg und die Nachkriegszeit den Chauvinismus nicht überwunden, sondern erst zur Reinkultur gebracht haben, dafür ist die Tschechoslowakei ein lebendes und nur zu beredtes Beispiel. Das weiß der Herr Präsident so gut wie wir.

Digitized by Google

Die Brutalisierung des Zukunftskrieges

Von Dr. Ernst Schultze.

An einer großen politischen Kundgebung rief Lloyd George kürzlich der Welt mit allem Nachdruck zu: „Wenn nicht Mittel gefunden würden, um die zwischen den Völkern schwebenden Probleme auf anderem Wege zu lösen, so würde der nächste Krieg Europa in Asche legen."

Niemand, der die Entwicklung der Kriegstechnik verfolgt, kann an der Wahrheit dieser Worte zweifeln. Denn alles, was der Weltkrieg an Leiden über die Welt verhängte, würde in den Schatten gestellt werden, sobald die kriegstechnischen Erfindungen der Zwischenzeit in einem Zusammenprall der heute mächtigsten Nationen zur Wirksamkeit gelangten.

Im englischen Parlament wurde am 3. November 1921 auf die (auch anderen Völkern nicht unbekannte) Tatsache hingewiesen, daß eine furchtbare neue Flüssigkeit hergestellt werden kann (und hergestellt wird), von der drei Tropfen, auf die Hand gebracht, genügen, um den Tod herbeizuführen. Sie kann in großen Mengen hergestellt werden. Flugzeuge, die diese Flüssigkeit mit sich führen, sind imstande, die Bevölkerung einer ganzen Stadt in wenigen Stunden zu töten.

Die Einsetzung eines so brutalen Kriegsmittels schon gegen eine einzige Stadt würde genügen, um die gesamte Bevölkerung des angegriffenen Landes in einen Schrecken und eine Todesfurcht zu setzen, die dem Leben allen Wert nehmen würde. Selbstmorde, Nervenkrisen, allgemeine Verzweiflung würde die Folge sein.

Es handelt sich in der Tat nicht um Uebertreibungen, sondern um Dinge, die entweder schon Wirklichkeit sind oder jeden Tag Wirklichkeit werden können. Feldmarschall Sir Henry Wilson, Chef des britischen Generalstabes, hat in einem Vortrag vor militärischen Sachverständigen Ansichten über den Zukunftskrieg geäußert, die durchaus in dieselbe Richtung deuten. Augenblicklich — so meinte er — herrsche Krieg in verschiedenen Teilen der Welt. Man habe also allen Grund, sich für weitere Kriege bereit zu halten. Der Ausblick für das britische Reich sei bedrohlich und sorgenerregend. — Zwar hat Churchill versucht, die unbequemen Aeußerungen des Feldmarschalls abzuschwächen. Aber Sir Henry Wilson betonte vor seinen Hörern mit allem Nachdruck, daß er mit genauer und spezieller Kenntnis spreche.

Was der britische Feldmarschall in dieser Rede äußerte, erfährt eine furchtbare Bestätigung durch eines der letzten Hefte des „Journal of the Royal United Service Institution". Diese Zeitschrift, die für die Offiziere des Landheeres und der Flotte Großbritanniens geschrieben wird, ist außerhalb des Mitgliederkreises dieses Institutes kaum bekannt. Es könnte jedoch nichts schaden, wenn man diese Zeitschrift öfter zur Hand nähme. Denn sie blickt den Dingen

Digitized by Google

erbarmungslos in die Augen und hält sich von aller Illusion frei, als lebten wir in einem Zeitalter des gegenseitigen Vertrauens der Völker und strebten unmittelbar auf das ewige Reich des Friedens zu. Das „Journal of the Royal United Service Institution" ist voll von Aufsätzen über die Erfahrungen des Weltkrieges und die Lehren, die für Zukunftskriege daraus gezogen werden müssen. Diese Lehren deuten, wie verschiedene Aufsätze dieser Zeitschrift dartun, vor allem in zwei Richtungen: aus der ersten ergibt sich, daß der nächste große Krieg die Schrecken des letzten Weltkrieges gewaltig überbieten wird; und die zweite lautet dahin, daß die Heeres- und Flottenleitung Großbritanniens für den nächsten Krieg Zerstörungsmethoden in Betracht zieht, die man vor fünf Jahren allgemein als so unmenschlich und brutal betrachtet haben würde, daß keine Heeresleitung der Welt sie angewendet hätte.

Als die deutsche Heeresleitung, nachdem ihr die französische darin vorausgegangen war, am 22. April 1915 bei Ypern den ersten Gasangriff unternahm, schrie man in den Ententeländern über diese „unmenschliche Grausamkeit", diese „Feigheit", diese „Teufelei". Heute aber wird dieselbe Teufelei von den englischen Kriegssachverständigen als normaler Bestandteil des Zukunftskrieges betrachtet. Beispielsweise schreibt der Flottenleutnant King Hall in dem „Journal of the Nyal United Service Institution":

„Es ist meine persönliche Meinung, das die Verwendung von Gas möglicherweise die Kriegführung ebenso umwälzen wird, wie das Pulver es seinerzeit tat . . . Man kann das Gas gegen eine feindliche Küstenlinie schleudern. Soviel ich weiß, ist während des letzten Krieges der Vorschlag gemacht worden, das von Motorbooten gegen die belgische Küste zu tun. Der Gedanke wurde nur in Rücksicht auf belgische Empfindlichkeiten aufgegeben. Sollte es aber jemals notwendig sein, Gas in dieser Weise zu verwenden, so würde ein Unterseeboot viele Vorteile bieten, um Gasangriffe durchzuführen, namentlich, wenn es gelänge, das Gas unsichtbar zu machen."

Immer wieder ist vor allem diese Idee des Gaskrieges, die in den Aeußerungen der britischen Kriegssachverständigen, genau wie in denen der Amerikaner, Franzosen usw. zum Ausdruck kommt. So äußerte sich Oberst Fuller, erster Stabsoffizier des früheren britischen Tank-Korps in Frankreich, folgendermaßen:

„Eine neue große Revolution in der Kriegsführung steht zu Lande und zur See in Aussicht — der Gaskrieg. Wir wollen seine Möglichkeiten nicht verkleinern. Vor 500 Jahren schalt der Soldat ebenso wie der Zivilist auf das Pulver und erklärte es für eine teuflische Erfindung, weil es eine neue Erfindung war. Alles Neue hat man seinerzeit Seiner Satanischen Majestät zugeschrieben, die in der Tat der größte aller Erfinder sein muß. Ich muß selbst freimütig zugeben, in dieser Beziehung ein Verehrer des Teufels zu sein, und ich habe das bestimmte Gefühl, daß ich mich im Augenblick unter Freunden und nicht unter Theologen befinde."

Oberst Fuller glaubt, daß sich der Zukunftskrieg vor allem einer großen Anzahl schnell laufender Kraftwagen bedienen wird, die luftdicht gegen die von ihnen selbst entwickelten Gaswolken abgeschlossen sind. Der Antrieb würde durch Akkumulatoren erfolgen. Die Bemannung würde durch Sauerstoffapparate und durch komprimierte Luft vor Schädigungen bewahrt werden. Sie würden Gasapparate mitführen, die große Mengen flüssigen Gases gegen den Feind schleudern würden. Alles Leben würde dadurch zerstört werden. Die ge-

Digitized by Google

samte feindliche Front, gegen die man diese Gaswagen vorschicken würde, würde in Giftgas ertränkt werden. Und diese Atmosphäre des Todes würde auch bei der Belagerung von Städten das Hauptkriegsmittel werden.

Um diesen barbarischen Krieg ein wenig menschlicher zu machen, schlägt Oberst Fuller vor, man solle ein Gas verwenden, das nur im Augenblick die Besinnung raubt, in tiefe Ohnmacht versetzt, aber keine Schmerzen macht. Es würde genügen, wenn die Ohnmacht eine gewisse Zeitlang anhielte. Mindestens würde sie den Feind demoralisieren und ihm die Kraft des Widerstandes rauben.

Aber Oberst Fuller hat Kameraden, denen das zu menschlich wäre. So äußerte sich Generalmajor Swinton, einer der Erfinder des Tanks, in der Diskussion über den Vortrag Fullers folgendermaßen:

„Aus dem Fortschritt, der in der Vergangenheit gemacht wurde, entnehme ich, daß wir in Zukunft uns nicht allein auf die Verwendung von Gas stützen können, sondern daß wir jede einzelne Naturkraft verwenden müssen, die sich uns darbietet. Gegenwärtig läßt sich beobachten, daß eine Tendenz zu Fortschritten in den verschiedenen Formen von Strahlen vorhanden ist, die zu tödlichen Zwecken benutzt werden können. H. G. Wells in seinem „Weltkrieg" (ein kriegstechnischer Roman, der schon vor dem Weltkriege die Schrecken des Zukunftskrieges schilderte) macht Anspielungen auf die Hitzestrahlen der Marsbewohner. Vielleicht sind wir nicht mehr weit entfernt von der Entwicklung irgendwelcher tödlichen Strahlen, die menschliche Wesen, soweit sie unbeschützt sind, außer Gefecht setzen, oder vergiften . . .

. . . Die endgültige Form des menschlichen Krieges ist meiner Ansicht nach der Bakterienkrieg. Ich glaube, daß es dazu kommen wird und, soweit ich sehe, gibt es keinen Grund, warum es nicht dazu kommen sollte, wenn man kämpfen will. In diesem Falle würden die Tanks vielleicht nicht ein solches Universalmittel sein, weil es nicht möglich sein würde, die Ausbreitung von Krankheiten nur dadurch zu verhindern, daß man die Leute in Stahlbehälter oder irgendwelche anderen geschlossenen Behälter steckt, falls man nicht Gegenmittel in der Impfung findet."

Hat dieser Vorschlag, der sich an Brutalität wohl nicht mehr überbieten läßt, in dem Kreise militärischer Sachverständiger, vor dem er ausgesprochen wurde, auch nur die leiseste Gegnerschaft gefunden? Der Sitzungsbericht, der die gesamte Diskussion wiedergibt, verzeichnet nichts darüber. (Siehe das „Journal of the Royal United Service Institution" Seite 296.) Kein Sterbenswörtchen verschwendete einer dieser Offiziere, um auch nur die Frage aufzuwerfen, ob die Menschlichkeit in den Zukunftskriegen so völlig mit Füßen getreten werden darf, daß so brutale Mittel ohne weiteres angewendet werden.

Nur in der Wissenschaft ist eine Gegenströmung zu beachten. In der englischen „Chemical Association", die im Herbst 1921 in Edinburg eine Sitzung abhielt, protestierte der berühmte Chemiker Sir Edwards Thorpe mit Schärfe gegen die Anwendung von Giftgasen im Kriege, die er als einen Schandfleck für die Wissenschaft bezeichnete. Er forderte den Völkerbund auf, Schritte zu tun, um eine weitere Benutzung von Gasen als Kriegsmittel zu verhindern.

Dagegen haben sich zahlreiche Industrielle der Entente für Verwendung von Giftgasen ausgesprochen, weil es eines der „humansten Mittel" der Kriegführung sei. Vor allem leisten die Franzosen darin Großartiges. Und

Digitized by Google

wie die Dinge in Wirklichkeit aussehen, haben gewisse Ereignisse der letzten Monate bewiesen. So war in dem Londoner „Outlook" im Juli eine erbauliche Betrachtung folgenden Inhalts zu finden:

„Jene Kritiker, die uns abraten, die Griechen gegen die Türken zu unterstützen, weil uns das viele Kosten verursachen würde, übersehen einige Vorzüge der modernen Kriegsführung. Wie uns von fachmännischer Seite versichert wird, könnten wir, falls wir es so wünschten, den Sieg Konstantins über Mustafa Kemal mit einem recht geringen Kostenaufwand herbeiführen. Als Gourand gegen unseren Freund Fessal in Damaskus zog, fand er dem Scheine nach bei den Arabern keinen Widerstand; man hörte nicht viel von irgendwelchen Kämpfen. Aber die Araber hatten sich tatsächlich zum Kampfe gestellt, und die Entscheidung wurde durch vier Batterien französischer Artillerie herbeigeführt, die etwas über eine Stunde Gasbomben auf die Wüstensöhne regnen ließen, worauf die Araber flohen und nach dem Bericht eines Augenzeugen über 2000 Tote auf dem Schlachtfelde zurückließen. Die französischen Verluste bei diesem „Engagement", das man besser ein Massacre nennen würde, waren ein Verwundeter.

Die Lehre davon ist, daß heutzutage ein Heer, das mit Gasbomben ausgerüstet ist, wenn sich der Kampf auf freiem Felde abspielt, und namentlich, wenn der Feind in dichten Massen angreift, eines raschen und wenig kostspieligen Erfolges sicher ist. Die Türken haben keine Gasbomben und können sie nicht von ihren russischen Freunden oder anders woher beziehen. Die Griechen haben ebenfalls keine und können diese angenehmen Werkzeuge der Zivilisation nicht herstellen. Aber wir könnten, falls es uns so paßt, ihnen einige Schiffsladungen Gasbomben senden, die jetzt unsere Speicher füllen, und das Ergebnis würde wahrscheinlich ebenso plötzlich wie verhängnisvoll für die Türken sein. Die Sache wurde in Paris zwischen Briand und Curzon besprochen, wo man beriet, wie man Griechenland helfen könne, wenn die Athener Regierung unsere Vermittlung annähme und Angora sie ablehnte. Da Griechenland wider Erwarten seine Sache nicht in unsere Hände gelegt hat, werden die sehr ersehnten Gasbomben ihm wohl nicht übergeben werden."

Bald darauf erfolgten in Smyrna einige rätselhafte Explosionen. Trotzdem mögen die „ersehnten Gasbomben" in dem griechisch türkischen Kriege ihre Rolle gespielt haben. Auf jeden Fall duldet es keinen Zweifel, daß die brutalsten Mittel, die für die Kriegführung irgend ersonnen werden können, von den Entente-Staaten, die ja heute ein Monopol in ihrer Herstellung und Benutzung haben, ohne die leisesten Bedenken, je nach Gutdünken, entweder als politisches Druckmittel oder als Kriegsmittel angewandt werden.

Wie hieß es doch, als England an der Seite Frankreichs gegen die deutschen „Barbaren" zu Felde zog, und als sich, von dem heißen Wunsche der Weltbeglückung beseelt, auch die Vereinigten Staaten offen auf ihre Seite stellten? Der Krieg sollte geführt werden, „um den Krieg auszurotten". Es sollte der letzte Krieg sein, der überhaupt geführt werde. Die Welt müsse von der Kriegsfurie befreit und deshalb müsse Deutschland niedergeschlagen werden.

Die Absicht und die Prophezeiungen der Kriegssachverständigen der Entente enthüllen statt dessen Aussichten in die Zukunft, die der gequälten und von Grauen erfaßten Menschheit ein entsetzliches Bild des neuen Krieges vor Augen stellen. Wir wissen heute, daß der Weltkrieg dem Krieg durchaus kein Ende gemacht hat, sondern daß die Art wie die Friedensschlüsse mit der Wohlfahrt einiger Nationen und mit Treu und Glauben gespielt haben, die beständige Ge-

Digitized by Google

fahr des Ausbruchs neuer Kriege geschaffen haben, die die ganze Welt in Trümmer legen müssen.

Als weitere Illustration für die englischen Vorbereitungen zu Gaskriegen dient folgender Bericht der „Manchester Guardian". Der Washingtoner Mitarbeiter des Blattes H. W. Nevinson beschreibt dort seinen Besuch der Giftgasfabrik zu Edgewood bei Baltimore, wahrscheinlich der größten der Welt. Während des Krieges auf einer Landzunge an der Chesapeake-Bay errichtet, hat sie eigene Docks für Leichterfahrzeuge und umfaßt ein Gelände von 10 000 Acres. Das Korps für chemische Kriegführung (Chemical Warfare Corps), eine Sondertruppe der Armee, besteht aus 2000 Mann, 101 Offizieren und 1200 Angestellten neben 100 gewiegten Chemikern, denen ihre Erfindungen, für die sich die Regierung das Recht der Erwerbung vorbehält, abgekauft werden. Das Kriegsamt wendet für die Einrichtung 1 200 000 Dollar aus Armeemitteln auf.

Beim Waffenstillstande konnten die Fabriken täglich 200 Tonnen Giftgas herstellen. Jetzt arbeiten sie unter sehr vermindertem Druck, befinden sich aber in voller Bereitschaft. Die Stäbe für die Verteidigung und für den Angriff arbeiten dauernd gegeneinander, jeder Fortschritt im Giftgas wird möglichst durch Schutzmittel, wie neue Gasmasken oder undurchlässige Kleider zur Verhütung von Verbrennungen, wettgemacht. An der französischen Front konnten die Masken in sechs Sekunden aufgesetzt werden, jetzt genügen hierfür drei Sekunden. Das aus gewöhnlichem Tafelsalz hergestellte Chlor ist der Grundstoff für alle Giftgase, mit Ausnahme vielleicht von „Lewisite".

Es werden viele verschiedene Gasarten erzeugt; das beste Stickgas heißt „Posgene". Das Senfgas brennt das Fleisch weg und durchdringt jedes Kleidungsstück, wie man im Kriege gesehen hat. „Chlorpikrin" verursacht heftiges Erbrechen und macht sein Opfer gefechtsunfähig, bis der Feind kommt, es zu töten. „Lachrymatorygas" verursacht eine Flut von Tränen. „Lewisite" besteht aus Azetylen mit einer Lösung von Arsenik-Trichlorid, ist ein beißendes Gas wie Senfgas, aber weit kräftiger. Es dringt angeblich durch jede Maske, durch das Fleisch oder in die Lungen und verbrennt sein Opfer von innen wie von außen. Es gilt als das Hauptmittel im künftigen Kriege; beim Waffenstillstand wurde es in einer Menge von 10 Tonnen täglich hergestellt. Es verbreitet sich langsam, im Gegensatz zu „Phosgene", welches darum beim gewöhnlichen Bombenwerfen aus der Luft bevorzugt wird; denn der Wind trägt „Phosgene" weit hin und erstickt alles. Aber „Lewisite" könnte von Luftfahrzeugen mit einem Schlauch auf Städte gespritzt werden. Es hat eine ausgezeichnete Wirkung, indem es Kleider, Haut und Fleisch aller Betroffenen verbrennt. Es ist schwierig, das Gebiet abzuschätzen, das so in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Aber geschickt verwendet würde das Gas sicherlich eine ganze Bevölkerung sehr schnell töten. Es werden jetzt Bomben bis zu 1950 Kilogramm

Digitized by Google

Gewicht angefertigt, welche eine Tonne Trinitroteluol höchster Sprengkraft fassen oder eine gleiche Menge, jedoch lichterer, Stick- oder beißender Gase. Große Flugzeuge, von denen jedes mit mehreren Bomben oder Spritzgeräten ausgerüstet wäre, könnten leicht unverteidigte Großstädte zerstören.

Strafrecht und Verfassung

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Heinrich Lindenau.

Die soziologische Strafrechtsschule unter ihrem Begründer Franz von Liszt hat die Lehre vom Verbrechen aus dem luftigen Bereiche des juristischen Begriffshimmels auf die Erde herabgeführt und die Kriminalität als eine irdische, kausalbedingte Tatsache sicher in die Kette der Wirklichkeitserscheinungen eingeordnet. Wir wissen heute, daß das Verbrechen ein Erzeugnis der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist und mit diesen nach Form und Inhalt wechselt, steigt und fällt. Eine politische und wirtschaftliche Umgestaltung, wie sie Deutschland durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und die dadurch hervorgerufene Staatsumwälzung erfahren hat, konnte daher nicht ohne Einfluß auf Art und Umfang der Kriminalität bleiben. Hierdurch wurde dann wieder eine Anpassung der Abwehrmittel, mit denen die Gesellschaft das Verbrechen bekämpft, an dessen veränderte Struktur erzwungen, und so mündete die ganze Bewegung schließlich in den großen Strom der Strafrechtsreform, auf dem das Schiff der deutschen Gesetzgebung schon geraume Zeit, wenn auch nicht gerade mit Volldampf treibt. Heute darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die umfangreichen, auf diesem Gebiete bereits geleisteten Vorarbeiten sich doch allmählich dem Stadium der Verwirklichung nähern und den eingetretenen, tief einschneidenden Veränderungen im Aufbau der deutschen Bevölkerung Rechnung tragen werden. Daß dieses Werk nicht von der zünftigen Jurisprudenz allein vollendet werden kann, sondern die Anhörung und praktische Mitarbeit der weitesten und verschiedensten Volkskreise erfordert, habe ich an anderer Stelle*) dargelegt, soll aber auch in diesem Zusammenhange nochmals betont werden.

Eine ganz kleine Abschlagzahlung auf die Strafrechtsreform bedeutet der „Gesetzentwurf über die Anpassung des Strafgesetzbuches an das Verfassungsrecht", der jetzt dem Reichsrate zugegangen ist. Den breitesten Raum nehmen darin rein formale Anpassungen der Strafvorschriften an die verfassungsmäßigen Zustände des neuen Deutschlands ein. Es ist schließlich selbstverständlich, daß es in Ermangelung kaiserlicher und bundesfürstlicher Majestäten keine Majestäts-

*) Vergl. Lindenau, Zur Sozialisierung des Strafgesetzbuches in der Festgabe für Dr. Liebmann, S. 183 ff.

Digitized by Google

und Monarchenbeleidigung mehr gibt, daß in der Republik kein Hochverrat durch Angriff auf fürstliche Persönlichkeiten begangen werden kann und daß Verletzungen der abgeschafften Wehrpflicht nicht mehr strafbar sind. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die förmliche Richtigstellung dieser Strafbestimmungen überflüssig wäre oder bis zur großen Strafrechtsreform aufgeschoben werden könnte. Große und einflußreiche Kreise in Deutschland hängen noch am Gedanken der Monarchie. Diese streben nicht nur, wie es schließlich ihr gutes Recht ist, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln eine Rückkehr der früheren Zustände an. Sie tragen vielfach geflissentlich die Auffassung zur Schau, daß die deutsche Republik nur eine vorübergehende Erscheinung sei, die bald wieder spurlos im Zuge der Zeiten verschwinden werde. Solche abwegige Gedankenrichtung, die auch in der heranwachsenden Jugend verbreitet wird und dort unverkennbar Wurzeln geschlagen hat, findet eine starke Stütze in allen Aeußerlichkeiten, die aus den Zeiten der Monarchie übernommen sind und deren Fortdauer vortäuschen. Man braucht Embleme an Gebäuden und Bilder an Zimmerwänden nicht allzu tragisch zu nehmen, zumal wenn sie geschichtlichen oder künstlerischen Wert beanspruchen dürfen; aber der Wortlaut des Gesetzes ist die Grundlage des Staates und muß in kristallener Klarheit und eherner Sicherheit Wort für Wort und Buchstabe für Buchstabe auch der schärfsten Prüfung und Auslegung standhalten. Die Bereinigung des Strafgesetzbuches nach dieser Richtung nimmt viele Nummern des Entwurfes in Anspruch und zeigt, wie zahlreiche und wie verschiedene Strafandrohungen die Monarchie für erforderlich hielt, um ihren Repräsentanten Sicherheit und Handlungsfreiheit gewährleisten zu können.

Auch die geltende Staatsform wird nicht völlig auf strafrechtlichen Schutz verzichten können. Der Gesetzentwurf schlägt vor, einen neuen Tatbestand des Hochverrates einzuführen und mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft den zu bestrafen, der es unternimmt, „den Reichspräsidenten seiner verfassungsmäßigen Gewalt zu berauben oder durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt an einer Regierungshandlung zu hindern oder zu einer Regierungshandlung zu nötigen". Außerdem soll der Paragraph 105 des Strafgesetzbuches, der bisher nur Senat und Bürgerschaft der Freien Hansastädte, sowie die gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Bundesstaaten gegen Auseinandersprengung, gewaltsame Entfernung von Mitgliedern oder Nötigungen zu Beschlüssen schirmte, auf die Reichsregierung, den Reichsrat, den Reichswirtschaftsrat und die entsprechenden Körperschaften der Länder ausgedehnt werden. Bei diesen Neuerungen handelt es sich ebenfalls nur um Anpassungen, die durch die geänderte Verteilung der Regierungsgewalt notwendig bedingt werden. Daß diese Vorschläge des Entwurfes keinen hysterischen Angstvorstellungen entspringen, sondern durchaus den Anforderungen der Wirklichkeit entsprechen, haben die Angriffe gelehrt, denen die junge Republik bereits durch Rechts- und Linksputsche ausgesetzt war. Präsident und Angehörige der Regierungen waren dabei in Person

Digitized by Google

das Ziel des Angriffes. Die dem Gesetzentwurf beigegebene Begründung kann sich auf unanfechtbare Unterlagen und Erfahrungen stützen, wenn sie darauf hinweist, daß ein Angriff auf die verfassungsmäßige Gewalt des Reichspräsidenten das Staatsleben in seinen Grundfesten zu erschüttern vermag und deshalb den Hochverratsbestimmungen unterliegen muß. „Das Bedürfnis, den Trägern der Regierungsgewalt in ihrer Gesamtheit wie auch in ihren einzelnen Mitgliedern die freie Ausübung ihrer Befugnisse gegen Angriffe zu sichern, die an der Grenze des Hochverrats liegen, ist in neuer Zeit wiederholt hervorgetreten, ein kräftiger Schutz ist hier um so nötiger, als der Reichsregierung und ihren Mitgliedern die verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte zufällt."

Soweit bewegt der Entwurf sich also durchaus in den Bahnen eines strafrechtlichen „Mimicry", d. h. der Anpassung seiner Schutzmitel an die veränderten Lebensbedingungen. Darüber hinaus beabsichtigt der unter der ominösen Nr. 13 gegebene Vorschlag eine Neuerung einzuführen. Mit Gefängnis soll bestraft werden, „wer die verfassungsmäßige Staatsform, oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft". Daneben soll Geldstrafe bis zu 500 000 Mark sowie die Aberkennung der bekleideten öffentlichen Aemter zulässig sein. Allerdings darf der beigegebenen Begründung zugegeben werden, daß der Begriff der Beschimpfung dem Strafgesetzbuche bereits in dem strafbaren Tatbestande der Gotteslästerung (Paragraph 166 des StrGB.) bekannt ist und solche Aeußerungen umfaßt, die einen nach Form oder Inhalt rohen Ausdruck der Mißachtung darstellen. Trotzdem kann der Gedanke des Entwurfes, diesen Lästerungsschutz auf Staatsform und -Farben auszudehnen, nicht glücklich genannt werden. Gewichtige Stimmen fortschrittlich gesinnter Juristen fordern längst die Aufhebung des Gotteslästerungspragraphen, der in Wahrheit natürlich nicht den Angriff auf die Gottheit, sondern die Verletzung menschlicher, religiöser Empfindungen abzuwehren bestimmt ist. „Daß der Malefikant Gott gelästert, zeigt, daß er ihn nicht kennt" — entschied der Große Friedrich und kleidete in diesen ironischen Bescheid die richtige Erkenntnis, daß eine überirdische Macht keiner weltlichen Verteidigung bedarf. Aber auch die Monarchie hat einen besonderen Schutz gegen wörtliche, noch so grobe Herabsetzungen der Einrichtung als solcher — abgesehen von der fürstlichen Person — nicht beansprucht. Die Republik sollte diesen Standpunkt nicht verlassen, wenn der Begründung auch zugegeben werden muß, daß der Kampf gegen die Staatsform, die sich das Reich und die Länder in ihren Verfassungen gegeben haben, heute vielfach mit vergifteten Waffen und mit Beschimpfungen anstelle sachlicher Kritik geführt wird. Die Staatsform ist und bleibt nichts als ein Begriff, ein unwirkliches abstractum, das dem Zu- und Angriffe entzogen ist. Des strafrechtlichen Schutzes bedürfen nur die lebendigen Auswirkungen des Staatsgedankens, seine Vertreter und Einrichtungen. Wie der Gotteslästerungsparagraph nicht den Gegenstand der Verehrung, in Wahrheit vielmehr nur das religiöse Gefühl der Gläubigen

Digitized by Google

schirmt, so enthält die beabsichtigte Strafbestimmung gegen Beschimpfungen der Republik tatsächlich keine Verteidigungsmittel für den Freistaat, sondern schützt lediglich das Staatsgefühl der republikanisch Gesinnten vor Verletzungen. Gerade der Anhänger einer freiheitlichen Staatsrichtung sollte aber die Einsicht besitzen, daß das Recht der freien Meinungsäußerung nicht um bloßer Gefühlswerte willen der Gefahr einer Einengung ausgesetzt werden darf. Eine solche bringt aber die geplante Neuerung mit sich, denn die Grenze zwischen einer in kräftige Form gekleideten Kritik und beschimpfenden Wendungen ist fließend und namentlich in politisch erregten Zeiten recht schwer zu ziehen. Entweder bleibt dann die gegen den Schimpf gerichtete Strafandrohung auf dem Papier oder ihre rücksichtslose Anwendung verstopft die Ventile, durch die manch bedrängtes oppositionelles Gemüt sich in handfesten Tönen Erleichterung schaffen konnte, und erzeugt dadurch Ueberhitzung und Ueberspannung in der Bevölkerung. Im Ergebnisse wird zu sagen sein, daß die Nachteile, die der neue Paragraph im Gefolge haben müßte, den gering zu bewertenden Nutzen bei weitem überwiegen und die Zurückziehung dieses Teiles der Gesetzvorlage angezeigt erscheinen lassen.

Dagegen betrifft der zweite Satz der Ziffer 13 sehr ernst zu nehmende Entartungen des politischen Kampfes, indem er eine Strafandrohung gegen den einführt, der „öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Personen des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt". Mit diesem Vorschlage wird ein gesetzgeberischer Gedanke fortgeführt, der zum Schutze des Fürsten Bismarck in der Strafgesetznovelle vom 26. Februar 1876 zuerst auftauchte und den Tatbestand des Paragraph 49 a des Strafgesetzbuches bildet. Damals hatte ein gewisser Duchesne sich dem Jesuitenprovinzial in Belgien zur Ermordung des deutschen Kanzlers angeboten und dieses abscheuliche Unternehmen konnte in Ermangelung einer dagegen gerichteten Gesetzesbestimmung keine strafrechtliche Sühne finden, da das bloße Anbieten oder Auffordern zur Begehung eines Verbrechens nicht strafbar war. In Zukunft sollen nun Staatsoberhaupt und Mitglieder der Reichs- oder Landesregierung eines Schutzes teilhaftig werden, wie ihn bisher der Paragraph 85 des Strafgesetzbuches dem Kaiser und dem Bundesfürsten gewährte. Denn die öffentlich oder durch Schriftverbreitung begangene Aufforderung zum Unternehmen des Hochverrates (Paragraph 85 des StrGB.) umfaßte auch die Vorbereitungshandlungen zum Fürstenmorde. Auch in diesem Punkte haben die Erfahrungen jüngster Zeit gezeigt, daß die politische Verhetzung und die Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Personen, die im neuen Deutschland die Staatsgewalt repräsentieren, nur zu leicht auf fruchtbaren Boden fallen und bereits zu verwerflichen Untaten geführt haben.

Der Gesetzentwurf wird also der Prüfung durch die Volksvertretung im wesentlichen standhalten können und erscheint nach Ausscheidung des überflüssigen

Digitized by Google

und nicht unbedenklichen Beschimpfungsparagraphen wohl geeignet, Straf- und Verfassungsrecht des Deutschen Reiches miteinander in Einklang zu bringen und der jungen Republik ihre von außen und innen schwer bedrängte Fortentwicklung zu sichern. Darüber möge aber nicht die weise Lehre vergessen werden, daß Gesetzesparagraphen allein so wenig wie Roß und Reisige imstande sind, eine Staatsgewalt zu schützen. Der Caesarische Grundsatz: „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten" ist nirgends weniger angebracht, als im Volksstaate. Der deutsche Freistaat muß sich die Liebe seiner Anhänger erhalten und die Achtung seiner Gegner erringen — das ist der beste Schutz der Republik.

Die Brotversorgung des deutschen Volkes und das kleinere Bauerntum

Von Kuno Waltemath.

Das Land Braunschweig, das ausgedehnte Domänen eignet, hat bislang grundsätzlich pachtfrei gewordene Domänen nicht der Siedlung geöffnet, sondern weiterverpachtet. Seine Regierung hat sich auch nicht bereit gefunden, Teile der Domänen für die Anliegeransiedelung herzugeben, also solche kleinbäuerlichen Stellen oder Landarbeiterstellen, die Domänen benachbart sind, mit mehr Land auszustatten. Sie ist lediglich darum besorgt gewesen, auf Grund eines eigenen Landsiedlungsgesetzes, von dem sachkundige Beurteiler behauptet haben, daß es in mancherlei Hinsicht dem Reichssiedelungsgesetz widerspricht, Parzellenland Industriearbeitern zur Verfügung zu stellen. Sie hat auch im Landtage ihre Haltung motiviert, indem sie auf Anfrage, weshalb man dem Paragraph 2 des Ansiedlungsgesetzes nicht nachkomme, erklärte:

„Der landwirtschaftliche Großbetrieb bildet vorläufig noch das Rückgrat der Volksernährung. Er erzeugt in erheblichem Maße Ueberschüsse an Lebensmitteln, die zur Ernährung der städtischen Bevölkerung unentbehrlich sind. Die Parzellenwirtschaft genügt dazu nicht, hat nachweisbar dem Lebensmittelwucher Vorschub geleistet und zum Teil den Kulturstand der Aecker durch mangelhafte Düngung und unsachgemäße Bearbeitung wesentlich verschlechtert."

In diesen knappen Worten wird das ausgeprägt, was eine immer mehr anschwellende Literatur weitläufig ausführt, mit dem Gedanken, Front gegen die innere Kolonisation zu machen, häufig nicht gegen sie an und für sich, aber stets gegen eine solche Siedlungspolitik, die die Kleinbauernwirtschaften mehren und stärken will, auf Kosten der großen Betriebe. Gewöhnlich gehen die Gegner von den Erfahrungen der Kriegszeit aus, wonach unzweifelhaft die großen Betriebe relativ mehr Brotkorn abgeliefert haben als mittlere und kleinere. Schroffe Gegner behaupten sogar, daß die großen Gutshöfe auch mehr an Vieh abgegeben haben. Das widerspricht allen statistischen Nachweisen, wie sie von einzelnen Kreisen in Preußen über die Ablieferung von Korn und Vieh vorliegen. So sehr

Digitized by Google

sie darin übereinstimmen, die Ueberlegenheit der großen und größeren Betriebe in der Brotversorgung der Städte darzutun, ebenso setzen sie sich für Ueberlegenheit der mittleren und kleineren Wirtschaften in der Fleisch- und Fettversorgung ein.

Kein Vernünftiger wird es bezweifeln, daß der mittlere und kleine Bauer die großen Betriebe und die Großbauern in der Viehzucht überragt. Ob man aber nach den Nachweisen Recht hat, zu meinen, die Bauern ständen hinter den Großbetrieben in der Brotversorgung zurück, ist sehr unsicher. Eben weil der Bauer der vornehmste Träger der deutschen Viehzucht ist, mußte er während des Krieges dazu kommen, verhältnismäßig weniger Getreide als der Großbetrieb abzuliefern. Denn nur indem er verbotenerweise und heimlich Getreide verfütterte, konnte er seine Viehzucht in *solchem* Maße aufrecht erhalten, daß wenigstens unser Volk an den Fronten und in der Heimat nicht ganz ohne Fett waren. Mit den amtlich festgesetzten Mengen konnte er seine Viehstapel nicht ernähren. Wenn wir den Bauern nicht gehabt hätten, wenn Deutschland, so wie es Vorpommern, Nord-Mecklenburg, Ostholstein, die Magdeburger Börde, der südliche Teil der Provinz Sachsen sind, ein Land wäre, mit Großbetrieben vornehmlich besetzt, würde vielleicht die Brotversorgung nicht so ängstlich gewesen sein, wie es tatsächlich so häufig während des Krieges der Fall war. Aber höchstwahrscheinlich wäre unser Volk im Kriege fast ohne Fleisch und Fett gewesen. Alle statistischen Nachweise haben ergeben, daß der mittlere Bauer von einer bestimmten Ackerfläche nicht nur ebensoviel, nein, sogar oft mehr an Korn von seinen Feldern heimfährt als der große Unternehmer.

Die Erfahrungen der Zwangswirtschaftsperiode als Grund gegen die Vergrößerung des Kleinbauerntums anzuführen, ist auch deswegen unzulässig, weil doch die Ansetzung von Kleinbauern oder die Ausstattung kleiner Landstellen mit mehr Land nach der Weise der Anliegeransiedlung die Verringerung des Zuzuges nach der Stadt bedeutet und die Verlangsamung der Zunahme der Stadtbevölkerung und damit des Kreises von Abnehmern der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Weshalb gerieten wir denn im Kriege in die große Lebensmittelnot? Großenteils natürlich wegen der mangelnden Zufuhr fremdländischer Nährstoffe. Aber auch deshalb, weil die vorhandenen Lebensmittel über eine zu große Schicht von Essern verteilt werden mußte. Das hat den Verteilungsapparat zu einem so schwerfälligen Apparat gestaltet, hat die Quellen der unausbleiblichen Fehler bei der Erfassung und Verteilung der Agrarprodukte reichlicher fließen lassen. Wir hätten höchstwahrscheinlich die Leiden des Krieges weniger schwer ertragen, wenn wir anstatt des enormen Uebergewichtes von Städtern und Industriearbeitern in unserem Volke ein kleineres oder gar keins gehabt hätten, wenn unser häufig so menschenleer gewordenes plattes Land mit einer dichten landwirtschaftlichen Bevölkerung angefüllt gewesen wäre, wenn wir weniger große Güter und Domänen besäßen, dafür aber eine wesentlich reichlichere Zahl als jetzt von Bauernhöfen, besonders auch von kleinen und kleineren, wenn man es schon früher allenthalben im Vaterlande dem kleineren Mann

Digitized by Google

leicht gemacht, zu eigenen Aeckern und Wiesen zu kommen, kurz gesagt, wenn die Besitzverhältnisse der deutschen Mitte, des deutschen Südwestens oder der Rheinlande im übrigen Deutschland mehr Raum gefaßt haben würden. In Süd- und Mitteldeutschland und am Rheine waren die Kleinen immer imstande, bei Fleiß ohne viele Schwierigkeiten zur Selbstbewirtschaftung von Feld- und Wiesengrund zu gelangen, wenn auch nur auf dem Wege der Pachtung. Deshalb haben dort die rein agrarischen Dörfer, wenn überhaupt, bei weitem nicht in dem Maße ihre Einwohnerschaft vermindert als im Nordwesten und im Osten, wo das platte Land vielfach in solcher erschreckenden Weise seit 1870 sich entvölkerte. Von 1895 bis 1907 nahm die landwirtschaftliche Bevölkerung in Brandenburg um 9,4 Prozent ab, in Ostpreußen um 9,2 ab, in Schlesien um 7,2, im Königreich Sachsen um 15,1 — hier allerdings spielt die Verschlingung von Feldern und Wiesen durch die unaufhaltsam wachsenden Städte, Industrie- und Verkehrsanlagen mit, im übrigen Mitteldeutschland kaum 5 Prozent, in Westdeutschland 4,1 Prozent, in Süddeutschland 3,8 Prozent! Im Westen, im Süden, in Thüringen, Nassau ist die Abnahme dabei nur scheinbar: viele Kleinbauern und Landarbeiter sind zur Hausindustrie übergegangen, sind Gewerbetreibende nach der Statistik geworden, obwohl der landwirtschaftliche Betrieb ihnen noch geblieben und sie auch noch als landwirtschaftliche Arbeiter bei der Ernte und der Bestellung helfen. Wo es am leichtesten ist, Land zu erwerben oder zu mieten, wirtschaftlich als Landmann selbständig zu werden, ist die agrarische Bevölkerung am dichtesten. In Süddeutschland kommen auf je 1000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 424 Erwerbstätige, die ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft haben, in Mitteldeutschland 270 — in Thüringen ist die Zahl erheblich größer —, in Westdeutschland 585, in Ostdeutschland 232! Je zersplitterter der Boden, desto leichter der Erwerb von Land und Garten, desto geringer die Neigung zur Abwanderung.

Diese Neigung, wenn möglich ganz zum Verschwinden zu bringen, heißt die Ernährung des Volkes zu vereinfachen und zu bessern, heißt der so lange ungezügelten Zunahme der Städte und Industriebezirke einen Zaum anlegen. Und das ist doch etwas, was uns vor allen Dingen Not tut. Die innere Kolonisation, wenn sie sich vornehmlich die Weiterbildung des mittleren Bauernstandes zum Ziele setzt, ist gewiß vor allen anderen Arten der Kolonisation zu setzen. Aber die gegenwärtige Teuerung legt uns nun einmal hier Schranken auf, die wir so schnell nicht übersteigen können. Soll nun derweil die innere Kolonisation ruhen, die Abwanderung vom Dorfe und Gute weiter vor sich gehen? Das wäre doch ein sträfliches Unterfangen. Deshalb muß die andere Straße eingeschlagen werden, die dahin strebt, die vorhandenen Kleinexistenzen mit mehr Land zu versehen, so daß die Menge der Kleinbauerstellen eine umfassende Vergrößerung erfährt und damit die Schicht des Landvolkes, die an der Heimat hängt und nicht gern von ihr lassen will. Wir müssen also die Anliegeransiedelung, so wie die Verhältnisse liegen, an die Spitze unserer kolonisatorischen Arbeiten

Digitized by Google

stellen. Diejenigen, die dem entgegen sind, die da sagen, das sei eine Verkleinerung des Großbetriebes und eine Verkleinerung der für das Stadt- und Industrievolk verfügbaren Lebensmittelquantitäten, jagen einem Phantom nach. Sicherlich, der Großbetrieb, wenn er auf die Grundlage der höchsten Intensität beruht, ist von großer Wichtigkeit für die Brotnahrung des deutschen Volkes. Und es ist wohl verständlich, wenn man die Sorge hegt, ob nicht nach Verminderung der Großbetriebe es bald an Brot mangeln werde. Aber wir müssen fragen, ob sie nicht gerade deshalb so begründet ist, weil die innere Kolonisation zu langsam vorwärts geht. Ueberall in Deutschland werden zweifellos die Kornäcker weniger, während die Wiesen, Weiden, der Kleefelder mehr wird oder man zur Brache zurückkehrt. Die ungeheure Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft und der Mangel daran zwingen dazu. Und das wird sich so bald nicht ändern, im Gegenteil aller Wahrscheinlichkeit nach eine größere Ausdehnung auch fernerhin annehmen. Nur die Vergrößerung der Flächen, die der ländliche Arbeiter, der ländliche Handwerker, der Kleinbauer pflegen und warten, kann ein Gegengewicht bilden, garantiert, daß der Kornbau uns in dem Maße, wie es unser Wohl erfordert, erhalten bleibt, daß wir nicht den Weg der englischen Landwirtschaft gehen. Denn der Kleinbauer, der kleine Mann auf dem Lande überhaupt ist gewohnt, seine eigene Arbeitskraft und die seiner Familie nicht zu schonen, wenn er auf seinen eigenen Feldern hantiert und sein Geldbeutel in Frage kommt. Die Arbeitskraft, die er bei der Bearbeitung der von ihm betreuten Aecker nicht rechnet, läßt er sich — verwendet er sie auf fremden Feldern — nach dem Marktwert, also heutzutage so teuer wie möglich bezahlen, so teuer, daß der Verdienst des Landwirtes nicht zu seinem Rechte kommt, seine Rente zu kurz kommt und seine Wirtschaft auf Kulturen umstellen muß, die weniger Arbeitskraft verlangen, zum Schaden der Getreideproduktion.

Und sollte der Kleinbetrieb manchesmal technisch nicht so vollkommen sein, eins hat er vor dem Großen voraus, wodurch die technische Unvollkommenheit wettgemacht wird: er kann mehr Naturdung dem Boden einverleiben, weil er einen verhältnismäßig erheblich größeren Viehstand besitzt. Er vermag die ländliche Flur besser zu nützen als das große Gut. Der kleinere und kleine Mann aus dem Volke kann alles viel vollkommener verwerten als der große Betriebsleiter. Er läßt nichts umkommen und verwendet jedes Ding, was ihm erreichbar erscheint und verwendbar ist, als Viehfutter oder Düngematerial, das sein Nachbar mit größerem Betriebe beiseite liegen lassen muß, weil ihm die Arbeitskräfte fehlen und weil diese als gleichgiltige mechanisch arbeitende Fremde ihm gegenüberstehen. In der modernen intensiven Landwirtschaft gilt mehr als je das Wort: „Die Augen des Herrn machen die Pferde satt und sein Tritt düngt den Acker."

Digitized by Google

Notizen

Karl Kautskys dritte Bekehrung. Am 4. August 1914 war die ganze Sozialdemokratie und vermutlich mit ihr auch Karl Kautsky einig, daß die russische Mobilmachung den Krieg bedeute und daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe. Dann fand Karl Kautsky heraus, daß die deutschen Staatslenker den Krieg gewollt und entzündet hätten, und schrieb eine große Anklageschrift gegen Deutschland. Dann schrieb er eine neue Schrift, und erklärte: „Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat. Ich war sehr überrascht, als ich die Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht." Nun kommt die neuste Wendung. In der „Prager Presse" (10. Dezember), dem in deutscher Sprache erscheinenden tschechisch-offiziösen Blatt, ist von Karl Kautsky zu lesen: „Heute noch verfechten deutsche Professoren und Generäle (lies Professor Delbrück und General Montgelas) die Behauptung, 1914 habe Rußland durch seine Mobilisierung den Angriffskrieg gegen Deutschland begonnen. Sie glauben das vielfach selbst" usw. Karl Kautsky glaubt es nicht. Wer hat denn nun den Krieg begonnen? Wenn ihn keiner begonnen hat, war vielleicht der ganze Weltkrieg nichts als ein böser Traum. Karl Kautsky aber wird nichts andres übrig bleiben, als sich zum vierten Mal zu bekehren, wenn er erst erfahren hat, was bisher noch nicht bis zu ihm gedrungen zu sein scheint, daß der französische Botschafter Paléologue ausgeplaudert hat, daß auch Zar Nikolaus sich dessen völlig bewußt war, daß seine Mobilmachung der Krieg sei.

Frau Marie Bleibtreu an die „Deutsche Politik". Wir rühmen uns — wohl nicht mit Unrecht — unserer guten Schulen und besonders auch der Kenntnis fremder Sprachen, die sie ihren Schülern vermitteln. Schade nur, daß diese Kenntnisse häufig gerade denen fehlen, die sie am nötigsten brauchen. Der schlimmste Fall der Art war die Auslieferung der deutschen Handelsflotte an den Feindbund. Herr Erzberger versicherte wieder und wieder, er habe nicht mehr zugestanden, als daß unsere Flotte „unter Aufsicht" der Gegner fahren solle. Offenbar übersetzte er das englische „control" mit „Kontrolle" = Aufsicht, indem er nicht wußte, daß control die vollständige Herrschaft, ja geradezu das Eigentum bedeutet. So ist ja auch die Sache weiter verlaufen.

Einen neuen Fall bildet das Wolffsche Pariser Telegramm vom 13. Januar dieses Jahres, wonach der Entwurf des französisch-englischen Bündnisvertrags mit folgenden Worten beginnen soll:

Angesichts der Tatsache, daß Frankreich seit der Erinnerung lebender Menschen zweimal von Deutschland besiegt wurde usw.

Merkwürdig, daß dieser auffallende Ausspruch den Korrespondenten, wenn seine Sprachkenntnisse versagten, nicht wenigstens dazu veranlaßt hat, ein Wörterbuch aufzuschlagen. Er würde gefunden haben, daß das englische Zeitwort to besiege nicht besiegen sondern belagern bedeutet, abgeleitet von the siege, die Belagerung, gleich dem französischen le siège.

Müssen wir unbedingt jede Gelegenheit, uns vor dem Ausland zu blamieren, bis zum letzten ausnutzen?

Der Geist von Versailles auf der Washingtoner Konferenz. Der bekannte amerikanische Senator Borah hat kürzlich in der amerikanischen Wochenschrift „Nation" einen Aufsatz veröffentlicht, der auch für uns von Interesse ist, weil er den Versailler Frieden einer vernichtenden Kritik unterzieht. Wir entnehmen die folgenden Zitate dem Wochenblatt „Völkerbund".

„Es wird jetzt fast allgemein zugegeben, daß, wie immer die Absichten der Begründer des Versailler Vertrages gewesen sein mögen, seine Bedingungen unglücklich gewirkt haben, vielleicht nicht unseliger jenen gegenüber, gegen die sie gerichtet waren, wie gegen jene, die sie diktiert haben. — Die ganze Welt, Sieger und Besiegte, zahlten die Buße.

Digitized by Google

Es kann in der Angelegenheit der Abrüstung zu Lande kein Fortschritt eintreten, solange die Bedingungen des Vertrages ungeändert aufrecht erhalten bleiben. Radikale und weitreichende Veränderungen, nicht nur in einzelnen Bedingungen, sondern im Prinzip sind dringend geboten. Dies wurde auch immer wieder betont, so von den Vertretern mehrerer Nationen, damals als die Abrüstungsfrage auf der Tagesordnung der zweiten Genfer Völkerbundversammlung stand. Deutlich wurde es damals ausgesprochen, daß Europa in Waffen bleiben muß, solange der Versailler Vertrag in Geltung steht. Nicht minder deutlich wurden dieselben Ansichten auf der zweiten Völkerbundversammlung vertreten. Der Versailler Vertrag ist auf dem Imperialismus aufgebaut. Er trennt Nationen, zerteilt Völker, spaltet die Rassen. So ein Vertrag kann nur so lange dauern, als genügende militärische Kräfte vorhanden sind, ihn durch Gewalt aufrecht zu erhalten. Weder in den Reparationsbedingungen, noch in der Behandlungsweise unterworfener und befreundeter Völker, noch bei den territorialen Veränderungen noch in der Methode die für die Ausführung des Vertrages vorgeschrieben ist, in all diesem vermißt man den heilenden Geist der Toleranz und des Verständnisses für die Zukunft, der allein Frieden und eine Wiederherstellung normaler Bedingungen heraufführen kann. So lauten die Nachrichten fast jedes Europareisenden, so der Nationalökonomen, die die Lage studiert haben und so lauten auch die Berichte der Presse des ganzen Kontinents, insoweit sie nicht zensuriert sind.

James Speyer, ein New-Yorker Bankier, bekräftigte diese Ansicht und stellt fest, daß der Versailler Vertrag die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit großer Teile, wie sie für das Wohlergehen des Volkes unerläßlich ist, vollkommen vernachlässigt hat. Und wie könnte es auch anders sein? Der Vertrag reißt Europa in Stücke, anstatt zu seiner politischen Föderalisierung beizutragen. Anstatt Europa wirtschaftlich auf eine Formel zu bringen, zertrümmert er Verkehrssysteme, trennt Stromgebiete, errichtet künstliche Zollschranken und läßt ökonomische Einheiten, die Hunderte von Jahren gewohnheitsgemäß, ja organisch zustande gekommen waren, außer Acht. Mit anderen Worten: Der Vertrag, dessen Ziel es war, Deutschland zu strafen, hat den ganzen Kontinent gestraft. Der Versuch, Deutschland auseinanderzureißen, hat damit geendet, Europa zu balkanisieren. Nichts kann Europa retten, — so scheint es wenigstens mir, als eine vollständige und radikale Reform des Versailler Vertrages.

Nur ein Vertrag, der Deutschland ermöglichte, zu zahlen und dabei leben zu können und der die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der verschiedenen Nationen in Europa achtet, wird Frieden und wirtschaftliche Gesundung nach sich ziehen. Es mag ja Leute geben, die bei der Meinung bleiben, Deutschland müsse, wenn nicht zerstört, so geteilt werden. Aber gibt es selbst unter diesen solche, die in der Ausführung dieses Programmes so weit gehen wollen, Europa in einen Zustand finanzieller Anarchie zu stürzen und den Frieden einer ganzen Welt aufs Spiel zu setzen? Es handelt sich nicht darum, Deutschland zu strafen. Heute geht die Frage dahin, die letzten Reste der Zivilisation zu retten. Es handelt sich nicht mehr darum, jene zu strafen, denen man die Kriegsschuld zur Last gelegt hat, sondern jene aus Elend und unsagbarem Leiden zu erlösen, gegen die ein solcher Vorwurf nie erhoben wurde oder zumindest nie erhoben werden durfte. Es sind die anerkanntermaßen Unschuldigen, die durch die gegenwärtige Politik in Europa zermalmt und vernichtet werden.

Wir haben uns durch Anerkennung des Berliner an den von Versailles gebunden. Unsere Stellungnahme bestand darin, seine Forderungen und Bedingungen als gerecht und weise und die Systeme der Politik, die sich darauf gründeten, als richtig anzuerkennen. Wir beanspruchten für uns das Recht, die Bedingungen des Vertrages nach unserem Gefallen für uns auszunützen. Und vor allem haben wir durch unsere (Amerikas, Red.) Anerkennung und unsere Bereitschaft, uns seiner Vorteile zu bedienen, ihm die moralische Sanktion erteilt. Im Namen des Friedens und im Namen des wiederherzustellenden Europa hätten wir verlangen sollen, daß er grundstürzend geändert werde oder daß wenigstens manche seiner Grundprinzipien aufgegeben

Digitized by Google

wurden. Anstatt dessen aber haben wir ihn, wenn nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend gestützt und gestärkt und haben dazu beigetragen, ihn aufrecht zu erhalten und haben dadurch die Wiederherstellung Europas verzögert. Ich betrachte diese von uns erteilte moralische Sanktionierung des Vertrages als ein Mittel, die reaktionären Kräfte zu stärken und jene Politiken und Praktiken, die jetzt den ganzen Kontinent wirtschaftlich versklaven zu stützen. Wenn ich schon von höheren Zielen und Beweggründen nichts reden will, so wäre es doch vom reinen Geschäftsstandpunkt aus weit besser gewesen, hätten wir dieser ganzen unglückseligen Friedensvertragstheorie und den vernichtenden Methoden, die sie in sich schließt, den Rücken gekehrt.

Neuerscheinungen

Lujo Brentano. „Der Weltkrieg und E. D. Morel". Drei-Masken-Verlag, München. 102 S.

Diese kleine, mit ausgezeichneter Klarheit geschriebene Arbeit Brentanos gibt weit mehr als ihr Titel sagt: eine knappe und fesselnde Würdigung der Lebensarbeit des tapferen Engländers, dessen Kampf gegen die belgische Kongopolitik von einem großen sachlichen Ethos bestimmt ist, und dann eine sehr aufschlußreiche Analyse der politischen Umstellung Englands, die als Begleiterscheinung der Marokkokrise gedeutet wird. Brentano sieht wesentlich in der Schwenkung von Sir Edward Grey, der Asquith und Haldane aus dem politischen Gedankenkreis von Campbell Bannermann herausgeführt hat, die entscheidende Belastung der britischen Politik. Seine Darlegungen gewinnen einen urkundlichen Wert für den Prozeß der Schuldfrage — indem sie ein Teilgebiet der Kriegsvorgeschichte aufhellen, sind sie ein unentbehrliches Material der Erkenntnis. Th. H.

Heinrich Ulmann: Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben des Hessen-Darmstädtischen Staatsministers Freiherrn du Thil 1803—1848. 3. Band der Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin 1921. 627 S.

Ein Fünfundsiebzigjähriger setzt die Feder an, um die Erfahrungen jahrzehntelanger amtlicher Tätigkeit niederzuschreiben; er hat zwei Herren als erster Minister des Staates gedient und willfahrt der Bitte des Nachfolgers, der die politische Geschichte des Landes unter Großvater und Vater lernen möchte. Diesem Wunsche des Großherzogs Ludwig III. verdanken die Aufzeichnungen des Ministers du Thil ihr Entstehen; sie sind keine Selbstbiographie, sondern Unterweisungen für einen jungen Regenten und nur für diesen persönlich bestimmt. Dieser intime Charakter wird für den literarischen Charakter des Buches wichtig: zum einen enthält es anschauliche Darstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes nach der Wende des Jahrhunderts, dann eine Geschichte des hessischen Verwaltungsbaus und der politischen Kämpfe im Landtag oder in weiterem Rahmen des Deutschen Bundes. Da aber der fürstliche Adressat, der diese Niederschriften in einzelnen Teilen, wie sie entstanden waren, zugesandt erhält, eine ausgesprochene Vorliebe für das Anekdotische besitzt, der Verfasser aber über eine sehr scharfe Menschenbeobachtung und eine gute Dosis Sarkasmus verfügt, sind diese sachlich kühlen und eingehenden Darstellungen umrahmt von einer Fülle höchst charakteristischer kleiner Geschichten und Menschenbeschreibungen, die teilweise geradezu virtuos sind. Dies alles macht, daß du Thils Niederschriften, die jetzt dankenswerter Weise herausgegeben wurden, nicht nur lehrreich, sondern unterhaltend, ja spannend sind, trotz der gelegentlichen Weitschweifigkeit der Erinnerungen eines sehr alten Herrn. Lehrreich deshalb, weil mit einer ruhigen Ueberlegenheit die ganze Aufgabe ausgebreitet wird, vor der die deutschen Rheinbundstaaten standen: aus den zerrissenen und nun gewaltsam zu größeren Territorien zusammengeflickten Kleinstaaterei einheit-

Digitized by Google

liche Rechts- und Verwaltungsgebiete zu machen, den Begriff der Staatshoheit wiederherzustellen und daneben sich mit den populären Strömungen auseinanderzusetzen. Du Thil war sicher ein geschickter Verwaltungsmann — sein Aerger gilt den Rheinhessen, die nur schwer in das Darmstädter Haus sich einfügen ließen — er kämpft im Innern zähe und zunächst auch erfolgreich gegen die Kammeropposition der Hofmann und Gagern —; in der deutschen Politik erscheint er weniger partikularistisch und auf die illusionäre Souveränität versteift als etwa seine Kollegen in München und in Stuttgart, 1819 und vor allem 1834 ist er Mitarbeiter an den Bundeskonferzenzen; zu Metternich steht er in einem besonders nahen Vertrauensverhältnis. Mit Hohn, Abscheu und Ironie behandelt er die revolutionären Bewegungen; daß sie im Jahre 1848, das auch ihm zum Verhängnis wurde, erfolgreich werden konnten, schiebt er wesentlich der lauen Haltung jener deutschen Regierungen in die Schuhe, die, wie die Karlsruher, es an der Ausführung der scharfen Pressebestimmungen des Bundestages fehlen ließen. Am Jahr 1848 läßt er nur gelten das berechtigte Streben nach nationaler Einheit. Köstlich sind die Charakteristiken, die er von seinen Gegnern und von manchen seiner Kollegen entwirft; aber auch über die Angehörigen des großherzoglichen Hauses spricht er, bei einer entzückenden Vorsicht in der Wortwahl, mit großem sachlichen Freimut. Es ist ein politisches Biedermeier-Interieur mit Grazie und Geist, wenig berührt von der Welt der Dichtung und Kunst, aber erfüllt von den Fertigkeiten des Regierens, und darin von einer aufgeklärten Skepsis. Ein Quellenwerk, neben Treitschke gestellt als eine Ergänzung, aus der unmittelbar der Geist einer Epoche spricht, die durch ihre Verwaltungspolitik für den Gang der nationalen Dinge, positiv wie negativ, zu einer heute noch wirksamen Macht wurde, wie sehr auch die Gesamtlage und die geistige Haltung sich verschoben haben mag.

Th. H.

Deutsche Hochschule für Politik

Vorstand: Staatsminister Dr. Drews — Prof. Dr. Ernst Jäckh — Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. F. Meinecke — Geh. Hofrat Prof. Dr. Beyerle, München — Professor Dr. Otto Hoetzsch — Geheimer Reg.-Rat Professor Dr. Hans Delbrück — Dr. Rudolf Hilferding — Dr. Siegfried von Kardorff — Reichsminister Dr. Radbruch — Dr. Hans Roeseler — Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

Studienleiter: Dr. Theodor Heuß — Abteilungsleiter: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer — Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig — Wilhelm Heile — Direktor Hans Kraemer (Reichswirtschaftsrat) — Geh. Reg.-Rat Dr. Kühne — Prof. Dr. Rühlmann — Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Sering.

Die programmatischen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik sind als Broschüre

„Politische Bildung"

erschienen, enthaltend die Reden von Staatsminister Dr. Drews, Reichsminister Dr. Simons, Reichsminister Dr. Koch, Reichsminister Dr. Scholz, Ministerialrat Prof. Dr. Richter und Prof. Dr. Jäckh, sowie die Denkschrift über Organisation und Ziele der Hochschule für Politik. Dieses Buch (à 3 M.) sowie Studienpläne (à 1 M.) können vom Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck: Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam, Junkerstraße 36/37.

Digitized by Google

Personen-und
Lastkraftwagen
aller Art

Motorräder
u. Beiwagen

Betriebssicher
Formenschön
Angenehm

Neckarsulmer Fahrzeugwerke A.G. Neckarsulm

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzelnummer 2,00 M. Erscheint wöchentl. Vierteljährl. 22,50 M.

Die Absicht dieser Wochenzeitung ist, dem deutschen Leser die wichtigsten und prägnantesten Aeußerungen der Auslandspresse in bester Uebersetzung vorzulegen. Die Auswahl erstreckt sich auf die Masse von Zeitungen und Zeitschriften aller Länder und Sprachen, die der einzelne niemals und weniger denn je bei den derzeitigen Valutaverhältnissen zu verfolgen vermag.

Das Urteil über die Auslandspost: „. . . . . ein Organ, das sich zur Aufgabe gemacht hat, Denen, die es angeht, und Denen, die es nichts angeht, wenigstens die Unterlagen zu liefern, auf denen sich der Bau einer eignen Meinung, einer halbwegs mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Meinung über die Denk- u. Fühlweise der uns näher oder ferner umgebenden Völker erheben kann; was um so nötiger ist, als von diesen Völkern und ihrer Meinung heute nicht nur unser Wohl und Wehe abhängt, sondern als dieser Umstand einer Anzahl von Zeitgenossen zwischen Flensburg und Mittenwald allmählich zu dämmern beginnt." „Weltbühne".

Man verlange die „Auslandspost" bei den Straßen- und Bahnhofsbuchhändlern.

Man abonniere in den Buchhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Schuld am Kriege — Schuld am Zusammenbruch

Deutschlands Schicksalsjahre im Lichte objektiver Geschichtsforschung

Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges

Von Prof. Dr. **Veit Valentin**, Archivrat im Reichsarchiv

Eine neue wissenschaftliche Darstellung der deutschen Außenpolitik der Nach-Bismarck-Zeit von der Hand eines berufenen Historikers erscheint als eine Notwendigkeit. Es ist ein Hauptvorzug Valentins, daß er die kaum erlebten Vorgänge mit den Augen des kritischen, mit allem Rüstzeug der historischen Wissenschaft ausgestatteten Forschers sieht und darstellt. Von bemerkenswerter Wichtigkeit ist sein Standpunkt zur Frage der Schuld am Kriege. Die Formel, die er für die Zukunft auf die Schuldfrage angewendet wissen möchte, ist geeignet, nicht nur größtes Aufsehen zu erregen, sondern auch von den führenden Persönlichkeiten der außerdeutschen Wissenschaften anerkannt zu werden. „Schuldfrage" im weiteren Sinne heißt auch die Frage der Schuld am Zusammenbruch. Auch hier kommt Valentin zu neuen und vollkommen konsequent begründeten Schlüssen. Das Buch ist der gegebene neue Mittelpunkt der Bibliothek jedes politisch Interessierten.

Großoktav 418 Seiten / **Ladenpreis 40 Mark**

Ein Wegweiser in deutsche Zukunft

Der Neue Nationalismus und die Schuldfrage

wider Friedrich Wilhelm Förster

Von **Gregor Huch**

Der Verfasser stellt dem imperialistischen Nationalismus der Wilhelminischen Zeit einen erneuerten Nationalismus gegenüber, dessen Grundlagen die Bejahung des völkischen Lebenswillens und die Anerkennung der aus dem Verbundensein mit der Volksgemeinschaft erwachsenden Pflichten sind. Um diesen Nationalismus in das Denken der Zeitgenossen zu überführen, baut der Verfasser ihn von jenem Punkte aus auf, an dem der alte Nationalismus zusammengebrochen ist: von der Schuldfrage. Der Verfasser sieht in einem mehr oder weniger ungeklärten Schuldbewußtsein die Ursachen für die innere Zerrissenheit des Volkes und für seine Widerstandslosigkeit gegenüber den von außen kommenden Einflüssen und Ideen. Die Heilung sieht er darin, daß die verdrängte Schuldvorstellung ins klare Bewußtsein gehoben, daß die begangenen Verfehlungen anerkannt, aber auch das Uebermaß der Beschuldigungen abgewehrt wird, und daß der Gedanke zur allgemeinen Ueberzeugung gemacht wird, daß die Pflicht gegen das eigene Volk durch die Anerkennung begangener Verfehlungen nicht ausgelöscht werden kann. Das Buch ist zugleich eine Auseinandersetzung mit den landläufigen Ideen des deutschen Pazifismus. Um seiner Predigt Eindringlichkeit zu geben, hat der Verfasser demselben die Form einer Polemik gegen Fr. W. Förster, als dem Wortführer dieser Gruppe, gegeben. **Ladenpreis 19 Mark**

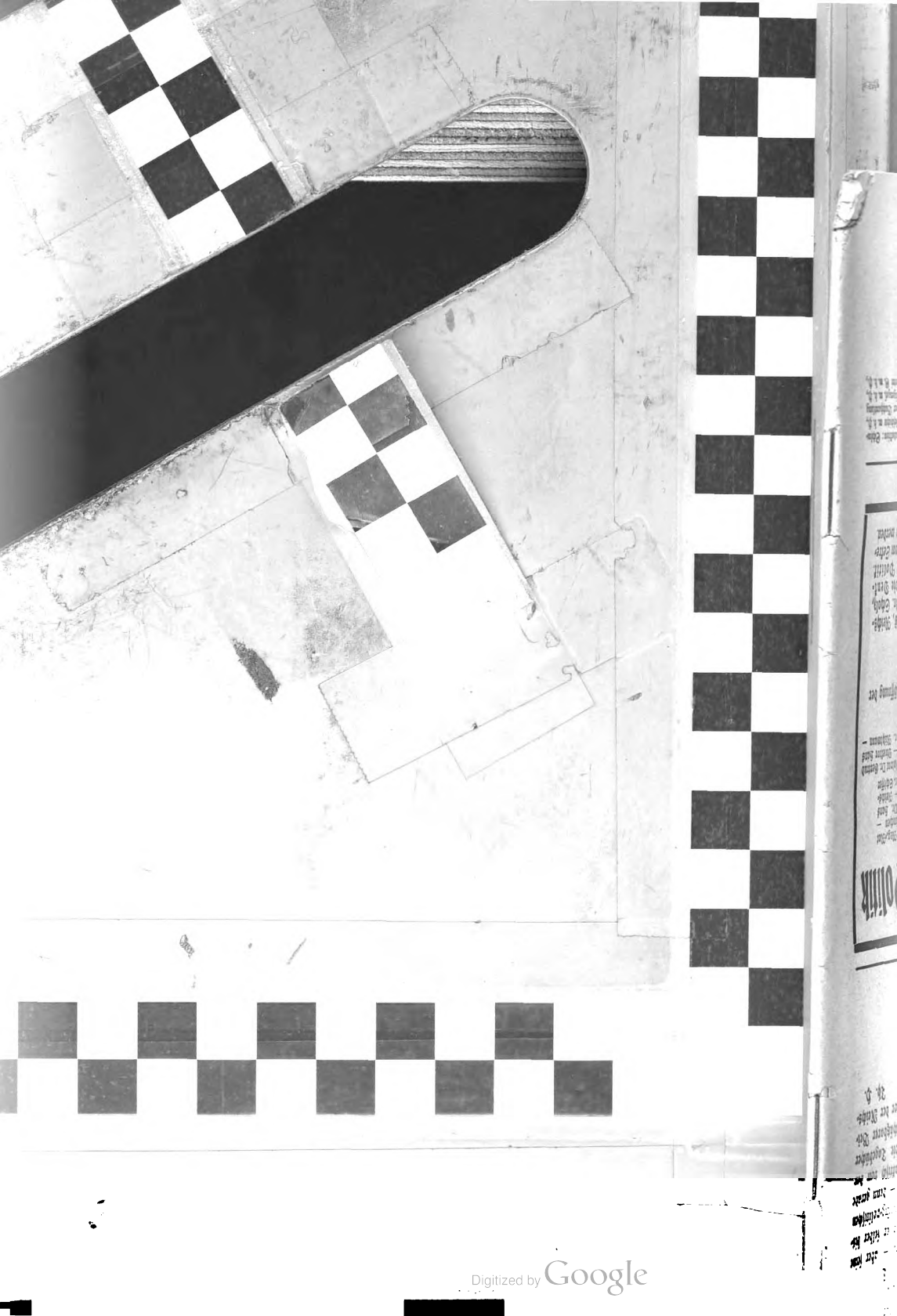
Deutsche Verlagsgesellschaft
für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W. 8
Unter den Linden 17-18

Digitized by Google

Digitized by Google

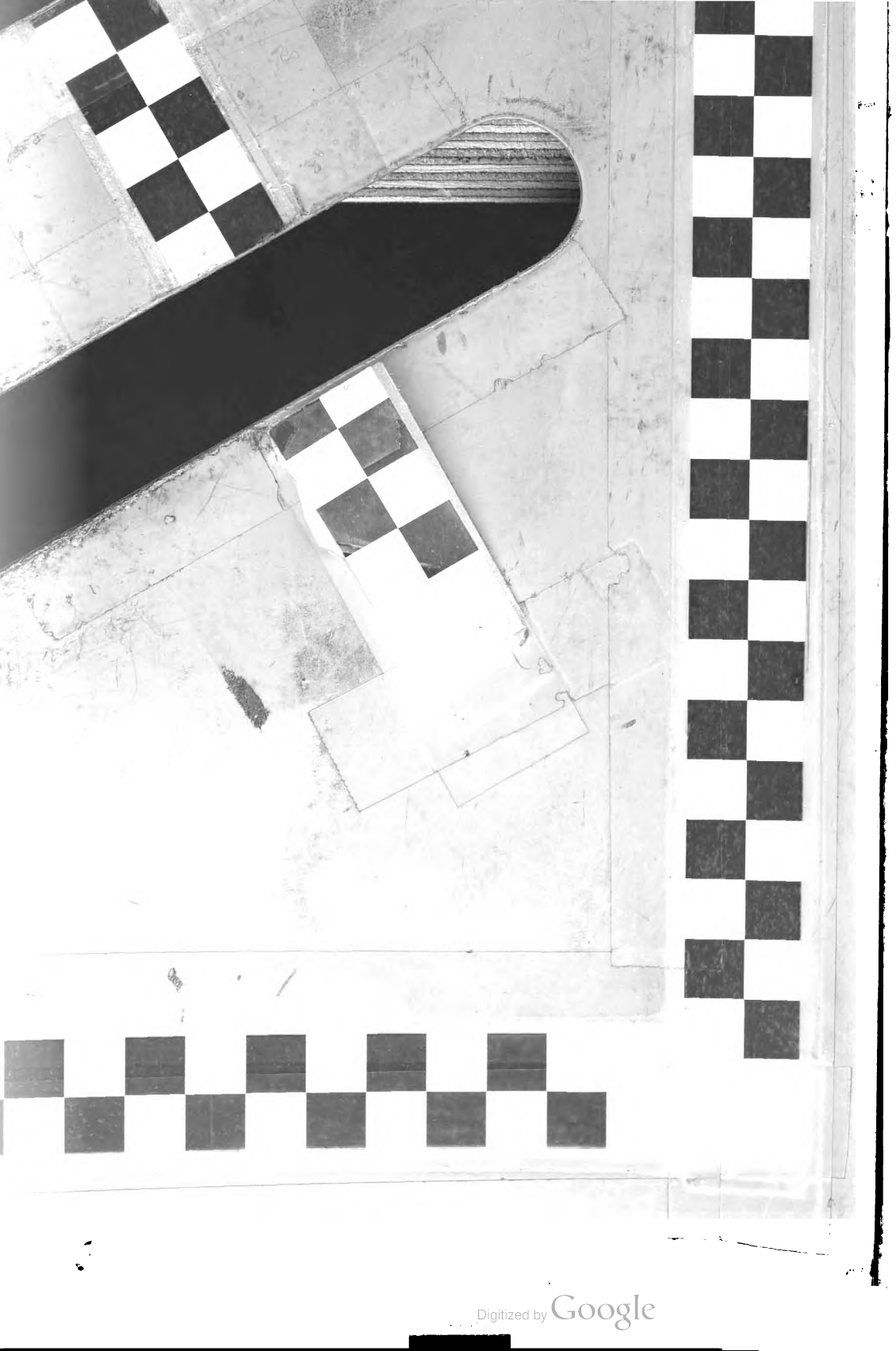
Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

7. Jahrgang • Februar 1922 • Heft 2/4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Offenbar wird es eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Außenministers Rathenau sein, den ehemaligen Wiederaufbauminister Rathenau zu interpretieren. Denn die Stellungnahme der französischen Industrie zum Wiesbadener Abkommen läßt jetzt schon deutlich genug erkennen, daß, abgesehen davon, daß es noch nicht allseits ratifiziert ist, der Rahmen, den es geschaffen hat, von der Praxis nicht anerkannt wird. Vielleicht nicht anerkannt werden kann. Wenn aber die Auseinandersetzung über die Reparation eine Kernfrage unserer auswärtigen Beziehungen bleibt und wenn der richtige Gedanke der Sachleistungen nicht bloß Papier oder Deklamation bleiben soll, dann wird es dahin kommen, daß das starre System der Paragraphen durch ein elastisches der gemeinsamen Geschäftsunternehmungen abgelöst wird. In Frankreich scheint man solchen Ausweg zu finden, freilich mit unsinnigen Bedingungsforderungen überlastet. Aber es wird notwendig sein, daß Rathenau selber nicht auf seinem Schein besteht, so viel Freude er einmal an ihm besaß. Sein neues Amt wird ihm ein kritischeres Verhalten zu seinem ehemaligen Werke erlauben.

*

Pius XI. sollen die Polen und die Franzosen besonders lieben. Mein, heißt es, er liebe die Deutschen ebenso. Gut — das ist so auch sein Amt, alle gleich zu lieben. Der Streit um die Bestimmungen des neuen Papstes hat etwas Väterliches. Denn er überschätzt dessen politische Kunktionen. Sie hatte Benedikt XV. nicht auf Grund einer überlegenen Machtlage gehoben, sondern sie sind ihm zugewachsen kraft einer weltpolitischen Situation, deren Voraussetzungen heute nicht mehr da sind. Der politische Schwerpunkt des Papsttums liegt in den nächsten Jahren in der Frage, ob es seine Aktivität in der innereuropäischen Politik steigern will. Es scheint, als ob Pius XI. hier den Kurs seines Vorgängers weiter steuern wolle.

Digitized by Google

Digitized by Google

JA
14
.D486

7. Jahrgang * Februar 1922 * Heft 3/4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Offenbar wird es eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Außenministers Rathenau sein, den ehemaligen Wiederaufbauminister Rathenau zu interpretieren. Denn die Stellungnahme der französischen Industrie zum Wiesbadener Abkommen läßt jetzt schon deutlich genug erkennen, daß, abgesehen davon, daß es noch nicht allseits ratifiziert ist, der Rahmen, den es geschaffen hat, von der Praxis nicht anerkannt wird. Vielleicht nicht anerkannt werden kann. Wenn aber die Auseinandersetzung über die Reparation eine Kernfrage unserer auswärtigen Beziehungen bleibt und wenn der richtige Gedanke der Sachleistungen nicht bloß Papier oder Deklamation bleiben soll, dann wird es dahin kommen, daß das starre System der Paragraphen durch ein elastisches der gemeinsamen Geschäftsunternehmungen abgelöst wird. In Frankreich scheint man solchen Ausweg zu suchen, freilich mit unsinnigen Nebenforderungen überlastet. Aber es wird notwendig sein, daß Rathenau selber nicht auf seinem Schein besteht, so viel Freude er einmal an ihm besaß. Sein neues Amt wird ihm ein kritischeres Verhalten zu seinem ehemaligen Vertrag erlauben.

*

Pius XI. sollen die Polen und die Franzosen besonders lieben. Nein, heißt es, er liebt die Deutschen ebenso. Gut — das ist ja auch sein Amt, alle gleich zu lieben. Der Streit um die Gesinnungen des neuen Papstes hat etwas Lächerliches. Denn er überschätzt dessen politische Funktionen. Die hatte Benedikt XV. nicht auf Grund eines überlegenen Wollens gehoben, sondern sie sind ihm zugewachsen kraft einer weltpolitischen Situation, deren Voraussetzungen heute nicht mehr da sind. Der politische Schwerpunkt des Papsttums liegt in den nächsten Jahren in der Frage, ob es seine Aktivität in der inneritalienischen Politik steigern will. Es scheint, als ob Pius XI. hier den Kurs seines Vorgängers weiter steuern wolle.

Digitized by Google

Poincaré hat jetzt offiziell in England die Verschiebung der Konferenz von Genua anregen lassen; der Schritt war im publizistischen Helldunkel genügend vorbereitet. Ob Lloyd George darauf eingehen wird, ist eine Prestige-Frage; er hat den Franzosen gegenüber in seiner Unterhausrede zur Abwechslung sehr freundliche Worte gebraucht. Dabei spielte er mit seinem Rücktritt? Will er eine Festigung erreichen, eine Schwenkung einleiten? Poincaré hat, neben der Prestigefrage, ein gewisses sachliches Interesse, vor Genua festzustellen, wie weit die heute noch etwas akademischen Anbiederungsversuche der russischen Politiker ernst gemeint sind. Während die Pariser über die Sowjetleute sich ordentlich entrüsten, gibt es ein paar innere Berührungspunkte, und gibt es Mustafa Kemal, den sie beide lieben und beide brauchen wollen. Nämlich gegen England.

*

Benesch rüstet sich nach London und Paris zu fahren, um dort wegen der Konferenz von Genua zu sondieren. Als Haupt der kleinen Entente hat er den Ehrgeiz, im Konzert der Mächte am Pulte der ersten Violinen Platz zu nehmen. Ohne Zweifel wäre ihm ein Erfolg der englischen Politik nicht uneben, weil die Tschechei wirtschaftlich unter einem deutschen Zusammenbruch schwer zu leiden hätte, andererseits käme ein zu starkes Abrücken von Frankreich einem Sprengen der kleinen Koalition gleich, weil Polen, der Vasall Frankreichs, die Schwenkung von Frankreich zu England unter keinen Umständen mitmachen würde oder könnte. Nicht nur wäre damit einer der Hauptaktionäre der kleinen Entente vor den Kopf gestoßen, sondern es erstünde auch die Gefahr, daß Polen, um im Osten nicht isoliert zu werden, sich Ungarn nähern würde. Damit wäre aber der Hauptzweck der kleinen Entente — Ungarns Isolierung — mißglückt. Es wird also der ganzen Verschlagenheit Beneschs bedürfen, um die kleine Entente nicht nur zusammenzuhalten, sondern auch für die Tschechei und Benesch selber neuen Ruhm zu erringen.

*

Auf der Washingtoner Konferenz ist bessere Arbeit getan worden, als auf den bisherigen Konferenzen in Europa. Man hat dort nicht nur Flickwerk geleistet, sondern wenigstens den Versuch unternommen, grundsätzlich zu werden. Flotteneinschränkung und Ostasien-Abkommen sind Anläufe zu neuen politischen Bindungen, deren Festigkeit freilich noch erprobt werden muß. Politisch war England ohne Zweifel der Hauptgewinner. Es hat die Freundschaft Amerikas gewonnen, ohne die Japans zu verlieren; vor allem ist es ihm aber geglückt, Frankreichs Popularität in Amerika einen schweren Schlag zu versetzen. Frankreichs militärische Extraforderungen zu Wasser und zu Lande sind der amerikanischen Oeffentlichkeit auf die Nerven gefallen, während England sich als „brillanter Sekundant" Amerikas in bestem Lichte zeigen konnte.

Digitized by Google

Die Internationale und der Versailler Vertrag

Von Erwin Barth.

Die Frage, warum sich die internationalen Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft und die nationalen Sektionen der Internationale nicht in stärkerem Maße mit dem Friedensvertrag und seiner Revision befassen und warum die Haltung der ausländischen Arbeiterschaft im allgemeinen in dieser auch für die Wirtschaft ihrer Länder grundlegenden Frage indifferent erscheint, läßt sich nicht mit einer bestimmt formulierten Antwort erwidern. Die mannigfaltigen Interessen, die die Menschen haben, und die Einflüsse, die auf sie wirken, machen sie auch in ihren Lebensäußerungen ganz verschieden.

Unsere Sorgen um den Versailler Vertrag sind naturgemäß ganz andere als die, die man sich im Ausland darum machen kann, weil unser Standpunkt, von dem aus wir die Dinge sehen und erleben, anders ist als der der verschiedenen fremden Länder, die im Kriege auf der anderen Front standen oder als neutrale Zuschauer sich abseits hielten.

Der Versailler Vertrag hat in der sozialistischen Arbeiterschaft der meisten Länder von Anfang an keine Freunde gehabt. Der Eindruck, daß dieses Dokument von Rachegeist und mit den Säbeln siegreicher Generale geschrieben war, entstand nicht allein bei der Arbeiterschaft in den unterlegenen Ländern, sondern auch in den Entente- und den neutralen Staaten. Da die internationale sozialistische Arbeiterschaft von jeher dem Chauvinismus, dem Militarismus und der Geheimdiplomatie mißtrauisch und feindselig gegenüberstand, war zu erwarten, daß sie in fast keinem Lande und auch in den auf Grund dieses Vertrages neugegründeten Staaten Verteidiger oder besondere Liebhaber dieses Vertrages sein konnte. Immerhin war bei der allgemeinen Unsicherheit der schließlichen Auswirkungen des Versailler Diktats zunächst eine mehr allgemein abwartende Stellung zu beobachten.

Der Vertrag wurde zwar als gewalttätig, ungerecht und grausam angegriffen, aber das Echo war bei der starken Unbeliebtheit des alten politischen und militärischen Systems in Deutschland und der recht geringen Sympathie, die wir im Ausland hatten, zumal aber auch unter den Nachwirkungen der zügellosen feindlichen Kriegspropaganda recht gering.

In der sozialistischen Internationale, in der sich nach dem Kriege die gemäßigten sozialdemokratischen Parteien, die zu einem Teil die Kriegspolitik ihrer Länder aktiv unterstützt hatten, wieder zusammenfanden, war der Versailler Vertrag wohl mit einigem Unbehagen aufgenommen worden, ein energischer Vorstoß dagegen konnte jedoch von dieser Organisation nicht erwartet werden. In dieser Körperschaft war die Anschauung von der Alleinschuld des alten Deutschland am

Digitized by Google

Kriege erklärlicherweise Mehrheitsanschauung. Das konnte nicht anders sein, weil ja selbst deutsche Vertreter — man denke nur an die Haltung Eisners auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Genf — die alleinige Kriegsschuld Deutschlands nachdrücklich unterstrichen haben. Und jene Konferenz hat beinahe widerstandslos die bekannte Resolution fassen können, in der die deutsche Sozialdemokratie beschuldigt wird, nicht alles getan zu haben, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Die sozialistische Internationale kommt auch heute noch nicht als Organ in Frage, von dem eine Aktion zugunsten der Revision des Versailler Vertrages oder gar der Schuldfrage zu erwarten wäre.

Nicht viel anders ist die Internationale 2½, die sogenannte Wiener Internationale, einzuschätzen, in der namentlich die Stimmen aus den Ententeländern, die die Alleinschuld Deutschlands am Kriege bestreiten, die die Mitschuld ihrer Regierung betonen und die vereinzelt (Faure-Frankreich) sogar so weit gehen, die Unschuld Deutschlands auszurufen, gar nicht selten sind. Allerdings sind die Bedeutung und das Gewicht der Wiener Internationale recht gering.

Die Moskauer Internationale lehnt es ab, für Revision des Friedensvertrages und der Schuldfrage zu wirken. Sie betont aus grundsätzlichem Radikalismus die Kriegsschuld aller kapitalistischen Staaten und verlangt die Zerreißung aller kapitalistischen Staatsverträge irgend welcher Art. Eine praktische Bedeutung hat dieser Wortradikalismus jedoch nicht.

Die Wirkungen des Versailler Vertrags und besonders seines Schlußstücks, des Londoner Ultimatums, sind für alle modernen Länder außerordentlich drückend. Auf den Seiten der unterlegenen Staaten sieht man einen nur sehr kümmerlichen Kredit und allerniedrigste Valuta, dazu Abgabenverpflichtungen, die auch ein starkes und gesundes Staatswesen nicht zu erfüllen vermag, Not und Elend und stark verengten Lebensspielraum der Bevölkerung; auf der Seite der Ententestaaten hohe Militär- und Marineausgaben, dazu je nach dem Grad des Valutastandes wirtschaftliche Lähmung und Arbeitslosigkeit und in den neutralen Staaten, die allesamt unter der Last einer gesunden Valuta seufzen, Wirtschaftslähmungen, deren materielle Folgen von der Arbeiterschaft in erster Linie getragen werden müssen.

Dieses grobe Spiegelbild der Lage in den verschiedenen Ländern macht begreiflich, daß sich die Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Auslande mit dem Friedensvertrage und seinen Auswirkungen häufig befassen. Sie wissen sehr wohl, daß dort die Wurzel des Uebels liegt. Erklärlicherweise sehen sie jedoch den Friedensvertrag mit ganz anderen Augen an als die deutschen Arbeiterparteien, die ein viel stärkeres Erlebnis dafür haben, weil sie durch ihn Hemmnisse bei fast allen Lebensäußerungen gewahren: Besatzung, Grenzlandsnot, Steuern, innere Einmischung durch Fremde, kurzum, stärkste Abhängigkeit von allen seinen Bestimmungen wird empfunden. Für uns in Deutschland erscheint der Friedensvertrag auch rechtlich, politisch und moralisch eine Ungeheuerlichkeit, während im

Digitized by Google

Ausland meist nur die wirtschaftlichen Auswirkungen im aktuellen Zeitpunkt wahrgenommen werden. Für das Ausland ist also das Londoner Diktat der nächstliegende Betrachtungspunkt. Ob Deutschland im Friedensvertrag als alleinschuldig hingestellt wird, ob Deutschland große und einschneidende Verluste an Gebiet erlitten hat, ob deutsche Minderheiten in fremden Ländern in ihren Lebensrechten verkürzt werden, ob im Innern Deutschlands Dutzende von Kommissionen unangenehme Eingriffe in die Selbständigkeit der deutschen Verwaltung und Wirtschaft machen dürfen, ob die Entente die Rechtsunwirksamkeit von Verfassungsbestimmungen erzwingt: das alles regt das Ausland im allgemeinen keineswegs auf. Die ausländische Arbeiterschaft wird aber nervös, wenn als Folge verschiedener Maßnahmen die deutsche Valuta derart herunterrasselt, daß mit ihr vom Ausland kaum mehr etwas gekauft, ans Ausland dagegen aber umsomehr zu außerordentlich billigen Preisen verkauft werden kann. Wenn also die Skala der deutschen Geldbewertung gleichzeitig das Auf und Nieder des wirtschaftlichen Lebens und Preisbewegung in den valutastarken Ländern bestimmt, dann wird die Aufmerksamkeit auf die Ursachen dieser Erscheinungen, allerdings nur auf die letzten Ursachen gelenkt.

Die letzten Ursachen waren die Zahlungsverpflichtungen und -Bedingungen des Londoner Diktats. Die Stimmung der ausländischen Arbeiterschaft und ihrer offiziellen Organisationen mobilisierte sich gegen diese Zahlungsbedingungen, insonderheit gegen ihre Höhe und Härte, weil diese die letzte Wirtschaftserschütterung des Auslandes hervorgerufen hatten. Aus allen Aeußerungen der nationalen und internationalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter wird wieder die Forderung auf Revision der Zahlungsbedingungen laut. Wenn infolge der Konferenz von Cannes und der für den März angesetzten internationalen Wirtschaftskonferenz für das Ausland eine wesentliche Belebung des Wirtschaftslebens, ja vielleicht sogar eine einigermaßen normale Wirtschaftsgestaltung sich ergeben würde, dann wären die Sorgen des Auslandes um den Friedensvertrag von Versailles wahrscheinlich sofort beseitigt.

Die rein politische Seite des Versailler Friedensvertrages interessiert die breite ausländische Oeffentlichkeit und insbesondere auch die Arbeiterschaft des Auslands so gut wie gar nicht. Das schließt nicht aus, daß die einzelnen führenden Persönlichkeiten, die, mit einem weiteren Gesichtskreis ausgestattet, die Zusammenhänge auch auf größere Entfernung zu sehen vermögen, sich damit befassen. Wenn beispielsweise die sozialistische Arbeiterschaft in den neutralen Ländern zur Schuldfrage keinerlei Stellung nimmt, so will das nicht besagen, daß auch die Führer keine Stellung dazu haben. Die Führer haben ohne Zweifel bis zum Ende des Krieges die Schuld in der Hauptsache auf deutscher Seite gesehen: der Einfluß der energischen, zielbewußten und skrupellosen Propaganda der Ententeländer konnte sich bei dem nur lückenhaft und schließlich auch tendenziös ausgewählt vorliegenden Aktenmaterial leicht durchsetzen. Die Aktenpublikationen über die Vorgeschichte

Digitized by Google

des Krieges, über die Vorgänge während des Krieges und schließlich auch die unmittelbare Kenntnis der Friedensvorgänge haben einen Umschwung erzeugt, einen Umschwung in den Köpfen der Führenden. Die breite Masse der Geführten, die in allen Ländern infolge der wirtschaftlichen Erschütterungen, die die ganze Welt spürt, den Kopf voll kleinster materieller Sorgen, die ihr jedes Interesse für große weltgeschichtliche Probleme erschwert, hat, ist für eine Bewegung zugunsten einer Revision des Schuldurteils zurzeit überhaupt nicht zu haben. Daraus erklärt sich auch, daß die Stimmen einiger wissenschaftlicher Forscher bei der ausländischen Arbeiterschaft so wenig Widerhall finden.

Was nicht ist, kann jedoch noch werden. Wenn die Hemmungen eines natürlichen und gesunden Wirtschaftslebens durch die Auswirkungen des Friedensvertrages nicht beseitigt werden und wenn alle Versuche, die Ausführungsbeschlüsse, also die materiellen Anhängsel des Friedensvertrages, so zu gestalten, daß die Welt wieder in Gang kommt, fruchtlos oder unbefriedigt bleiben, so wird vielleicht in sehr naher Zeit das Ausland der letzten Wurzel des Uebels intensiver nachspüren und eine Revision von Grund auf, also von der Frage der Schuld am Kriege aus, fordern.

Wann es so weit ist und ob es so weit kommt, sind Fragen, die in diesem Augenblick überhaupt nicht beantwortet werden können. Aber es ist trotzdem, um sich nicht später den Vorwurf machen zu müssen, mancherlei unterlassen zu haben, erforderlich, mit größter Objektivität und Wahrheitsliebe das Material für eine andere Betrachtung der Schuldfrage zusammenzutragen und durch alle Kanäle dem Ausland zuzuleiten und die ausländische Oeffentlichkeit zu interessieren. Festhalten sollen wir daran, wenn auch, soweit die Schuldfrage eine Ehrenfrage für Deutschland ist, die ausländische Oeffentlichkeit — Bürgertum wie Arbeiterschaft — kaum dafür in Bewegung zu bringen ist, auch dann nicht, wenn das ganze deutsche Volk durch eine derartige Bewegung einheitlich erfaßt werden kann.

Man wird also gut tun, wenn man vorerst von den sozialistischen Arbeitern des Auslandes keine ernste Neigung für eine Aktion zugunsten der Vertragsrevision annimmt. Das gilt auch für die radikaleren Gruppen in den Ententestaaten, die hauptsächlich angeregt durch die Oppositionsstellung zu ihren Regierungen in lauten Worten den Friedensvertrag und besonders das Schuldurteil anfechten. Je radikaler sie sind, desto heftiger ist ihr Kampf, desto geringer allerdings auch — ihr Einfluß auf die Haltung der Regierung.

Von größter Wichtigkeit in der Arbeiterinternationale ist die Haltung und Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er ist die größte internationale Arbeiterorganisation und er umfaßt sowohl die Anhänger der alten wie der Wiener Internationale. Seine Führer sind ausnahmslos Menschen von Qualität. Sein besonderer Aufgaben- und Verantwortungskreis zwingt zu einer auf weite Sicht eingestellten Politik. Die Erkenntnis der schweren Gefahren für die Arbeiter, für die Völker und für gute, friedliche internationale

Digitized by Google

Beziehungen haben ihn zu einem sicheren Befürworter einer Totalrevision des Friedensvertrages gemacht. Das ist mehrfach auch in der breitesten Oeffentlichkeit zum Ausdruck gekommen. Seine Verdienste um die Anzeichen von Mäßigung, die sich auf der Ententeseite in letzter Zeit bemerkbar machen, können nicht bestritten werden, obwohl sie natürlich nicht im einzelnen zu belegen sind. Der Internationale Gewerkschaftsbund bestimmt natürlich seine Taktik und das Tempo seiner Arbeiten nach seiner Einschätzung der Kräfteverteilung und der Erfolgsmöglichkeiten seiner letzten Absichten.

Soweit man in der Oeffentlichkeit die Stellung dieser Körperschaft beurteilen kann, scheint es, daß die Ueberzeugung, daß der Friedensvertrag von seinen Schöpfern selbst durchlöchert und de facto Stück um Stück abgebaut wird, die offene Proklamation einer bestimmten Forderung auf Revision des Friedensvertrages verhindert. Man erachtet offenbar den Weg für kürzer, die großen nationalen Sektionen in ihrem Widerstand gegen verschiedene Teile des Friedensvertrages zu stärken und damit einen Einfluß auf die Landesregierungen und Geneigtheit dieser Regierungen zu Aenderungen im Vertrage oder irgend welcher bestimmender Ausführungsbeschlüsse zu gewinnen.

Schließlich ist es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß im Ausland größtes Mißtrauen gegenüber allen Aeußerungen besteht, die von der äußersten Rechten über das Thema der Schuldfrage und der Revision des Versailler Vertrages kommen. Man wittert dahinter die wieder wachsenden Köpfe der preußisch-militärischen Hydra. Eine starke Zurückhaltung aller Kreise, die in der ausländischen Oeffentlichkeit mit Mißtrauen beobachtet werden, ist also geboten, und sie ist auch notwendig im Hinblick darauf, daß leicht in unserem eigenen Volke ein innerer Kampf um diese sehr wichtigen Fragen entstehen und unsere ganze Position schwer erschüttern könnte.

Der Streik

Von Dr. Theodor Heuß.

Das Zusammentreffen des Streiks der Eisenbahnbeamten mit dem der berliner städtischen Arbeiter hat die Unterschiede der beiden Ereignisse etwas verwischt, immerhin aber auch ihr Gemeinsames verdeutlicht. In beiden Fällen handelt es sich nicht um Lohnbewegungen im engeren Sinn; es ist eine vollkommene Verkennung und Irreführung, wenn, um den Kanzler Wirth eins ans Bein zu geben, der Streik als Quittung auf seine Politik stilisiert wird. Man mag gegen die Politik der Reichsleitung manches auf dem Gewissen haben, aber die Um-

Digitized by Google

deutung dieser Bewegung in eine „Hungerdemonstration" ist fast gewissenlos. Auch wenn sie im „Gewissen" steht.

Das eben gibt ja den beiden Bewegungen ihr eigentliches Gepräge, daß sie nicht aus dem Scheitern von Verhandlungen über Gehaltsstufen und Lohnsätze entbrannten, sondern daß sie geführt wurden, um einige „Errungenschaften der Revolution" zu sichern. Die Eisenbahner demonstrierten gegen das Arbeitsdienstzeitgesetz, die städtischen Arbeiter gegen die geplante Reform des Manteltarifs, aus dem der Magistrat einige geradezu grotesken Begünstigungen dieser Spezies Arbeiter herausradieren wollte. In diesen beiden Kernfragen sind die Streiks remis ausgegangen — das Reich sichert Vorverhandlung mit den Verbänden zu, die Stadt vertagt die grundsätzliche Entscheidung. Es scheint notwendig, diese letzten Anlässe des bösen Kampfes gut im Auge zu behalten — sie bleiben auf der Tagesordnung und werden ihren hartnäckigen Charakter nicht so leicht verlieren. Denn im Letzten dreht es sich um die Entscheidung, daß die Illusionen, die von der Revolution vor die Massen verschwenderisch gestreut wurden, nun nicht nur in ihrer brüchigen Wirklichkeit, sondern auch in ihren Symbolen getroffen werden. Nicht aus „Reaktion" oder bourgeoiser Bosheit", sondern weil die nationale Wirtschaft sich in politischen Zwängen bewegt.

Die akute Zuspitzung des Streiks aber betraf die Bedeutung des Staatsgedankens, oder überhaupt autoritärer Geltungen. Nicht nur für Reichsleitung und Stadtverwaltung, sondern auch für die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften war die Frage gestellt: welche Wirkung ihr Ruf nach Gehorsam und Gefolgschaft haben würde. Alle Beteiligten haben die Erfahrung machen müssen, daß für solche Stufe das Echo heute etwas verdorben ist — aber sie sehen nun eben auch darin die Aufgabe, den „Obrigkeiten" im „Volksstaat" zuverlässige Wirkungen zurückzugewinnen.

Es ist die Lesart ausgegeben worden, hinter der Beamtenbewegung stünden rechtsgerichtete Hintergrundsfiguren — waren doch die Lokomotivführer im alten Staat immer eine sehr loyale Berufsschicht — wir glauben diese romantische Konstruktion nicht. Aber unverkennbar war, etwa in den Aeußerungen des Abg. Hergt zum Streik, eine gewisse Spielart von Schadenfreude, die wohl so lange dauerte, bis die Kommunisten, zunächst überrascht und dann sehr eifrig, dicke Backen machten und in das Feuer bliesen. Diesem Staat sollten die Beamte die Treue halten; der Staat ist selber daran schuld, wenn sie es nicht tun. Und es ist nicht erstaunlich, wenn geschrieben wird von einem Staatsgedanken, der längst aufgehört hat, zu bestehen:

Der Staatsgedanke der Wissenschaft ist ein Abstraktum, der Staatsgedanke der Politik besteht soweit, als Staatsorgane Lenkungskraft auf Wirtschaft und Gesellschaft besitzen. Heute in Deutschland kämpft er um sein Leben, weil der Staat um sein Leben kämpft. Und er behauptet sich sofern und solange, als die Leitung des Staates fähig ist, den Gesetzen Achtung zu verschaffen.

Digitized by Google

Diejenigen, deren Publizistik sich darin übt, dem zwangsläufig gewordenen Staat die dünnen Kleider seiner Würde wegzureißen und ihn geistig zu unterminieren, haben ein geringes Recht, diesen Staat gleichzeitig zu verhöhnen. Doch man soll ihnen ihre Vergnügung lassen. Wenn im Geistigen durch den brutalen Vorgang, den wir erlebt haben, eine Staatsidee einen schlimmen Stoß erlitten hat, dann ist es die körperschaftlich-ständische. Denn diese Lehre, die wir empfingen, mußte zu der Ueberlegung führen: wie, wenn in der Stufung und Gruppierung der Wirtschaft das, was Verkehrsbeamtentum heißt, aus den autoritären Bindungen, die dem demokratischen Staatsgedanken so gut eingeboren sind wie dem monarchischen, entlassen wird? Dann sind die Voraussetzungen einer gesetzlich legitimierten Anarchie gegeben. Die Eisenbahnersowjets in den ersten russischen Revolutionsjahren (inzwischen sind sie verschwunden) geben von diesen Dingen einen Vorgeschmack — freilich, schon damals haben deutsche Räte-Enthusiasten für diese Lösung geschwärmt.

Die Auswirkung des Kampfes wird sein, daß das Streikrecht der Beamten nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, bis es mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet ist. Die Beamtenverbände haben in den Zeiten der Revolution mit großem Nachdruck und mit Recht dafür gewirkt, daß das Berufsbeamtentum nicht in den Wirrnissen dieser Zeit verschwinde. Nun müssen sie aber auch den Mut haben, diese Tatsache bis ins Letzte durchzudenken und nach dem Ergebnis zu handeln. Sie haben sich allzuleicht daran gewöhnt, die Parallele mit der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaft zu nehmen, mit der Begründung, daß beide Gruppen Empfänger taxierter Gelder und beide Konsumentenmassen seien. Nun ist aber Gehalt, den die Allgemeinheit zur Gewährung eines standesgemäßen Lebensunterhaltes aufbringt, etwas ganz anderes als Lohn, der ein kalkulatorisches Element im Produktionsprozeß darstellt. Gewiß fällt die Wirkung der Geldentwertung am stärksten auf jene Kreise, für die jeder Monat das „Standesgemäße" in Frage stellt — aber es ist ein unheilvoller Zustand, wenn die Beamtenfrage nur in aktuelle Wirtschaftskämpfe ausläuft und alle jene Sicherheit und Garantie vernachlässigt, die nun eben mit der Stellung des Beamten verbunden sind. Es ist ganz ohne Zweifel, daß mit dem Problem des Beamtenstreikrechts die Frage des Weiterbestehens des Berufsbeamtentums im überkommenen Sinn durchbuchstabiert werden muß; die entscheidende Antwort liegt bei den Führern der Beamtenvereinigungen selbst.

Digitized by Google

Kleine Anfrage an Lord Grey

Von G. von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Lord Grey hat sich in einer Rede zu Edinburg über die Vorgänge bei Ausbruch des Weltkrieges geäußert. Seine Darlegungen klingen wie eine Entschuldigung der zweifelhaften Rolle, die er dabei gespielt hat. Er sagt, Deutschland hätte den Krieg verhindern können, wenn es seinen, Greys, Konferenzvorschlag angenommen hätte, eine Konferenz würde den österreichisch-serbischen Konflikt binnen einer Woche beigelegt haben. Die „unbedingte Weigerung" Deutschlands wäre verhängnisvoll gewesen.

Zunächst ist festzustellen, daß der Konferenzvorschlag an der Ablehnung Wiens gescheitert ist, wohin wir ihn weitergegeben hatten. Aber wir haben ihn auch nicht für zweckmäßig erachten können, weil, wie der Reichskanzler gesagt hat, „es für uns unmöglich sei, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu stellen". Wir hatten in Algeciras und London unsere Erfahrungen gemacht. Auf ersterer Konferenz hatten wir den Dreiverband, dem auch Italien seine Stimme gab, mit Oesterreich allein gegenübergestanden, bei letzterer war es nur mit Mühe und durch weitgehendes Nachgeben Oesterreichs gelungen, den Krieg zu vermeiden. Bei der Stellung der Mächtegruppen, bei der serbenfreundlichen Politik Italiens, seiner Eifersucht gegen Oesterreich in allen Balkanfragen, war mit Sicherheit vorauszusehen, daß wir bei Verteidigung der Interessen Oesterreich-Ungarns isoliert geblieben wären. De facto hätte die Konferenz den Charakter eines „Schiedsgerichtshofes" gehabt, den anzurufen nur Sache der Beteiligten, Oesterreichs oder Rußlands, gewesen wäre. Der Spruch würde aller Voraussicht nach zu einer Demütigung Oesterreichs geführt haben. Hätte Wien sich dieser nicht unterwerfen wollen, so hätte es in den Augen aller Welt den Schein des Unrechts auf sich geladen. Wie übrigens Lord Grey — in Parenthese bemerkt — zu der Annahme gelangen kann, daß eine Konferenz den Streitfall „innerhalb einer Woche" beigelegt haben würde, ist nach den Vorgängen anderer Konferenzen schwer ersichtlich. Sie haben sich stets als ein sehr schwerfälliger und langsamer Apparat erwiesen, (bei dem die Gegensätze oft nur noch stärker hervortreten). Wir haben uns immer zur Vermittlung bereit erklärt und auf den Greyschen Konferenzgedanken den Gegenvorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Petersburg und Wien gemacht, den der damalige Sir Edward Grey selbst für die „bestmögliche Lösung" erklärte! (Blaubuch 84, 67.) Dem Gedächtnis des jetzigen Lord Grey scheint dies entfallen zu sein. Freilich hätte er bei seinen intimen Beziehungen zu Petersburg dort — so, wie wir es in Wien getan haben — auch dahin wirken müssen, daß die Aussprache und Verständigung zustande kam. Hiervon findet sich nichts in den Buntbüchern!

Digitized by Google

Lord Grey sagt ferner: „Deutschland wäre vollkommen berechtigt gewesen zu sagen, es könne eine Konferenz nicht bedingungslos annehmen, es könne ihr nur zustimmen, wenn eine Garantie gegeben werde, daß keine Mobilisierung oder sonstige Kriegsvorbereitungen während der Konferenz stattfänden." Wie will man, so möchte man Lord Grey fragen, definieren, was „sonstige Kriegsvorbereitungen" sind, wer kann sie kontrollieren? Aber weiter: Das Telegramm Greys, das den Konferenzvorschlag enthält, ist vom 26. Juli. Ausgeführt wurde die Weisung in Berlin am 27. (Blaubuch 36 und 43). Nach des Zaren eigenem Zugeständnis vom 30. war die Mobilmachung schon vor fünf Tagen, also am 25. beschlossen. Und sie wurde durchgeführt, während der Kaiser mit dem Zaren in täglichem Telegrammwechsel zur Beschwörung der Kriegsgefahr stand und der Kaiser, wie seine Regierung dringend in Petersburg vor den irreparablen Folgen militärischer Maßnahmen warnten, die „die diplomatische Aktion durchkreuzen" könnten. Auch der englische Botschafter in Berlin ist verschiedentlich auf diese Gefahr hingewiesen worden. Hat Sir E. Grey je entsprechende Schritte in Petersburg getan? Die Buntbücher melden nichts davon, obwohl Sir E. Grey aus einem Bericht seines Botschafters in Petersburg (Blaubuch 6) wissen mußte, daß Sasonow letzterem gesagt hatte, „die russische Mobilmachung werde in jedem Fall durchgeführt werden müssen". In dem langen Bericht Sir G. Buchanans über das Gespräch mit Sasonow findet sich keine einzige Mahnung, die Dinge nicht durch militärische Maßregeln zu überstürzen. Hätte man in Petersburg und Paris nicht bestimmt mit dem Beistand Englands gerechnet, würde man sich wohl gehütet haben, die Dinge zum Kriege zu treiben. Der englische Staatssekretär aber ließ den Stein rollen.

Lord Grey hat ferner in Edinburg gesagt, der Krieg wäre unvermeidlich gewesen, weil seitens Deutschlands nicht derselbe Wille zum Frieden bestanden habe, wie in England. Daß Deutschland den Krieg verhindern wollte, ist durch die Veröffentlichung der deutschen Dokumente hinlänglich erwiesen. Daß auch im englischen Volke keine Kriegsstimmung war, geht aus den Berichten des russischen Botschafters hervor. Wie verhielt es sich aber mit Sir E. Grey? Graf Benkendorff schreibt: „Die Rücksicht auf Parlament und öffentliche Meinung erklärt Sir E. Greys zögernde Haltung", und er bestätigt dies durch die Aeußerung Herrn Paul Cambon vom 27. Juli, die Lage sei in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt, damit Grey ohne zu riskieren offen auftreten könne.

Der Redner von Edinburg ist derselbe Sir E. Grey, der im September 1912 Sasonow auf die Frage, was Rußland im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland von England zu erwarten habe, antwortete: „England wird alles daran setzen, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen"!

Digitized by Google

Der Abbau des kommunistischen Systems in Rußland

Von Axel Schmidt.

Der Finanzminister des zarischen Regimes, Kokowzow, pflegte zu sagen, daß die Ernte der eigentliche Finanzminister Rußlands sei. Dieses Wort hat heute, wo die Hungersnot mittelalterliche Zustände schafft, erhöhte Aktualität bekommen. Pflock um Pflock wird das kommunistische Wirtschaftsprogramm zurückgesteckt und ein Grundsatz nach dem anderen wird von Lenin preisgegeben, um politisch an der Macht bleiben zu können. Der Bolschewismus war ausgezogen, um den Kapitalismus zu besiegen und er hatte es wirklich erreicht, daß zwei Grundlagen des Staates — Großgrundbesitz und Großindustrie — nicht nur entkapitalisiert, sondern auch so gut wie völlig zerstört worden waren. Jetzt aber sieht sich der Bolschewismus gezwungen, um das Wirtschaftsleben nicht völlig absterben zu lassen, den westeuropäischen Kapitalismus zu Gast zu laden. Vor dem Kriege hatte der Panslawismus das Wort geprägt, daß Deutschland die russische Notlage während des japanischen Krieges und der ersten Revolution ausgenutzt hätte, um Rußland zu einer „Kolonie Deutschlands" zu machen. Damals war dieser Satz nichts mehr als ein bequemes Schlagwort, um die antideutsche Stimmung anzufachen, heute ist es Wahrheit geworden, nur muß statt Deutschland „europäische Kolonie" gesagt werden. Lenin und Co. bieten Europa wirtschaftliche Konzessionen an, wie man sie bisher bloß in noch nicht aufgeschlossenen fremden Erdteilen gekannt hat. Als Gegenleistung wird nur die Anerkennung der Sowjetregierung verlangt, nachdem man in Moskau eingesehen hat, daß deren Erzwingung durch die Weltrevolution nicht möglich ist. Der Hunger, der nach Nansens Angaben ein Gebiet von 30 Millionen Menschen erfaßt hat, von denen etwa zehn Millionen dem Tode verfallen sein dürften, hat selbst dem fanatischsten Anhänger Lenins in Europa die Lust benommen, das rote Paradies bei sich einzuführen. Das hat wohl auch die Sowjetregierung veranlaßt, ihre Taktik gegenüber den europäischen Regierungen völlig zu verändern. Während noch bis vor kurzem Lloyd George einer der schlimmsten „Vertreter des blutsaugerischen Kapitalismus" war, ist er nach der Einladung von Genua zu einem der „klügsten Köpfe Europas" avanciert, mit dem es eine Ehre und Vergnügen ist, sich am Verhandlungstisch zusammen zu finden.

Im Innern Sowjetrußlands geht jetzt nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der politische Abbau des Kommunismus mit Riesenschritten vorwärts. Man gibt die Reste der Fabriken den früheren Besitzern in Pacht, man erlaubt den privaten Handel wieder und man versucht durch Gründung einer Staatsbank, das

Digitized by Google

Geldwesen wieder zu gesunden. Wie immer in Rußland, gibt man sich auch hierbei nicht mit Kleinigkeiten ab; man hat eine Kommission ernannt, die mit außerordentlichen Vollmachten betraut, den ins Riesenhafte angewachsenen Beamtenapparat radikal abzubauen hat. Man vergesse nicht, daß bisher jeder Bürger vom 18. bis 50. Jahre (Frauen bis zum 45.) eine Staatsstelle bekleiden mußte, weil es außerhalb des Staatsapparates keine Arbeit gab. Wer nicht diente, galt als „fahnendienstflüchtig". Wer sich weigerte, die ihm von der Arbeitsbörse zugewiesene Arbeit zu übernehmen, wurde ins Konzentrationslager abgeschoben. Mit Recht verglich Professor Kulischer diese Zustände mit der Leibeigenschaft vor 1861. In der bolschewistischen Presse wird die Notwendigkeit der Einschränkung der Beamtenschaft mit dem drohenden Staatsbankerott motiviert. Was dieses Wort eigentlich bedeuten soll, ist nicht recht klar, wenn man sich sagt, daß das bolschewistische Geld ja schon lange so gut wie wertlos ist. Die Eisenbahntarife z. B. sind bereits auf das 20 000 fache der Vorkriegszeit erhöht worden; da aber auch das nicht genügt, plant man jetzt einfach, einen Teil der Fracht als Naturalbezahlung einzubehalten. Die Geldnot zwingt die Bolschewisten sogar, ihre „Kulturpolitik" jetzt abzubauen. Die Universitäten von Ssaratow, Smolensk, Wladikawkas, Kasan und die Politechniken von Moskau, Orel, Tambow, Ssimbirsk und Kostroma sind bereits geschlossen worden und das ehemalige große kaiserliche Theater in Moskau, das mit einem Unterschuß von zwei Milliarden arbeitet, ist in Gefahr geraten, gleichfalls geschlossen zu werden. Unter solchen Umständen ist nicht weiter verwunderlich, daß 100 000 Lesehallen, 6000 Klubs und 10 000 Volkshäuser liquidiert sind. Diese letzteren Maßnahmen machen dem radikalen Flügel der Bolschewisten große Sorge, weil damit die „Pflanzstätten kommunistischer Weltanschauung" endgültig vernichtet werden. Das offiziöse Blatt in Moskau, die „Iswestija", ist denn auch über diese Abstriche höchst besorgt, indem es schreibt:

„Die Durchführung des neuen Wirtschaftskursus beginnt schon einen anarchistischen Charakter, der einen Stich ins Tragikomische verrät, anzunehmen. Wo ehedem Milliarden ausgeworfen wurden, da bewilligt man keine Kopeke mehr. Tausende Institutionen werden auf diese Weise Hals über Kopf massakriert, ohne Rücksicht darauf, welche Mühe und Zeit es gekostet hat, die Organe auf die Füße zu stellen; besonders radikal wird das Schulwesen reduziert und aufgehoben."

Wie immer tauchen in Zeiten solcher Krisen Meldungen von Spaltungen innerhalb des Bolschewismus auf. Man behauptet, daß der radikale Flügel sich für einen Kampf auf Tod und Leben gegen die neue Wirtschaftspolitik vorbereite. Was davon wahr ist, läßt sich von hier aus nicht beurteilen; bisher haben sich aber alle Meldungen von Zerwürfnissen zwischen Lenin und Trotzki als falsche Spekulationen erwiesen, weil beide zu sehr Realpolitiker sind, um nicht zu wissen, daß ihrer beiden Stunde geschlagen hätte, wenn sie nicht zusammen die Macht in Händen behalten. Auch der Führer der Sozialrevolutionäre Victor Tschernow

Digitized by Google

hat kürzlich in Berlin die Ansicht vertreten, daß sich Anzeichen eines Umschwunges geltend machen. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem Gedankengang:

Die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung habe unter den Arbeitern große Beunruhigung erweckt. Sie fühlen sich dem andrängenden Kapitalismus gegenüber schutzlos, ihre früheren Kampforganisationen, die Gewerkschaften, haben sich in Behörden verwandelt, sind also zu einem aktiven Kampfe unfähig geworden. Ganz besonders kritisch aber ist die Lage der Arbeiterschaft gegenüber dem Hauptunternehmer, dem Staate selbst, der über die Gewerkschaften selbst verfüge. Mit der weiteren Rückbildung zum kapitalistischen System glaubt demnach Tschernow auf eine scharf oppositionelle Einstellung der Arbeiterschaft rechnen zu können. Die Intelligenz ihrerseits sehe sich bei dem Abbau der bürokratischen Apparate, die naturgemäß mit der Rückkehr zu der alten Wirtschaftsform Hand in Hand gehen müsse, wieder in ihren mühsam gewonnenen Existenzgrundlagen bedroht und deswegen beginnt in ihr langsam wieder der alte Haß gegen die Bolschewisten zu erwachen. Aus diesen Gründen glaubt Tschernow feststellen zu können, daß die Verhältnisse in Rußland allmählich für eine neue Revolution reif zu werden beginnen. An eine friedliche politische Evolution des herrschenden Systems, die parallel mit der wirtschaftlichen Demokratisierung ginge, will Tschernow nicht glauben. Allgemeine Wahlen könnten die bolschewistischen Ideologien nicht zulassen, da Wahlen, wie Lenin sehr gut wisse, den Bolschewisten eine Niederlage bringen müssen.

Theoretisch sind Tschernows Ausführungen durchaus schlüssig; nur ist es die Frage, ob das russische Volk nach den furchtbaren Anstrengungen des Weltkrieges, der Revolution und des Bolschewismus noch so viel Kraft wird aufwenden können, um das rote Joch abzuschütteln. Dazu kommt die merkwürdige Situation, daß zwar keine Regierung ohne die Bauernschaft positive Arbeit leisten kann, daß aber andererseits die Führung der Geschäfte nicht von letzterer, sondern von einer anderen Schicht übernommen werden muß. Im Bolschewismus waren es die Arbeiter. Die haben sich aber bei dieser Kraftanstrengung so gut wie völlig verausgabt und deswegen ist es fraglich, ob sie noch einmal fähig sein werden, die Träger einer neuen Politik zu sein. Aber auch die bürgerlichen Schichten sind durch Verelendung oder Emigration so geschwächt, daß auch sie schwerlich die Führung werden an sich reißen können. Selbst das Anwachsen der religiösen Bewegung, auf das die konservativen Kreise hoffen, dürfte nicht tief genug gehen, um den Bolschewismus stürzen zu können. Bricht aber die Sowjetregierung infolge der wirtschaftlichen Ohnmacht zusammen, dann ist es noch immer das Wahrscheinlichste, daß das Chaos sich auf den russischen Thron schwingen wird.

Wilna und Lemberg

Von * * *

Der Appetit kommt mit dem Essen. Dieses Sprichwort bewahrheitet sich aufs neue beim polnischen Volke. Als die Entscheidung über Oberschlesien infolge der für Deutschland ungünstigen Konstellation in der Weltpolitik den Polen größere Erfolge brachte, als sie jemals erwartet hatten, konnte man meinen, daß

Digitized by Google

die polnische Oeffentlichkeit nach diesem unerwartet großen Gewinne sich hinsichtlich der andern Forderungen der polnischen Eroberungssucht nachgiebiger zeigen würde. Von manchen Seiten wurde sogar gerüchtweise verzeichnet, daß das wichtigste Mitglied der Völkerbundskommission, die über Oberschlesien zu beschließen hatte, der Belgier Hymans, als der einzige Kenner der polnischen Frage, seinen ganzen Einfluß darum zugunsten Polens geltend gemacht hätte, weil er hoffte, hierdurch die Polen in seiner Herzensangelegenheit, der Wilnaer Frage, nachgiebiger zu stimmen. Hymans hatte sich nämlich ein volles Jahr als Vorsitzender der polnisch-litauischen Kommission mit der Regelung der Wilnaer Frage beschäftigt und hierbei wegen der polnischen Unnachgiebigkeit einen Mißerfolg zu verzeichnen gehabt. Immerhin verdankte er dieser Stellung eine genauere Kenntnis der polnischen Verhältnisse als seine übrigen zur Beschlußfassung über Oberschlesien berufenen Kollegen in der Völkerbundkommission und beeinflußte sie zugunsten Polens. Hymans erwartete darum nach seiner Tätigkeit in der Oberschlesien-Frage ein Einsehen Polens hinsichtlich Wilnas.

Er hat sich darin getäuscht ebenso wie die wenigen einsichtigen Elemente in Polen und die litauische Regierung in Kowno. Die polnische Oeffentlichkeit will von einem Entgegenkommen in der Wilnaer Frage im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes nichts wissen. Wohl gibt es in der Auffassung der rechtsstehenden polnischen Elemente und der der polnischen Fortschrittsparteien einen gewissen Unterschied. Die polnischen Nationaldemokraten und Klerikalen verlangen eine glatte Annexion des ganzen Wilnaer Gebietes; die fortschrittlichen Parteien, mit dem Präsidenten Pilsudski an der Spitze, wollen dem Gebiete von Wilna scheinbar eine gewisse Meinungsäußerung zugestehen, jedoch unter der Bedingung, daß das genannte Gebiet einen integralen Bestandteil des polnischen Reiches bilden werde.

Es ist zu bemerken, daß das Wilnaer Gebiet zum geringsten Teile polnisch, vielmehr überwiegend weißruthenisch und litauisch ist. Die Stadt Wilna selbst, auf die die Polen hauptsächlich ihren Anspruch auf das ganze Wilnaer Gebiet stützten, ist in ihrer Mehrheit von Juden, Litauern und Weißruthenen bewohnt. So sieht die Wilnaer Frage in ethnographischer Hinsicht aus. In völkerrechtlicher Beziehung liegt die Frage so, daß Mittel-Litauen, wie das Wilnaer Gebiet genannt wird, infolge des nach dem Muster d'Annunzios vom polnischen General Zeligowski ausgeführten Ueberfalles in die faktische aber nicht rechtliche Okkupation durch Polen gelangte. Zunächst erklärte die polnische Regierung, mit dem eigenmächtigen Vorgehen Zeligowskis nicht das geringste gemein zu haben, wiewohl es der ganzen Welt klar war, daß Zeligowski nur als Strohmann Warschaus gehandelt habe. Zeligowskis Freibeutertat ist bis zum heutigen Tage nicht gesühnt und die Entente hat sich bisher, sei es aus Schwäche, sei es aus Rücksichtnahme auf Frankreichs Liebkind, Polen, mit einigen belanglosen Protesten begnügt. Trotzdem also die polnischen Ansprüche auf das Wilnaer Gebiet sich nur auf Rechtsbruch und nackte Gewalt gründen, hat die polnische Regierung im Wilnaer Gebiet Sejmwahlen

Digitized by Google

am 8. Januar 1922 vorgenommen, um auf diese Weise „der Bevölkerung des Wilnaer Gebietes die Möglichkeit der freien Willensäußerung zu geben". Die Vornahme der Sejmwahlen in einem Gebiete, über welches der Völkerbund bezw. die Entente zu entscheiden hat, vor dieser Entscheidung, war ein Versuch, eine vollzogene Tatsache zu schaffen und durch eine angebliche freie Meinungsäußerung der Bevölkerung die Entscheidung der Entente zu beeinflussen. Dieser Versuch war umso mehr eine bewußte Irreführung, als die Mehrheit der Bevölkerung des Wilnaer Gebietes sich an der von Polen inszenierten Wahlkomödie gar nicht beteiligte. Vergeblich waren bis zum letzten Augenblick vor der Wahl die Bemühungen der polnischen Regierung gewesen, die Juden, Weißruthenen und Litauer des Wilnaer Gebietes umzustimmen. Ebenso vergeblich waren aber auch die Warnungen der fremden Gesandten in Warschau geblieben: die polnische Regierung folgte geradezu willenlos der aufgepeitschten öffentlichen Meinung in Polen, dessen aktivste politische Elemente aller Parteien von einem Nachgeben in der Wilnaer Frage nichts wissen wollten. Sogar der Widerstand der französischen Regierung, die sonst in Polen wie in einer eigenen Satrapie zu befehlen pflegt, vermochte die Polen nicht auf den Weg der Besonnenheit zu bringen. Die imperialistischen Geister, die Frankreich in Polen dauernd gerufen hatte, wurde und wird es nicht mehr los und vermag sie nicht einmal zu bändigen.

Im letzten Augenblick vor den Wahlen wurde seitens der Entente hauptsächlich von Frankreich zwischen dem Gebiete von Wilna und dem weit wichtigeren strittigen Gebiete, das gegenwärtig von Polen okkupiert ist, ihm jedoch völkerrechtlich noch nicht angehört, nämlich Ostgalizien, ein Junktim geschaffen. Wenn Polen in der Frage von Wilna nicht noch den Weg des Rechtes einschlagen werde, so müßte die Entente die Entscheidung über Ostgalizien hinausschieben und die Anerkennung der polnischen Grenze im Osten, die auf Grundlage des Rigaer Friedens gezogen wurde, versagen. Jedoch vermochte auch dieser Hinweis bisher die Haltung der polnischen Oeffentlichkeit in der Wilnaer Frage nicht umzustimmen. Der Grund für diese polnische Hartnäckigkeit ist hauptsächlich darin zu suchen, daß die Polen ihre Sache lediglich auf Gewalt stellen. Die Polen verfügen über eine große Armee, der die Litauer im Wilnaer Gebiet und die Ukrainer in Ostgalizien keinen Widerstand entgegenzusetzen vermögen. Deutschland ist für Polen infolge seiner gegenwärtigen Ohnmacht keine militärische Gefahr. Mit der Tschecho-Slowakei hat Polen einen Desinteressement-Vertrag geschlossen; mit Rumänien sind die Polen verbündet. Sowjetrußland hat mit seinen wirtschaftlichen und Hungersnöten so viel zu tun, daß es in der nächsten Zeit nicht geneigt sein wird, zum Schwert zu greifen. Die Entente wird zur Durchsetzung ihrer Wünsche in Polen niemals Truppenkontingente designieren. Der Völkerbund ist eine Popanz — und darum läßt Polen die Entente warnen und den Völkerbund protestieren, ohne sich um Warnung und Proteste zu scheren. Die polnische Regierung blickt auf Präzedenzfälle zurück: alle bisherigen polnischen Rechtsverletzungen, Wortbrüche und Unbotmäßigkeiten gegen-

Digitized by Google

über den Protektoren sind noch immer ungestraft geblieben. Die polnische Regierung macht sich darum aus Verweisen der großen Entente nur sehr wenig und geht den vorläufig straflos bleibenden Weg der rechtswidrigen nackten Gewalt.

Gerade die Frage Ostgaliziens gibt den Polen den Mut zu ihrem Verhalten. Daß dieses Gebiet gegenwärtig unter polnischer Okkupation ist und von den Polen als integrale Provinz des polnischen Staates behandelt werden kann, ist nur eine Folge ununterbrochener Rechtsbrüche, zahlloser Fälle von Mißachtung verschiedener vom Obersten Rate und Völkerbunde gefällter Entscheidungen und unzähliger Wortbrüche der jeweiligen polnischen Regierungen. Wohl bestimmt die Curzon-Linie, daß Polens Ostgrenze in Galizien nur bis Przemysl reiche, wohl haben sogar die Franzosen in zahlreichen Verträgen mit Rußland, zuletzt in den Jahren 1914 und 1917 Ostgalizien dem russischen Reiche zuerkannt, wohl haben Oberster Rat, Völkerbund, englische Regierung und viele andere Instanzen erklärt, daß Ostgaliziens staatsrechtliche Stellung noch lange nicht entschieden ist — in der Praxis jedoch haben die Polen bisher der zu vier Fünfteln nicht polnischen Bevölkerung Ostgaliziens nicht einmal die primitivsten nationalen Rechte zugestanden. Die Polen haben vielmehr die bestehenden nichtpolnischen Schulen in Ostgalizien aufgelöst, einen Teil Ostgaliziens haben sie administrativ mit einem rein polnischen Teile Westgaliziens vereinigt, der polnische Landtag hat sogar Ostgalizien in seine Wahlgeometrie einbezogen, als ob Völkerrecht, Wille der internationalen Politik und das Recht der Selbstbestimmung der ostgalizischen Bevölkerung gar nicht vorhanden wären.

In den Sitzungen des Obersten Rates und des Völkerbundes im Monat Januar hätte sowohl die Wilnaer Frage wie auch die Frage Ostgaliziens beraten und entschieden werden sollen. Das ist jedoch nicht geschehen. Man müßte nicht gerade Prophet sein, um vorauszusehen, daß nicht einmal eine formale Lösung für diese Fragen gefunden werden wird. Der polnische Widerstand gegen jede gerechte Lösung war wieder einmal unüberwindlich; Frankreich hat sich wohl oder übel hinter seinen Schützling gestellt und der Völkerbund hat sich gehütet, Entscheidungen zu treffen, deren Nichtrespektierung durch die Polen er mit Sicherheit zu gewärtigen hatte. Es wird also in der Wilnaer Frage weitere Verhandlungen zwischen der litauischen und polnischen Regierung geben, die wiederum erfolglos verlaufen werden. Hinsichtlich Ostgaliziens wird man auch noch die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Osteuropa abwarten. Irgend ein Grund, die Entscheidung dieser Frage noch weiter zu verschieben, wird sich schon noch finden. Theoretisch und rechtlich werden die Fragen von Wilna und von Ostgalizien in der Schwebe gelassen werden. Praktisch werden die Polen wie bisher in beiden Gebieten die Herren bleiben und die endgültige Entscheidung über das Schicksal dieser Provinzen in polnischem Sinne vorbereiten.

Die endgültige Entscheidung aber wird doch nicht von den Polen, sondern durch die Tatsachen getroffen werden. Diese Tatsachen sind: die Unfähigkeit der pol-

Digitized by Google

nischen Regierung, fremde Nationalitäten auch nur halbwegs gerecht zu behandeln; die Unfähigkeit der Polen, die Wirtschaft dieser Gebiete aufzubauen; der abgrundtiefe Haß der unterdrückten Litauer, Weißruthenen, Ukrainer und Juden gegen die polnische Gewaltherrschaft; die erdrückende Mehrheit der nichtpolnischen Elemente sowohl im Wilnaer Gebiet wie auch in Ostgalizien; das unbedingte Bedürfnis Gesamteuropas, durch keine polnische Barriere von der Weltwirtschaft geschieden zu sein. Diese Tatsachen werden schließlich nicht nur über Wilna und Lemberg, sondern vielleicht auch über Polen entscheiden. Möge dieses vorläufig seine ganze Hoffnung auf seine Bajonette stellen. Mit Bajonetten kann man jedoch nach dem alten Sprichwort vieles machen, nur nicht darauf sitzen.

Frankreichs Flottenpläne

Von Korvettenkapitän Gadow, Berlin.

Die Konferenz „zur Einschränkung der Flottenrüstungen" in Washington war ursprünglich aus dem Wunsch der Vereinigten Staaten hervorgegangen, die ihnen selbst sehr fühlbar werdenden Rüstungsausgaben energisch zu beschneiden und zu diesem Zweck eine Verständigung unter den großen Seemächten herbeizuführen, welche dem Einzelnen eine solche Einschränkung gestatten würde. Eine Vorbedingung hierfür müßte das Zustandekommen einer Einigung über die ostasiatischen Fragen sein. Die Regelung beider Fragenkomplexe aber hing wiederum davon ab, daß England als der europäische Partner dieser Abkommen sich in der Lage sehen konnte, seine Flottenrüstungen wesentlich zu verkürzen, ohne von einer anderen europäischen Großmacht in dem erstrebten Gleichgewicht gestört oder behindert zu werden. So trat der charakteristische Moment ein, daß die scheinbar ganz auf ostasiatische Probleme zugeschnittene Konferenz zurückgezwungen wurde zum alten Kriegs- und Vertragstheater Europas, und zwar war dieser Moment gegeben, als der englische Vertreter, Mr. Balfour, die französische Abrüstung als notwendige Vorbedingung für die englische bezeichnete.

Frankreich, das in dem Glauben nach Washington gekommen war, es könne England und die Vereinigten Staaten nach Gefallen gegeneinander ausspielen, sah sich angesichts dieses direkten Angriffs in eine nicht erwartete Verteidigungsstellung gedrängt. Es wußte die Verhandlungen in den Kommissionen zunächst von der Frage seiner Landrüstungen abzulenken und beschränkte sich darauf, bezüglich seiner maritimen Rüstungen diejenigen Forderungen anzumelden, welche es dem Verteilungsplan des Staatssekretärs Hughes entgegensetzen zu müssen glaubte. Es forderte an Stelle des ihm zugedachten Linienschiffbestandes von 200 000 Tonnen einen solchen von 350 000 Tonnen, wahrscheinlich ermutigt durch den gleichzeitigen Widerstand Japans gegen die epochemachende ihm auferlegte Herabsetzung seines

Digitized by Google

Schiffsbestandes. Wie erinnerlich, setzte Japan bei jener Gelegenheit kleine Verbesserungen dergestalt durch, daß es die Erlaubnis erhielt, das Linienschiff „Mutsu", seine neueste Schöpfung, zu behalten, wogegen England und die Vereinigten Staaten gewisse kleinere Verschiebungen in ihren eigenen Flottenlisten vornahmen. Der erwähnte Vorstoß Frankreichs verlief jedoch ohne Wirkung, da die Sachverständigen der Konferenz, wie auch alle übrigen Fachleute der Welt, sich völlig darüber im Klaren waren, daß Frankreich weder pekuniär noch technisch in der Lage ist, ein solches Programm, welches beiläufig den Neubau von zehn Linienschiffen zu 35 000 Tonnen im Lauf der nächsten Jahre erfordern würde, durchzuführen. Man betrachtete die französische Forderung mit Recht als Camouflage und harrte der weiteren Entwicklung. Frankreich zog sich dann auch alsbald in diesem Punkte zurück, verstärkte seinen Protest aber umso mehr hinsichtlich des ihm zugeteilten Uboots-Kontingents. Der ursprüngliche Plan sah für Frankreich einen solchen Uboots-Bestand von 42 000 Tonnen vor. Frankreich dagegen verlangte 90 000 Tonnen, d. h. ebenso viel wie die beiden angelsächsischen Großmächte für sich in Anspruch genommen hatten. Die englische Vertretung bekämpfte diese französische Forderung mit dem größten Nachdruck und wußte die amerikanische Unterstützung auch hierin zu gewinnen, welche ihren Niederschlag in der Resolution des Senators Root fand, wonach der Uboots-Krieg gegen Handelsschiffe in Zukunft von so schweren Bedingungen eingeengt sein soll, daß seine Durchführung praktisch unmöglich erscheint. Die Resolution sieht unter anderem vor, daß Uboote ein jedes Handelsschiff vor seiner Versenkung anhalten, warnen und durchsuchen müssen und für die Sicherheit der Besatzung und der Passagiere verantwortlich bleiben. Uebertretungen und Verstöße gegen diese Vorschrift sollen an den Kommandanten der Uboote als Kriegsverbrechen geahndet werden. Gleichzeitig mit diesen Bedingungen spricht die Resolution, welche in dieser Form von allen Mächten unterzeichnet ist, die Ueberzeugung aus, daß der Uboots-Krieg gegen die Handelsschifffahrt unter diesen Umständen praktisch undurchführbar sei und daß alle Mächte dahin streben müßten, seine gänzliche Abschaffung herbeizuführen. Noch während dieser Entwicklung suchte Frankreich den ihm drohenden Stoß dadurch zu parieren, daß es eine genaue Definierung des Begriffs „Handelsschiff" verlangte und ging darauf aus, das von England kreierte bewaffnete Handelsschiff entweder abzuschaffen oder aus seiner Existenz die Berechtigung des uneingeschränkten Uboots-Krieges herzuleiten; jedoch auch in diesem Punkte wurde Frankreich geschlagen und mußte sich damit zufrieden geben, daß bewaffnete Handelsschiffe (mit Geschützen bis zu 15 Zentimetern!) als eine berechtigte und normale Erscheinung der Seefahrt und des Seekrieges sanktioniert wurden. Die Dinge stehen somit so, daß Frankreich seine 90 000 Tonnen Uboote durchgedrückt hat, sich aber verpflichtete, einen etwaigen Handelskrieg nach den oben skizzierten Normen zu führen, was natürlich in sich eine Unmöglichkeit ist und einen schlagenden Beweis für die innere Unaufrichtigkeit und hilflose Zielsetzung der getroffenen Abkommen darstellt. Im Zusammenhang hiermit muß es von Interesse sein, die französischen Pläne für die

Digitized by Google

Wiederherstellung ihrer Seemacht, welche im Kriege infolge der anderweitigen Beanspruchung der Werften, des Personals, der geringen Tätigkeit der französischen Seestreitkräfte und daraus entspringender schlechtere Disziplin dem Verfalle nahegebracht war, etwas näher zu betrachten.

Frankreich verfügt heute über sieben Großkampfschiffe der Bretagne- und Parisklasse unter dem Kommando des Admirals Salaun. Diese Schiffe bilden im Verein mit zwei alten Panzerkreuzern drei der Deutschland geraubten schnellen kleinen Kreuzer und den üblichen Torpedoboots- und Uboots-Flottillen das Mittelmeer-Geschwader und sind für die Lösung der wichtigsten strategischen Aufgabe bestimmt, die Verbindung des Mutterlandes mit den nordafrikanischen schwarzen Rekrutendepots im Kriegsfalle aufrecht zu erhalten. Man darf diese Aufgabe für den Kernpunkt aller strategischen Forderungen für Frankreich betrachten, denn mit dieser Verbindung steht und fällt naturgemäß die Widerstandsfähigkeit der auf dem Festlande befindlichen französischen Wehrmacht, und es gilt in der französischen Kriegsgeschichte als die peinlichste Situation des vergangenen Weltkrieges, als die deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau" in diesen Verbindungswegen auftraten und sogar nordafrikanische Küstenplätze beschossen, die österreichisch-ungarische Seemacht frei aktionsfähig erschien und das italienische Gegengewicht in der Adria noch fehlte. Unter den heutigen Verhältnissen würde das französische Mittelmeergeschwader die Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer gegen die italienische Flotte von fünf Großkampfschiffen und gegebenenfalls gegen eine italienisch-spanische Kombination zu verteidigen haben, eine Kombination, mit der in der französischen Presse gern hausieren gegangen wird, und die im übrigen angesichts der französisch-spanischen Reibungspunkte im Zollkrieg und in der Tanger-Frage auch nicht völlig außer dem Bereich der Möglichkeit erscheint. Unendlich schwieriger wäre die Aufgabe nach dieser Seite natürlich im Falle eines Krieges mit England, welches in der Lage ist, von Malta und von Gibraltar her die schwankende französisch-afrikanische Brücke zu bedrohen.

Auf der Nordwestfront hat Frankreich eine Division von drei älteren Linienschiffen, welche in Cherbourg stationiert ist und eine Kreuzer-Division nebst den zugehörigen Torpedobooten und Ubooten in Brest. Die Aufgabe dieser Flottenabteilung im Ernstfalle würde die Sicherung der atlantischen und Kanalküste und der Angriff auf die feindlichen Verbindungslinien sein. Könnte man für die oben geschilderten Aufgaben der Mittelmeerverbindung der französischen Forderung nach einer starken Ausrüstung mit Unterseebooten einen gewissen defensiven Charakter nicht ganz absprechen, obgleich die Annahme eines Angriffs heute ganz künstlich erscheinen muß, so muß das Gleiche für die West- und Nordküste angesichts des heutigen Standes der festen Küstenverteidigung verneint werden. Die französischen Küstenbefestigungen sind zurzeit in starker Entwicklung begriffen. Es wird angestrebt, alle strategisch wichtigen Punkte mit Batterien schwerer Korngeschütze, Minen, Ubooten und Fluggeschwadern dergestalt zu sichern, daß ein wir-

Digitized by Google

kungsvoller Angriff von See aus als aussichtslos erscheinen muß. Ohne so weit gehen zu wollen, wie manche Berichte besagen, daß französische Kanalforts heute schon in der Lage seien, die Meerenge bei Sichtigkeit artilleristisch völlig zu beherrschen und sogar Dover und London mit ihrem Fernfeuer zu erreichen, darf man doch feststellen, daß diese defensive Aufgabe auch ohne die geforderte große Ubootsverstärkung gesichert erscheint, namentlich aber muß die Schaffung einer Flotte von großen kampfkräftigen und zu weiten Operationen befähigten Ubooten als eine durchaus offensive Maßnahme gekennzeichnet werden, und man versteht die Verlegenheit des damaligen Ministerpräsidenten Briand, welcher zur Begründung dieser französischen Seerüstungsforderungen auf die „deutsche Gefahr" zurückgreifen zu müssen glaubte. Wir haben es mit einem wohl erwogenen Versuch Frankreichs zu tun, seine militärisch auf dem Festland fast unerschütterlich gesicherte Stellung durch eine gleichstarke Seerüstung zu ergänzen und dürfen feststellen, daß die französischen Forderungen nach dieser Richtung sich gegen den Widerstand des englischen Bundesgenossen im vollen Umfange durchgesetzt haben und nur wenig durch die oben geschilderte Einschränkung bezüglich der Ubootskriegsführung beeinflußt erscheinen. Die Ansichten und Absichten der französischen Marine, die sich längst von der Beschimpfung der deutschen Ubootskriegs-Methoden losgesagt hat, sind uns aus Schriften der führenden Fachmänner Admiral Aube und Fregattenkapitän Casten hinreichend bekannt. Englische Fachkreise selber rechnen mit nichts anderm als einer Wiederholung und Verschärfung der erlebten Uboots-Gefahr. Wie sehr aber auch das französische Volk mit seiner Regierung in dieser Frage zusammensteht, erhellt aus einem Senatsantrag, welcher noch während der Washingtoner Verhandlungen eingebracht wurde, daß Frankreich sein bisheriges Flottenprogramm, welches den Bau von sechs Kreuzern zu 8000 Tonnen, zwölf großen Zerstörern von 2500 Tonnen, zwölf Torpedobooten von 1000 Tonnen und 36 Ubooten vorsieht, um einen weiteren Betrag von 24 großen Ubooten zu vermehren gedenkt.

Somit bleiben die französischen Flottenpläne, dem englischen Widerstande entgegen, für die Zukunft unverändert und bilden ein nicht zu übersehendes, ja, nach englischer Tradition wahrscheinlich ausschlaggebendes Glied in der Reihe der beide Nationen anscheinend unüberwindbar trennenden Gegensätze.

Digitized by Google

Waffenschmuggel und französische Provokationspolitik

Von Dr. Pröbster, Neustadt (Orla).

Als ich im Herbst 1905 in Casablanca mit der Untersuchung einer Waffenschmuggelangelegenheit betraut wurde, in die Deutsche und Franzosen verwickelt waren, wunderte ich mich in meiner damaligen politischen Unschuld, daß Frankreich, dem das folgenschwere englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 die Sorge für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Marokko anvertraut wurde, es nicht für nötig befunden hatte, eine konsularische Polizeiverordnung gegen den Waffenschmuggel zu erlassen, wie dies seitens Deutschlands und anderer in Tanger vertretener Mächte geschehen war. Diese Erscheinung war um so auffälliger, als die Vorboten der typischen Glücks- und Raubritter, die in den folgenden zehn Jahren im Scherifenlande ihr Eldorado finden sollten, zur französischen, nicht zur englischen und deutschen Kolonie gehörten. Bei näherer Bekanntschaft mit der französischen politischen Praxis in einem Lande wie Marokko, dessen Zersplitterung in einander befehdende Sonderbestrebungen nur durch Deutschland übertroffen werden kann, bekam ich Verständnis für das französischerseits geübte indirekte Verfahren, mittels agents provocateurs zweckdienliche politische Tatsachen zu schaffen. Zu diesen agents provocateurs gehörten auch die Waffenschmuggler.

Die französische Haltung gegenüber der Waffenschmuggelfrage änderte sich, als die Sultansautorität völlig zermürbt und Marokko für das französische Protektorat reif geworden war. Aber das Protektorat war noch nicht vollkommen. Die englisch-französisch-spanischen Geheimverträge hatten eine Beteiligung Spaniens an der Beute und ein besonderes Statut für Tanger vorgesehen, und Frankreich mußte dem wohl oder übel Rechnung tragen. Immerhin war die spanische Zone (etwa 25 000 Quadratkilometer in Nordmarokko und ein kleines Einschiebsel im äußersten Süden), über die sich Frankreich und Spanien im November 1912 einigten, erheblich schmäler als in den Geheimverträgen vorgesehen, und es konnte keinen Kenner des französischen Charakters überraschen, daß nicht nur in Kreisen französischer Kolonialpolitiker die Hoffnung gehegt wurde, man könne auch noch den spanischen Marokkoanteil erhalten, wenn man nur „dem Glück etwas nachhelfen würde".

Tatsache ist jedenfalls, daß Anfang 1919 das „Comité marseillais du Maroc" an die französische Regierung mit der Anregung herantrat, mit Spanien wegen Erwerbs des spanischen Marokkoanteils in Verhandlungen zu treten. Aber das französische Ansinnen fand spanischerseits kein Entgegenkommen. Frankreich tat zunächst einen vorbereitenden Schritt; es unternahm einen großzügigen Pressefeldzug in Europa und Amerika, um für seine bessere Eignung, auch in der spanischen Zone Ruhe zu stiften, in der öffentlichen Meinung Stimmung zu machen. Ge-

Digitized by Google

legentlich kleidete sich diese Stimmungsmache auch in das Gewand besorgter Teilnahme am Schicksal Spaniens. Die französische Presse legte sich die Frage vor, ob die Opfer, die Spanien zwecks Unterwerfung seiner Zone bisher gebracht habe und die es bei Befriedung des noch nicht unterworfenen Teils voraussichtlich noch zu bringen haben werde, in einem angemessenen Verhältnis zu Spaniens politischen und wirtschaftlichen Interessen stünden. Auch auf diesem Weg gelangte man zu dem Ergebnis, daß es für Spanien das Beste sei, wenn es zugunsten Frankreichs auf seine Marokko-Zone verzichtete. Als Spanien schließlich, um den Beweis zu erbringen, daß es zur Erfüllung der ihm anvertrauten Mission in der Lage sei, die militärische Befriedung des noch nicht unterworfenen schwer zugänglichen Teils seiner Zone in Angriff nahm, bewies die Untätigkeit Frankreichs in dem südlich angrenzenden, ebenfalls nicht unterworfenen Abschnitt der französischen Zone, daß es von Frankreich zum mindesten keine Förderung seines Unternehmens zu erwarten hatte. Trotzdem war es Spanien bis zum Sommer 1921 gelungen, das unbotmäßige Gebiet seiner Zone im wesentlichen zu unterwerfen. Da erhoben sich plötzlich im Sommer 1921 die Bewohner des längst unterworfenen Teils der spanischen Zone, der an Französisch-Ostmarokko angrenzt — im Bereiche von Melilla und südlich Alhuremas — griffen von Zuzüglern aus dem französischen Gebiete verstärkt und mit französischen Lebelgewehren bewaffnet in Stärke von mindestens 40 000 Mann die Abteilung des Generals Silvestre an und vernichteten sie. Nach französischen Meldungen betrugen die spanischen Verluste an Toten mehr als 14 000 Mann. Das Werk von 12 Jahren war in wenigen Tagen in Frage gestellt. Die französische und von Frankreich bezahlte Presse der ganzen Welt aber mühte sich ab, das französische Schuldkonto zu entlasten, indem sie Deutschland als den Missetäter hinstellte, der die Eingeborenen gegen Spanien aufgehetzt und bewaffnet habe. Das Bild wäre unvollständig, wenn unerwähnt bliebe, daß Spanien französischerseits, noch ehe die Mine losging, vor gefährlichen Umtrieben deutscher Agenten gewarnt wurde. Der Anschlag konnte ja schief gehen oder durch die Schwatzhaftigkeit der Eingeborenen vor der Zeit bekannt werden.

Die französische Propaganda hat es sich mit ihrem Verleumdungsfeldzug sehr leicht gemacht. Ihr einziges Argument ist die immer wiederholte Behauptung, daß deutscher Schlechtigkeit und politischer Dummheit schon etwas derartiges zuzutrauen sei. Ueber die tatsächlichen Schwierigkeiten gleitet man großzügig hinweg. In dieser Hinsicht ist also einiges nachzutragen. Der private Schmuggler und Schieber ist sicherlich ein Charakteristikum unserer Zeit. Aber sein Vorkommen beschränkt sich auf Länder und Geschäftsgebiete, wo viel und rasch verdient wird. Was aber wäre bei Lieferung von Waffen an die unzivilisierten Bewohner des Rif mit ihrer kommunistisch-anarchistischen Gemeindevertretung zu verdienen, wo es keine europäischen Kreditinstitute, keinerlei Sicherheit für künftige Zahlung gibt! Daß die im Aufstandsgebiet angeblich bestehende Einrichtung allwöchentlicher Soldzahlung an die Aufständischen in algerischen Banknoten zum

Digitized by Google

Satz von 2½ Francs pro Tag und Kopf auf Anregungen von jenseits der Grenze zurückzuführen ist, braucht wohl nicht betont zu werden. Und dabei handelt es sich nicht um die Lieferung von einigen hunderten geschmuggelter Gewehre, sondern um eine Ausrüstung von mindestens 40 000 Aufständischen mit französischen Lebel-Gewehren, Geschützen und Maschinengewehren und den fortgesetzten Nachschub von Munition, um es ihnen zu ermöglichen, bis jetzt 6 Monate lang den auf 150 000 Mann verstärkten, mit modernen Kriegsmitteln ausgerüsteten spanischen Truppen Widerstand zu leisten. Eine solche Unterstützung der Aufständischen ist nur denkbar aus den Beständen einer europäischen Armee und setzt eine Organisation voraus, die sich nicht von heute auf morgen improvisieren läßt.

Die Zusammenhänge, die zwischen den Heeresbeständen der TEM. und der Bewaffnung der Aufständischen bestanden, mußten schließlich selbst denjenigen dämmern, die wie das Diario Universal in Frankreich „das Land der Freiheit und des Rechts, das Vorbild der Ehrlichkeit und des reinsten Patriotismus" sehen. Frankreich sah sich veranlaßt, eine Anzahl Unterbeamten zu opfern, gegen die eine kriegsgerichtliche Untersuchung wegen Verkaufs von Waffen an Eingeborene eröffnet wurde. Die Untersuchung wurde zunächst von dem Kriegsgericht in Udjda geführt. Mit einer Dreistigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, polemisierte der Pariser Figaro gegen die Madrider Zeitung ABC, die die — unbestreitbare — Bewaffnung der Aufständischen mit französischen Lebelgewehren mit diesen Waffenverkäufen durch französische Beamte in Udjda in kausalem Zusammenhang gebracht hatte. Er behauptet, zwischen Udjda und Melilla befinde sich ein Gebirgsstock, dessen franzosenfeindliche Bewohner etwaige Waffen zum Kampfe gegen die Franzosen, nicht aber zum Verkauf an die Eingeborenen der spanischen Zone verwandt haben würden. Er hätte besser getan, wenn er mit seiner Entgegnung gewartet hätte, bis die kriegsgerichtliche Verhandlung von Udjda nach Taza verlegt worden war, wohin sie auch wirklich kurz darauf — zweifelsohne um der zu früh gemachten Ausrede einen Schein von Berechtigung zu geben — verlegt wurde. Auf das Verhältnis von Taza und Melilla mag die Entgegnung des Figaro passen. Aber zwischen Udjda und Melilla liegt kein von franzosenfeindlichen Eingeborenen besetzter Bergstock. Udjda ist von der Muluja, die die Grenze zwischen der französischen und spanischen Zone bildet, 88 Kilometer entfernt und mit Melilla durch bequeme Straßen verbunden, auf der Maultierkarren und Automobile verkehren. Die Abgabe von Waffen an die spanischen Eingeborenen brauchte im übrigen nicht gerade in Melilla zu erfolgen. Dazu war die Muluja viel geeigneter, weil näher und ungestörter. Jedenfalls ist in dem kriegsgerichtlichen Verfahren Udjda—Taza wegen Verkaufs von Waffen an Eingeborene ein Urteil ergangen, demzufolge der officier d'administration Moirand zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Degradierung, der Leutnant Rabib zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Degradierung, Bécaille zu 15 Jahren Zwangsarbeit und Degradierung, Durocher zu 5 Jahren Zwangsarbeit und Degradierung verurteilt wurden.

Digitized by Google

Es ist nicht nur Marokko, dessen unruhigen Elementen französischerseits durch Lieferung von Kriegsmaterial Unterstützung wird. Die Fürsorge Frankreichs erstreckt sich auch auf andere Länder, in denen ein besonders französisches Interesse an der Aufrechterhaltung von Un-Ordnung nicht ausdrückliche Anerkennung gefunden hat. So wurde unter dem 22. Dezember aus Danzig gemeldet:

„Wiederholt wurden in der letzten Zeit im Hafen der Freien Stadt Danzig größere Mengen Sprengmunition für Polen ausgeladen. Jetzt ist bereits wieder ein Dampfer „Gaula" von Antwerpen mit rund 37 Tonnen Sprengmunition auf der Danziger Reede eingetroffen, ohne daß dem Senat der Freien Stadt Danzig vorher ein amtliches Schreiben über Art und Inhalt der Ladung zugegangen wäre. Es handelt sich auch hier um gefährliche Sprengmunition, die zum Teil aus alten französischen Pulverbeständen herrührt."

Die Frankfurter Zeitung vom 28. Dezember 1921 — Nr. 64 — bringt nachstehendes Londoner Telegramm:

„Einer Meldung des „Daily Expreß" aus Constantinopel zufolge erregte dort die Nachricht großes Aufsehen, daß britische Kontrollbeamte eine aus Frankreich kommende Schiffsladung von 200 Tonnen Munition für Anatolien beschlagnahmten. Französische Beamte seien in die Angelegenheit verwickelt."

Es wird von Interesse sein, zu verfolgen, ob Frankreichs Verhalten als eine Art authentischer Interpretation der Waffenhandelsbestimmungen der Völkerbundssatzung angesehen wird.

Die Parteien in Japan

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin.

Um das japanische Parteiwesen richtig zu verstehen, müssen wir uns in erster Linie gegenwärtig halten, daß die Japaner mit zu den Völkern und Nationen gehören, denen politischer Instinkt in einem ganz besonders starkem Maße innewohnt. Infolgedessen hat für sie die Sorge um den Ausbau und die Sicherung ihrer machtpolitischen Stellung immer im Vordergrunde gestanden, sie hat immer alle innerpolitischen und wirtschaftlichen Kämpfe zum Schweigen gebracht und das japanische Volk nach außen hin fest zusammengeschlossen. Der Rankesche Satz von dem Primat der auswärtigen Politik liegt also den Japanern gleichsam im Blute, nur daß natürlich über die Frage des besten und vorteilhaftesten Kurses, den die auswärtige Politik einzuschlagen hat, die Meinungen und Ansichten auseinandergehen. In dieser Tatsache verschiedener vorhandener außenpolitischer Richtungen liegt nun das zweite Moment, das für das japanische Parteiwesen wichtig ist, so daß wir auch darüber uns im klaren sein müssen, welches die verschiedenen Ziele sind, die als wünschens- und erstrebenswert erscheinen. Und zwar handelt es sich hier um zwei grundsätzlich voneinander abweichend aber sich

Digitized by Google

aus der geopolitiſchen Lage Japans ergebende außenpolitiſche Forderungen. Die eine ſtellt die Vorherrſchaft auf dem aſiatiſchen Kontinent, vor allem in China und Sibirien in den Vordergrund, und verlangt deshalb das Bündnis mit England und die Verſtärkung des Heeres. Die andere dagegen drängt auf den Stillen Ozean und muß daher auf eine Verſtärkung der Flotte Wert legen. Die Gefahr der in ihr liegenden antiangelſächſiſchen Tendenz hat ſie, ſolange es möglich war, dadurch auszugleichen verſucht, daß ſie die politiſche Rückendeckung durch Rußland forderte, und daß ſie jetzt für ein Entgegenkommen den Vereinigten Staaten gegenüber eintritt, um das Angelſachſentum zu ſpalten.

Die Anfänge dieſer außenpolitiſchen Gegenſätze reichen bis in die Reſtaurationszeit zurück, als am Hofe und im Rat der älteren Staatsmänner die Sumarais aus dem Fürſtentum Choſhu mit denen aus dem Fürſtentum Sarſuma um die Macht und den beſtimmenden Einfluß auf die Neugeſtaltung des japaniſchen Staatsweſens rangen. Man darf deshalb auch heute noch von der Choſhu- oder Militär„partei" und von der Satſuma- oder Flotten„partei" ſprechen, obwohl ihre Anhängerſchaft nicht mehr allein auf den Hof und den Rat der älteren Staatsmänner beſchränkt iſt, ſondern weiteſte Kreiſe aus den führenden Schichten des japaniſchen Volkes, wie des Beamtentums, der Intelligenz, des Wirtſchaftslebens, zu ihnen zu rechnen ſind. Es hängt das natürlich damit zuſammen, daß es in der Reſtaurationszeit gerade die Samurais waren, die im politiſchen, wirtſchaftlichen und kulturellen Leben die Initiative ergriffen. Beſonders rege waren die Männer aus Choſhu oder aus Satſuma, die ja in erſter Linie überhaupt mit zu den Volkskreiſen gehört hatten, mit deren Hilfe es dem Mikado gelungen war, ſeine kaiſerliche Macht dem Schogunat gegenüber wieder zur Geltung zu bringen. Nach Unterſuchungen, die vor einiger Zeit in der Zeitſchrift „Nippon oyobi Nipponjin" über den gegenwärtigen Einfluß der beiden „Parteien" angeſtellt wurden, halten ſich Choſhu und Satſuma am Hofe und im Rat der älteren Staatsmänner ſo ziemlich die Wage, ebenſo im Stab des Kriegsminiſteriums, im Großen Generalſtab und im Unterrichtsweſen. Dagegen iſt der allgemeine Einfluß der Choſhu auf die Armee nach wie vor der ſtärkere, was ſich beſonders in der Richtung zeigt, daß von den Militärs die alte Forderung der Choſhu nach einer Militärdiplomatie eifrig verteidigt wird. Im Wirtſchaftsleben hatten die Satſuma durch zahlreiche Verſchwägerungen bisher den Vorſprung vor den Choſhu, aber dieſe haben heute ihren Einfluß auch hier verſtärkt. Dem großen Einfluß auf die Flotte, welchen die Satſumamänner hatten, iſt durch den großen Marineſkandal des Jahres 1913, eine ſchwere Niederlage bereitet worden, denn die Verhandlungen über die Durchſtechereien und Betrügereien belaſteten gerade die Anhängerſchaft der Satſumakreiſe. Doch darf jetzt ſchon wieder mit einem zunehmenden Einfluß der Satſuma auf die Flotte gerechnet werden.

Die Bedeutung dieſer beiden ſich gegenſeitig ſcharf bekämpfenden außenpolitiſchen Richtungen auf das japaniſche Parteiweſen liegt nun nicht etwa darin, daß

Digitized by Google

sie den Grundstock zur Bildung politischer Parteien abgegeben haben. Vielmehr sind auch in Japan innerpolitische Gründe die Veranlassung für das Entstehen politischer Parteien gewesen, aber Choshu und Satsuma kämpfen um ihren Einfluß auf das Parlament und benutzen die politischen Parteien zu ihren Zwecken. Die politischen Parteien bilden für sie ihre Stützen im Parlament, so daß der Kampf zwischen Militär- und Flotten„partei" auch hier zum Ausdruck kommt. Es handelt sich also bei den japanischen Parlamentswahlen und Parteikämpfen nicht nur darum, welche politischen Parteien die Mehrheit für sich haben, sondern auch darum, welche von den siegreichen und unterliegenden Parteien als die Stütze von Choshu oder Satsuma anzusehen sind, da ja damit über die Richtung des auswärtigen Kurses entschieden wird. Diese geheimen und schwer zu erkennenden inneren Fäden, die von der Militär- und Flotten„partei" zu den politischen Parteien gehen, werden in der Regel bei einer Beurteilung des japanischen Parteiwesens übersehen, und doch sind sie ganz wesentlicher Natur und lassen das japanische Parteileben stark von dem der abendländischen Nationen abweichen. Um das nur an einem Beispiel zu zeigen, sei an den Zusammentritt des Okumakabinetts im Frühjahr 1914 erinnert. Dadurch nämlich, daß es gelang, das der Flottenpartei nahestehende Kabinett des Grafen Jamamoto durch den Marineskandal zu stürzen und das Kabinett Okuma mit Baron Kato als Außenminister ans Ruder zu bringen, hatte im Parlament die Choshupartei Oberwasser bekommen, so daß dieses sich im August 1914 nur zu bereit zeigte, auf englischen Wink hin den Krieg an Deutschland zu erklären. Unter einem Kabinett Jamamoto wäre es England entschieden schwerer gefallen, den japanischen Bundesgenossen in den Krieg zu hetzen, und da man in London nur zu genau über die japanischen innerpolitischen Verhältnisse Bescheid weiß, so ist es nicht ausgeschlossen, daß England vielleicht auch beim Sturz des Kabinetts Jamamoto seine Hände im Spiele gehabt hat. Die japanische Kriegserklärung ist also geradezu ein klassisches Beispiel für die hohe Bedeutung, welche dem geheimen Einfluß der Choshu- und Satsuma„partei" auf das Parlament zukommt, und daß dieser Tatsache nicht genug Beachtung geschenkt werden kann.

Politische Parteien gibt es in Japan erst seit dem Jahre 1900. Zwar besaß Japan schon seit dem Jahre 1890 ein Parlament nach dem Muster der alten preußischen Verfassung, aber die Wahlen zu der Volksvertretung erfolgten ohne große Anteilnahme des Volkes. Einmal wußten die großen Massen überhaupt noch nicht die Bedeutung einer Volksvertretung zu erfassen, da sie gewohnt waren, von oben gelenkt zu werden, und dann gab der hohe Steuerzensus von einer Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen kaum einer Million das Wahlrecht. Nicht Parteien, sondern Gefolgschaften von politisch bekannten Persönlichkeiten hielten so ihren Einzug in die ersten Reichstage. In diesen ersten Reichstagen vertraten Graf Okuma, Graf Inouye u. a. die Opposition, indem sie das erlassene Verfassungsgesetz aufs schärfste bekämpften und für das parlamentarische System

Digitized by Google

nach englischem Muster eintraten. Tatsächlich ließen die älteren Staatsmänner die Opposition im Jahre 1898 ans Ruder, aber nur sechs Monate vermochte sich dieses erste Okumakabinett zu halten. Die Zeit war für das parlamentarische System in Japan noch nicht reif, und um erneuten Versuchen solcher Stürmer und Dränger mit Erfolg entgegentreten und sie verhindern zu können, entschloß sich Fürst Ito dazu, eine Partei zu bilden, die weiteste Volksschichten umfassen und zum Schutz der konstitutionellen Verfassung zusammenfassen sollte. Er gab seiner Partei, die er im Jahre 1900 ins Leben rief, den bezeichnenden Namen „Rikken Seiyukai" d. h. „Konstitutionelle Politische Vereinigung" und setzte im Parteiprogramm als Artikel 1 und 2 voran:

„Wir schlagen vor, die Verfassung des Kaiserreichs aufs strengste zu befolgen, und in Uebereinstimmung mit den darin enthaltenen Maßnahmen die erfolgreiche Handhabung der souveränen Macht zu sichern . . . Wir sind bestrebt . . . , in strengem Gehorsam die erhabene Verfassung, die zur Zeit der Restauration gegeben wurde, von ganzem Herzen zu stützen und zu fördern."

Doch die Seyukai nahm nicht die Entwicklung, die Ito erhofft hatte; auch in ihr erlangten bald solche Elemente maßgebenden Einfluß, die entgegen der konstitutionellen Verfassung die Verantwortlichung der Regierung auch der Volksvertretung gegenüber forderten. Ito selber war zwar kein Gegner des Parlamentarismus, aber er sah darin für sein Volk kein Heil, wenn die Dinge überstürzt würden. Aber da die Schüler über den Meister hinauswollten, so legte er sein Amt als Vorsitzender der Partei ihm Jahre 1903 bereits nieder, und an seine Stelle trat Marquis Saionji, der durch seinen langjährigen Aufenthalt in Frankreich sich ganz von den demokratischen Ideen hatte erfüllen lassen. Saionji nahm dann auch mit Hilfe der Seyukai energisch den Kampf gegen die Bureaukratie auf, und es war immerhin ein Erfolg, wenn die älteren Staatsmänner zur Beruhigung der Volksstimmung sich dazu gezwungen sahen, auf die beiden bureaukratischen Kabinette des Fürsten Katsura (1901 bis 1905 und 1908 bis 1911) ein solches unter Saionji zu berufen (1905 bis 1908 und 1911 bis 1912). Die Seyukai fand ungeheuren Zulauf, die Anzahl der Mitglieder belief sich im Jahre 1913 über eine Million, und im Abgeordnetenhaus hatte sie mehr als die Hälfte der Sitze inne. Trotzdem mußte Saionji im Jahre 1913 den Vorsitz niederlegen, da die Partei das dritte Katsurakabinett auf das entschiedenste bekämpfte, während Saionji aus Gründen der außenpolitischen wie innerpolitischen Lage sich vom Kaiser und den älteren Staatsmännern dafür hatte gewinnen lassen, das Katsurakabinett nicht zu bekämpfen. Hara wurde sein Nachfolger, und mit ihm trat ein Mann an die Spitze dieser größten Partei, der keine Beziehungen zum Hofe hatte, der Nichtadliger war.

Bald nachdem Hara an die Spitze der Partei getreten war, kam der bereits erwähnte Flottenskandal, der wegen der nahen Beziehungen dieser Partei zu der Flottenpartei ihr schweren Schaden brachte. Aber wenn auch die Zahl ihrer Abge-

Digitized by Google

ordneten etwas zurückging, so blieb sie auch jetzt noch die stärkste Partei; sie konnte von 382 insgesamt gewählten Abgeordneten immer noch 207 für sich beanspruchen. Ein deutliches Zeichen für die Anziehungskraft dieser Partei und ihre Bedeutung im japanischen Parteileben. Sie hat denn auch in den letzten Wahlen im Frühjahr 1920 sich wieder die bei weitem größte Anzahl der Abgeordnetensitze sichern können, denn die Zahl der zur Seyukai gehörenden Abgeordneten beträgt gegenwärtig 270, die der anderen Parteien zusammen nur 186. Gemäß ihrer überragenden Stärke fiel ihr in den seit 1918 mehr nach dem parlamentarischen System zusammengesetzten Regierungen die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens zu, den ja bekanntlich Hara bis zu seiner vor kurzem erfolgten Ermordung bekleidete.

Die Kreise, auf die sich die Seyukai stützt, sind vor allem die kapitalkräftigeren landwirtschaftlichen Volksklassen. Sie hat ferner als die parlamentarische Stütze der Flotten„partei" zu gelten, was ja auch in dem amerikafreundlichen Kurs der Hararegierung deutlich genug zum Ausdruck kam.

Als zweitgrößte Partei spielt heute die Kenseikai eine Rolle von Bedeutung. Die Geschichte ihrer Entstehung und ihrer Fortentwicklung ist der der Seyukai nicht unähnlich. Denn wie jene verdankt auch sie ihre Gründung einem der hervorragendsten Staatsmännern Japans, nämlich dem Fürsten Katsura, der sich damit, genau wie einst Ito, ein Werkzeug zur Bekämpfung der demokratischen Idee schaffen wollte. Als ein aus Militärkreisen hervorgegangener Staatsmann hatte sich Katsura für die Erhaltung der Rechte der Krone eingesetzt und war zu deren Verteidigung, wie wir oben schon erwähnten, von den älteren Staatsmännern wiederholt an die Spitze der Regierung berufen worden. Aber auch Katsura hatte es nicht verhindern können, daß im Parlament die Seyukai, und mit ihr der Ruf nach parlamentarischer Regierungsform zunahm; Katsura mußte zweimal einem Saionji weichen. Um nun diese Macht der Seyukai zu brechen und einen jähen Uebergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Regierungsform zu verhindern, beschloß Katsura noch in seinen letzten Lebenstagen, im Januar 1913, eine Partei ins Leben zu rufen, die in ihren Forderungen gemäßigt auftreten und die Versöhnung zwischen Regierung und Parlament übernehmen sollte, und die weiter als Mittelstandspartei und Partei des sozialen Ausgleichs einen Kampf gegen die Uebermacht des liberaldenkenden Großkapitals führen konnte. Katsura hatte bereits früher einmal Versuche in dieser Richtung gemacht, aber sie waren fehlgeschlagen, der dritte schien gelingen zu sollen. Katsura äußerte sich über seine Absichten, die er mit der von ihm gegründeten „Rikken Doshikai" oder „Partei der Unionisten" verfolgen wollte, selber zu den Pressevertretern des In- und Auslandes folgendermaßen: „Mein Schritt, eine eigene Partei zu gründen, ist weder durch Gründe der bloßen Zweckmäßigkeit, noch durch rein theoretische Ueberzeugungen veranlaßt worden. Ich schaffe mir meine eigene Mehrheitspartei weder aus dem Grunde, weil ich so am bequemsten der augenblicklichen Opposition Meister zu werden hoffe (Katsura war damals zum drittenmal Ministerpräsident, die Seyukai

Digitized by Google

bekämpfte ihn), noch weil ich überzeugt wäre, daß die parlamentarische Regierungsform die für Japan gegebene sei. Vielmehr handle ich einzig und allein als praktischer Staatsmann, der sich sagt, daß der Weg, den er bisher immer eingeschlagen hat, jetzt nicht mehr gangbar sei. Meine theoretische Ansicht von der für Japan praktischsten Regierungsform ist etwa die, daß ich meine, eine Regierung in Japan sollte sich auf eine sichere Mehrheit im Abgeordnetenhaus stützen, jedoch der Verfassung gemäß dem Kaiser allein, nicht aber dem Reichstag verantwortlich sein. Nach meiner Ansicht liegt darin, daß eine japanische Regierung im Reichstag nur eine Minderheit für sich hat, kein Anlaß für sie ihren Rücktritt zu erbitten. Ich habe allerdings mehr das deutsche als das englische Vorbild vor Augen; aber zwischen dem deutschen und dem von mir angestrebten japanischen System besteht der Unterschied, daß im Deutschen Reich der Reichskanzler nicht an der Spitze einer Partei steht, während nach meiner Ansicht in Japan der Ministerpräsident der Führer einer Partei sein sollte."

Es war nun aber ein Verhängnis für die Doshikai wie für ganz Japan, daß der Fürst Katsura bereits am 10. Oktober 1913 starb und so die Leitung der Partei in die Hände Katos und Okumas geriet. Diese sahen eben nicht in einer Versöhnung der Gegensätze das Heil, diese wollten keinen Mittelweg zwischen englischem und deutschem Vorbild gehen, sondern für sie gab es nur die volle Nachahmung ihres besonderen Lehrmeisters England. Auch aus den Plänen Katsuras, mit der Doshikai eine Japan so nötige Mittelstands- und Sozialpolitik nach deutschem Vorbild zu treiben, wurde nichts, da Kato gerade in engsten verwandtschaftlichen Beziehungen zur Großfinanz und Großindustrie steht.

Bei den Wahlen im Frühjahr 1914, in denen die Doshikai zum erstenmal auftrat, gelang es ihr unter dem Eindruck des die Seyukai so sehr belastenden Marineskandals sich 91 Sitze im Reichstag zu erobern und so als zweitgrößte Partei die Führung der Opposition gegen die Seyukai zu übernehmen. Sie stellte auch in dem neugebildeten Okumakabinett vier Minister, nämlich Kato als Minister des Aeußeren, Wakatsuki als Finanzminister, Vicomte Cura als Landwirtschaftsminister, Taketoni als Verkehrsminister und Okuma als Ministerpräsident und Minister des Innern. Die anderen Ministerien wurden von den kleineren Oppositionsparteien und von Beamten besetzt. Die Seyukai war ausgeschaltet, aber sie hatte im Abgeordnetenhaus doch noch die Mehrheit der Stimmen.

Rein äußerlich genommen, mag das Okumakabinett als ein Sieg der Gedanken erscheinen, wie sie Katsura mit der Doshikai verfolgte, aber, wie schon gesagt, wurde der Geist der Partei durch die führenden Männer sehr bald ein anderer. Das zeigte sich schon darin, daß man den Namen wechselte und der Partei den Namen gab, den sie heute trägt: Kenseikai, und daß man einem Manne wie den im Okumakabinett gewesenen Justizminister Ozaki mit seinen Anhängern Aufnahme in der Kenseikai gewährte. Denn Ozaki, der sich in der Chuseikai — in der „Partei der Unabhängigen" Ende 1913 eine eigene Partei geschaffen hatte,

Digitized by Google

gilt als der radikalste Vorkämpfer für die Demokratie. Er hatte in bezeichnender Weise in den Wahlkämpfen 1914 erklärt, er würde jedes Ministerium bis aufs Blut bekämpfen, das nicht ein reines Parteikabinett sein würde. Wir haben in ihm einen der wildesten Demagogen zu sehen, der eine Lust und ein besonderes Vergnügen darin findet, Opposition zu machen, der sogar, was in Japan viel heißen will, im Parlamente neuerdings mit Abrüstungsideen gekommen ist. Jetzt hat ihn die Kenseikai wieder ausgestoßen, und zwar aus Gründen der Parteidisziplin, ein Umstand also, der Ozaki auch nicht gerade ins beste Licht rückt. Es ist also infolgedessen damit zu rechnen, daß Ozaki nun eine neue Partei bildet und vielleicht manchen seiner Anhänger aus der Kenseikai zu sich wieder hinüberzieht. Es könne das der Kenseikai immerhin gefährlich werden, da sie überhaupt nicht allzu fest in sich selber geschlossen dasteht. Es hängt das mit ihrer Entwicklungsgeschichte zusammen, und wir sind in gewisser Weise dazu berechtigt, von einem rechten Flügel, der die alten Doshikai- und Katsuraanhänger umfaßt, zu sprechen und von einem linken Flügel, der mehr zu Kato und Okuma neigt. Gegenwärtig hat der linke Flügel die entscheidende Führung, da Männer wie Baron Goto, der Freund Katsuras, sich vom Parteileben zurückhalten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß für sie sehr bald die Zeit gekommen ist, besonders jetzt nach der Ermordung Haras. Denn ein Oppositionskabinett unter Kato würde die Seyukai nie zulassen, während sie gegen ein solches unter Goto weniger etwas einzuwenden hätte.

In den letzten Wahlen des Jahres 1920 sicherte sich die Kenseikai 108 Abgeordnetensitze. Sie hat sich also bis jetzt als die zweitgrößte Partei erhalten können, und da die gegenwärtige Parteientwicklung in Japan zu dem Vorhandensein von nur drei Parteien gediehen ist, und da die dritte Partei, die Kokuminto, nur geringen Anhang hat, so ist in dieser Hinsicht der Boden für eine parlamentarische Regierungsform durchaus in günstiger Weise gegeben. Seyukai und Kenseikai würden also sich abwechselnd die Rolle der Regierungs- und der Oppositionspartei spielen können. Vorausgesetzt muß allerdings bleiben, daß keine neuen Parteien gebildet werden, wovor man aber in Japan niemals sicher ist. Schon daß ein Mann wie Ozaki jetzt außerhalb der Parteien steht, ist eine Gefahr. Denn wie wir schon genügend feststellen konnten, beruhen die japanischen Parteien weniger auf Programmen als auf Persönlichkeiten. Diese sind für sie entscheidend. Es war jedenfalls bisher so und wird so leicht nicht anders werden. Denn einmal kann in keiner Weise von einer politischen Reife der japanischen Volksmassen gesprochen werden, und dann haben wir mit asiatischen nicht abendländischen Verhältnissen zu rechnen.

Ihren Hauptrückhalt hat die Kenseikai in der Großindustrie und der Großfinanz, sie ist im Parlament selbstverständlich die Stütze der Militärpartei. Katos Chinapolitik im Kriege steht mit dieser inneren Verbindung der Chosumänner mit der Kenseikai daher im engsten Zusammenhang.

Die dritte Partei, die Kokuminto oder Nationalpartei, wurde bereits im Jahre 1910 gegründet, und zwar hauptsächlich von den alten Fortschrittler-

Digitized by Google

freunden Okumas. Ihr Führer ist Inukai, den man in gewisser Beziehung den japanischen Eugen Richter nennen könnte. Die Partei ist seit der Gründung der Doshikai zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken; sie brachte es im Jahre 1914 bei den Wahlen nur zu 35 Sitzen und hat sich im Jahre 1920 sogar mit 29 Sitzen begnügen müssen. Man darf der Kokuminto im Vergleich zu der Seyukai und der Kenseikai ein größeres Maß der Ehrlichkeit zuschreiben, wie das z. B. im Eintreten für das allgemeine Wahlgesetz, das heute bei einem Steuerzensus von 3 Yen weitesten Kreisen das allgemeine Wahlrecht als eine Hauptforderung in allen Wahlkämpfen verkündet, aber sie haben es im Parlament dann zu hintertreiben gewußt. Ihnen liegt als Parteien, die in erster Linie kapitalistische Interessen vertreten, nichts am allgemeinen Wahlrecht. In der Kokuminto dagegen ist der Mittelstand reichlicher vertreten, und diese Partei kann nur gewinnen, wenn das allgemeine Wahlrecht einmal durchgesetzt werden sollte.

Sozialistische Parteien fehlen in Japan ganz. Es liegt das einmal am Wahlgesetz, das heute bei einem Steuerzensus von 3 Yen weiteste Kreise nicht zur Wahlurne schreiten läßt und dann an dem Paragraphen 17 des japanischen Polizeigesetzes, das den Arbeitern eine Koalitionsfreiheit nicht gewährt. Trotzdem schreitet die gewerkschaftliche Organisation langsam vorwärts, und durch japanische Arbeiter, die sich lange im Ausland aufgehalten haben und jetzt zurückgekehrt sind, hat auch die sozialistische Bewegung Japans neue Anregung erhalten. Von ganz wesentlicher Bedeutung für die Bildung sozialistischer Parteien in Japan könnte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts werden, aber es scheint nicht so, als ob in absehbarer Zeit damit gerechnet werden kann.

Die Kämpfe der Parteien untereinander spielen sich weder im Parlament noch in den Monaten, die zwischen den Sessionen liegen, in würdiger Form ab. Die Opposition kann sich in der Regel nicht anders als durch lautes Brüllen Gehör verschaffen, und Tätlichkeiten, Herunterzerren von der Rednertribüne sind keine Seltenheit. Es spricht auch Bände, wenn es z. B. Okuma passierte, daß ihn die Opposition durch Hinweis auf sein Beinleiden lächerlich zu machen suchte. Die Zeit zwischen den Reichstagssessionen wird von den Parteien dazu benutzt, daß sie sich gegenseitig vor den Richter schleppen. Die Opposition sucht dadurch der Regierungspartei den Boden zu entziehen, und diese wieder will sich nicht nur rechtfertigen, sondern auch durch ebenso in Massen herbeigeschlepptes Material der Opposition den Anhang nehmen. So schweben gegenwärtig große Prozesse, die die Kenseikai gegen die Mitglieder der Seyukai angestrengt hat, und zwar wegen Mißbrauch des Opiummonopols, wegen Unregelmäßigkeiten, die bei der Verwaltung der Südmandschurischen Bahn vorgekommen sein sollen u. a. m. Die Seyukai wieder läßt Prozesse führen wegen vorgekommener Unterschleife in der Armeeverwaltung. Man kann es dem japanischen Volke nicht übel nehmen, wenn es dies Betragen der Parteien und die unter ihnen herrschende Korruption gerade nicht sehr erfreulich findet. So hat sich denn neuerdings ein „Bund zur Reinigung

Digitized by Google

der Parteipolitik" gebildet, der seinen Ausgang von Vertretern aus dem Herrenhaus nahm. Aber ihm wird kaum viel Erfolg beschieden sein, denn da ihm die Kenseikai und die Kokuminto beigetreten sind, wird diesem Bund keine andere Aufgabe blühen, als im Dienste dieser Parteien den Sturz der gegenwärtigen Seyukaregierung zu betreiben. Alles in allem aber Vorgänge, die nicht überschätzt und mit abendländischen Augen angesehen werden dürfen. Die Japaner sind eben ein asiatisches Volk, und es ist selbstverständlich, daß ihr von den abendländischen Nationen so stark abweichender Volkscharakter auch im Leben ihrer politischen Parteien zum Ausdruck kommt. Trotz aller vom Abendland übernommenen Aeußerlichkeiten haben wir auch im japanischen Parteileben nicht mit abendländischen Maßen zu messen — ein Fehler, der nur zu oft begangen wird.

Tirol

Aus Innsbruck wird uns geschrieben:

Tirol hat in der Geschichte Oesterreichs immer eine eigene Rolle gespielt und es scheint, daß auch jetzt in dem Lande Andreas Hofers sich Ereignisse von größerer Tragweite vorbereiten: Tirol will von Wien weg, es will die Gemeinschaft, in die es nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie hineingezwängt wurde, lösen, koste es was es wolle.

Zwischen Tirol und Wien (gemeint ist darunter immer nur die sozialdemokratisch beeinflußte Bundesregierung und die sogenannte „Wiener Politik", nicht aber Stadt und Leute) haben sich gleich nach der Errichtung der österreichischen Bundesrepublik größere Gegensätze entwickelt. Die Tiroler Bevölkerung ist ihrer politischen Gesinnung nach zum größten Teil christlich-sozial; Wien ist sozialdemokratisch und die Bundesregierung in Wien steht vielfach unter dem sozialdemokratischen Terror der Straße. Aus dieser Verschiedenheit der politischen Gesinnung ergeben sich bei der großen Bedeutung, die dem politischen Leben jetzt zukommt, zwischen Wien und Tirol vielfache Reibungen und Mißhelligkeiten; hierzu kommt noch die drückende wirtschaftliche Abhängigkeit der Bundesländer von Wien, die ganz besonders in Tirol zu spüren ist. In dieser Hinsicht sei angeführt, daß Tirol den größten Teil seiner Lebensmittel über Wien einführen muß. Abgesehen davon, daß durch den langen Transport der Waren von Wien nach Tirol diese sich nicht unbeträchtlich verteuern, kann Wien jederzeit Tirol gegenüber auch Repressalien anwenden, indem es die Lebensmittelzuschübe und Geldüberweisungen drosselt oder verzögert. Nach und nach hat sich in der Bevölkerung Tirols so die Ueberzeugung entwickelt, daß an all dem gegenwärtigen Elend, an dem schleichenden Bolschewismus, an der Entwertung des Geldes, an der Balkanisierung der staatlichen Wirtschaft, kurz gesagt, an den trostlosen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in Oesterreich nur Wien schuld ist, und daß es besser wäre, von

Digitized by Google

Wien loszukommen und das Schicksal des Landes selbst zu bestimmen. Hierbei spielt auch das noch aus Habsburgszeiten stammende historische Selbstbestimmungsrecht eine große Rolle. Tirol hat sich, so sagen seine Politiker, an Oesterreich gegenwärtig nur freiwillig angeschlossen und es hat das Recht, diese Gemeinschaft jederzeit zu lösen, eine These, deren Berechtigung von Wien mit dem Hinweis auf den Friedensvertrag von Saint Germain bestritten wird.

Heute ist es in Tirol nun so weit, daß die Landesregierung, der Stimmung und dem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung nach Lostrennung des Landes von Wien Rechnung tragend, auf die nächstbeste Gelegenheit wartet, um Tirol selbständig zu erklären. Sie hat hierzu durch Anlegung von Geldreserven, durch eine vielseitige Auslandspropaganda, durch Begünstigung ausländischer, vor allem amerikanischer und englischer Unternehmungen und durch den Ausbau der Landesverwaltung sich günstige Vorbedingungen zu schaffen versucht und sie nimmt an, daß die Signaturmächte des Friedensvertrages von Saint Germain einen solchen, durch die Verhältnisse erzwungenen Schritt billigen würden.

Eine Gelegenheit, Tirol loszulösen, wäre z. B. ein kommunistischer Aufruhr in Wien, eine lang andauernde Regierungskrise, eine Bankrotterklärung des Staates und andere nicht unwahrscheinliche Ereignisse. Sehr verstimmt hat in Tirol der zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei abgeschlossene Prager Vertrag, der als Auftakt zur Schaffung einer unter französischem Einfluß stehenden Donaukonföderation, in der die Nord- und Südslawen die erste Rolle spielen, betrachtet wird. Und von so einem Pakt wollen die Tiroler nichts wissen; es werden im Lande auch bereits Vorbereitungen für eine Volksabstimmung getroffen, falls der österreichische Nationalrat das Abkommen von Lana ratifizieren sollte. Da es aber noch kein österreichisches Gesetz gibt, das die Durchführung einer Volksabstimmung regelt, so könnte diese, auch nur so, wie die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland, als demonstrativer Akt durchgeführt werden, wodurch sich automatisch ein Konflikt mit der Bundesregierung ergäbe.

Tirol ist sich also ziemlich klar darüber, daß es nicht länger bei Oesterreich mehr bleiben kann bezw. will; was aber weiter geschehen soll, daran haben noch wenige gedacht, denn als staatlich-selbständiges Wirtschaftsgebiet könnte das kleine Land Tirol mit seinen 500 000 Einwohnern nicht lange bestehen, es sei denn, als wirtschaftliches Interessengebiet irgend eines an seinen Bodenschätzen und Unternehmungen besonders interessierten Staates. (Z. B. Amerika oder England.) Ein großer Teil der Bevölkerung glaubt nun, daß Tirol sich sofort an Deutschland oder zumindestens an Bayern anzuschließen hätte; auch einzelne Politiker erörtern ganz ernsthaft diese Pläne und streben hierbei auch eine Interessengemeinschaft mit den Nachbarländern Vorarlberg und Salzburg an, so daß Tirol sozusagen als Schrittmacher des Anschlusses zu betrachten wäre. Allerdings befürchtet man, daß durch einen Anschluß Tirols an Deutschland, Südtirol dem Deutschtum ganz verloren gehen würde. Diese Befürchtung wird verstärkt durch die Bemühungen

Digitized by Google

einzelner reichsdeutscher Politiker, die eine deutsch-italienische Annäherung auf Kosten Südtirols anbahnen wollen. Man weiß in Tirol, daß Italien Südtirol heute als endgültigen Besitz ansieht — zahlreiche Aeußerungen italienischer Politiker lassen darauf schließen —; man merkt es auch instinktiv, daß sich sowohl diesseits als auch jenseits der Alpen die Anschauung geltend macht, daß es im beiderseitigen Interesse (also im reichsdeutschen und italienischen) liegt, Südtirol als Zankapfel auszuschalten. „Südtirol soll kein Hindernis für die Pflege freundwirtschaftlicher Beziehungen zwischen uns und Italien sein" schrieb unlängst die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und sie setzte noch hinzu, daß Südtirol das „Unterpfand einer deutsch-italienischen Freundschaft" sei. Vor einigen Tagen hat auch der italienische Senator Dr. Cirmeni im ähnlichen Sinne sich geäußert. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, auch die „letzte Spur eines Streitfalles zwischen Italien und Deutschland zu verwischen". Gemeint hat er damit natürlich Südtirol.

Diese und noch andere Aeußerungen werden in Nordtirol nun dahin ausgelegt, daß man in Rom und Berlin aus gegenseitiger Rücksichtnahme und im Interesse einer weitgehenden Bündnispolitik Südtirol ad acta gelegt hat. Die Nordtiroler sehen sich in ihrem Kampf um ihren deutschen Süden nicht nur von Wien, sondern auch von Deutschland allein gelassen; auch die streng korrekte Haltung, die das Reich gegenüber allen Anschlußbewegungen eingenommen hat, blieb dem Volke unverständlich, so daß bereits vielfach gezweifelt wird, ob ein Anschluß Tirols an Deutschland in absehbarer Zeit überhaupt möglich ist. Diese Ziellosigkeit kann um so gefährlicher werden, weil ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, Nord- und Süd-Tirol als autonome Provinz unter italienischem Protektorate zusammen zu schweißen. Es fehlt nicht an Lockrufen und Sirenenklängen; südwärts des Brenners hat sich die gesamte deutsche Presse in den Dienst dieser Idee gestellt und Italien hat auch in Nordtirol eine Tageszeitung, die früher der Vorbereitung des Anschlusses diente, nun zur Propagierung dieses Planes gewonnen. Und es kann, wenn man die Lebensbedingungen jenseits und diesseits des Brenners vergleicht, nicht wunder nehmen, wenn die Nordtiroler ihre Stammesgenossen im Süden des Landes langsam zu beneiden beginnen.

Wenn also Tirol, aus den früher erörterten Gründen sich selbständig erklären sollte, so läge die große Gefahr vor, daß Italien dies im Sinne seiner Wiedervereinigungspläne, zum Anlaß einer Intervention nähme. Diese Gefahr wird allgemein erkannt; daß aber dennoch gewisse Kreise in Nord- und Südtirol mit dem Gedanken eines wiedervereinigten, autonomen Tirols unter italienischer Flagge liebäugeln, beweist, daß dieser, dem Gesamtdeutschtum drohende Schlag wehrlos hingenommen werden soll. Deutschland und Italien wollen eine gemeinsame Grenze haben; diese Grenze kann am Brenner oder bei Kufstein sein. Man möge in Deutschland nie vergessen, daß in diesem Falle eine weitere halbe Million Volksgenossen dem Deutschtum verloren gingen.

Digitized by Google

Tirol ist also heute in einer Zwangslage: es will von Oesterreich fort, weil es glaubt, in diesem Staate seine Eigenart zu verlieren und weil es in der Gemeinschaft mit Wien sich geschädigt fühlt; Tirol will nach Deutschland und findet dort nur eine kühle Anteilnahme an seinem Schicksale, aber keine Förderung seiner Wünsche; nur südlich des Brenners hört es Lockungen und Versprechungen. Was wird es tun? L. D.

Reichsverwaltung

Von K. Battsek, Berliner Geschäftsträger des Magistrats und der Vereinigten Handelskammern Frankfurt a. M. — Hanau

Das lawinenartige Anschwellen des Beamtenkörpers in allen Behörden beunruhigt seit langem die öffentliche Meinung. Das Versagen des von der Regierung Fehrenbach berufenen und inzwischen zurückgetretenen sogenannten Sparsamkeitsdiktators hat leider nicht den Erfolg gezeitigt, daß die berufenen Kreise sich endlich ernstlich der Mühe unterziehen, systematisch, sine ira et studio, an die Lösung der zweifellos schwierigen Aufgabe heranzugehen, zunächst für den Reichsapparat eine Vereinfachung der Verwaltung zu schaffen. Und zwar erscheint es mir im Augenblicke wichtiger, hierbei die Erzielung höchster Arbeitsleistung und Intensität zur Richtschnur zu machen als ausschließliche Rücksichtnahme auf das Budget, die natürlich auch mitzusprechen hat.

In anerkennenswerter Objektivität hat sich der frühere Reichsminister des Innern, Dr. Koch, mit der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung in einer großangelegten Denkschrift (wiedergegeben in Heft 9—10 der Deutschen Juristen-Zeitung) beschäftigt, auf deren Inhalt ich bei meinen nachstehenden Ausführungen Bezug nehme.

Unter dem 28. Februar 1921 richtete er als Reichsminister des Innern des ferneren ein Schreiben an den Reichstag, in dem

„die Reichsregierung zur Prüfung der Maßnahmen, die zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifen sind, die Bildung einer gemischten Kommission für erforderlich hält. Diese soll mit der Bearbeitung folgender Fragen betraut werden.

1. Wie sind zur Durchführung von Ersparnissen in der öffentlichen Verwaltung die Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Kommunen zu verteilen?
2. Organisation der Reichs- und Landesbehörden.
3. Verhältnis der Reichs- zu den Landesbehörden.
4. Dezentralisation innerhalb der Reichsverwaltung.
5. Abgrenzung der Verwaltungsbezirke im Reich und in den Ländern.

Mit diesem Regierungsantrag beschäftigte sich der 16. Ausschuß des Reichstages insofern, als er sich am 4. März 1921 mit dem Vorschlage der Regierung einverstanden erklärte. Weiteres hat die Oeffentlichkeit bisher über einen

Digitized by Google

praktischen Fortgang der Angelegenheit leider nicht gehört. Und doch gehört die Lösung des Problems der Reichsverwaltung mit zu den Fragen des Wiederaufbaues. Um so mehr als man seinerzeit in Weimar die Kraft zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates nicht aufgebracht und die Milliardenlasten für die Kleinstaaterei den deutschen Staatsbürgern gelassen hat. Auch die Landesregierungen stehen immer noch vor der Aufgabe, ihren Apparat durchgreifenden Reorganisationen zu unterwerfen, wollen sie nicht immer mehr in eine nicht zu deckende Defizitwirtschaft hineingleiten. In Preußen hat der frühere Staatsminister Oeser eine leider vertraulich gebliebene Denkschrift der preußischen Regierung hinterlassen, zu der sich Ministerpräsident Stegerwald in der Landtagssitzung vom 6. Juni dilatorisch geäußert hat.

Das Reich muß auf diesem Gebiete voranmarschieren, hat auch in den letzten Wochen kleine Ansätze hierzu gemacht.

Koch geht an den schwierigen Fragenkomplex vom Standpunkte des Regierungsmannes heran, der den ganzen riesenhaften Apparat, wie er jetzt besteht, von dem obersten Stockwerk des Reichsregierungswolkenkratzers aus sieht — übersehen kann ihn wohl kaum jemand mehr! Und auch alle Gründe und Begründungen, die Koch für das ständige Aufsetzen neuer Stockwerke auf das sicherlich schon recht unwohnliche Regierungsgebäude — z. T. gegen sein eigenes Gefühl — heranholt, bestärken den Außenstehenden nur in der Auffassung, daß, so notwendig die Aufhebung der städtischen Baupolizeivorschriften für Hochhäuser ist, für das Regierungsgebäude sie strengstens durchgeführt werden sollten. In der Beschränkung muß sich der Meister zeigen. Ein Chef, dessen Betrieb so angeschwollen, daß er nicht in der Lage ist, ihn zu übersehen, dem entgleiten gar bald die Fäden, und seine Untergebenen machen mit ihm, was sie wollen.

Derartige Zustände — und sie sind dagewesen — sabotieren die Regierungsmaschine, kompromittieren die ganze demokratische Regierung, schädigen ihr Ansehen nach innen und außen. Wie sehr Herr Koch unter diesen Verhältnissen gelitten hat, geht aus seinen Schilderungen über heutige Kabinettssitzungen, die verzweifelte Aehnlichkeit haben mit den Klagen des Freiherrn vom Stein in seiner nassauischen Denkschrift, klar hervor:

„Vielfach werden vor dem Kabinett Fragen verhandelt, die der Ministerialrat vorträgt, in deren Einzelheiten selbst der Minister nicht eingedrungen ist, und deren Entscheidung durch unbeteiligte Minister sinnwidrig ist."

Koch betrachtet die ganze Frage von der Zinne der Regierungsburg, will sagen von oben herab in das Gedränge sehend, ich dagegen von unten herauf, aus der Menge nach oben blickend, seit über zweieinhalb Jahren als Mitglied des Publikums, das mit den Reichsbehörden beruflich zu arbeiten hat. Meine Herren Reichsminister, Sie haben kaum eine Vorstellung von den Schwierigkeiten, die sich so einem armen Publikum in den Weg stellen. Wieviel Zeit, Arbeit, Verstimmung, Verärgerung über diese Regierungsmaschine — mit solch einer Tätigkeit

Digitized by Google

verbunden sind. Nehmen Sie sich einmal die Geschäftsverteilungspläne der einzelnen Reichsministerien vor: in einem großen Umfange finden Sie in den verschiedensten Ministerien für die gleichen Referate Abteilungen, Dezernenten, Räte, Hilfsarbeiter, Registraturen. Folgen: für die gleichen Referate die verschiedensten Auffassungen in derselben Reichsregierung. Welche ist richtig? Welche sachverständig? In seiner Not wendet man sich an die Reichstagsabgeordneten. Folge: Anfrage an die Regierung. Weitere Folge: Belastung der Minister und ihrer Untergebenen mit Mehrfacharbeit.

Daher der Vorwurf, den Herr Koch gegen diese Seite des Parlamentarismus erhebt.

„Fast jede dieser kleinen Anfragen erfordert umständliche Rückfragen bei den Landesregierungen, Verhandlungen mit anderen beteiligten Ressorts und politische und sachliche Erwägungen."

Sie wollen z. B. über den Handelsvertrag mit der Schweiz eine Auskunft. Referenten befinden sich im: 1. Reichswirtschaftsministerium, 2. Auswärtigen Amt, politische Abteilung, 3. Auswärtigen Amt, wirtschaftspolitische Abteilung, 4. Auswärtigen Amt, handelspolitische Abteilung X, jetzt Eildienst-G. m. b. H. Allein in einem Ministerium drei verschiedene Referenten mit sicherlich verschiedenen Auffassungen! —

Ueber Zölle! Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium, drei Abteilungen im Auswärtigen Amt, Reichsjustizministerium.

Fast jedes Reichsministerium und die Reichsregierung unterhalten ihre eigenen Presseabteilungen, ihre eigenen Nachrichtenblätter! Daher häufig Widersprüche und Wiederholungen in amtlichen Kommuniqués.

Welch großer Aufwand wird nutzlos vertan! — — — Unsere zukünftige Wirtschaft, unser gesamter Wiederaufbau wird und muß unter dem Eindruck der von uns jetzt übernommenen Verpflichtungen unseren bisherigen Feinden gegenüberstehen. Zurzeit ist es für den Außenstehenden — ich glaube aber auch für den Drinnenbefindlichen — einfach unmöglich, sich über die zusammenhängenden Fragen authentisch, d. h. einheitlich informieren zu lassen — es gibt ja viel zu viel Ministerien, Referenten, die dabei befragt und gehört werden müssen, und wie oft erleben wir Praktiker das deprimierende Schauspiel, daß im Reichstag auf eine Anfrage von einem Vertreter e i n e s der beteiligten Ressorts eine Auskunft erteilt wird, die im Gegensatz zu der Auskunft des andren Ressorts und oft auch zur tatsächlichen Richtigkeit steht. Wie soll da das Parlament zu sachlicher Mitarbeit erzogen werden können? Wobei ich aus eigener praktischer Beobachtung einen großen Teil der Klagen Kochs über die Geschäftsführung des Reichstages, des Reichswirtschaftsrates, des Reichsrates, seine Anregungen für die Beschränkung in den staatlichen Aufgaben leider nur allzu berechtigt finde.

Koch empfiehlt, auf die Wurzel des Uebels zurückzugehen. Diese liegt aber m. E. im Schoße des Regierungsapparates, schon deshalb, weil man sie, wie doch aus Kochs Ausführungen hervorgeht, dort zu empfinden beginnt.

Digitized by Google

In fast jedem Reichsministerium befindet sich eine Rechtsabteilung. Sollte wirklich das Reichsjustizministerium den Ansprüchen nicht genügen können?

In jedem Reichsministerium befindet sich eine Abteilung für die Personalien. Wozu? Gibt es nicht einheitliche Besoldungsvorschriften? Einheitliche Beförderungsanweisungen? Läßt sich nicht einheitlich der Beamtenapparat erfassen? Genügt dafür nicht eine einzige Abteilung für sämtliche Ressorts vielleicht innerhalb des Sekretariats der Finanzen, das ja doch die Mittel aufbringen muß? Dazu vielleicht noch in jedem Ministerium eine Registratur?

Welche Arbeits- und Kostenersparnis ließe sich selbst auf diesem rein internen Verwaltungsgebiet erzielen?

Würden die Herren Minister unter die Menge vor dem Regierungswolkenkratzer sich begeben, sie würden hören, wie schwierig es ist, im Zentrum Berlins irgendwelche Räumlichkeiten für Bürozwecke zu erhalten, dagegen erfahren, daß z. B. auf Schritt und Tritt Ableger des Auswärtigen Amts anzutreffen sind. Zwar hat Herr Koch geglaubt, diesen erwarteten Einwand von vornherein dadurch entkräften zu können, daß er von der erheblich gegen früher erweiterten Arbeitslast dieser Behörde spricht. (Er führt dafür u. a. an: Bearbeitung der Angelegenheiten Oberschlesiens, der besetzten Gebiete! — Für die gleichen Fragen gibt es auch im jetzigen Reichsinnenministerium Dezernate! Wozu dieses Nebeneinander!?) Das Auswärtige Amt bedarf, zugegeben, seiner allgemeinpolitischen Abteilung, aber daß wir seine wirtschaftspolitische und handelspolitische benötigen sollten, das vermag ich nicht anzuerkennen.

Wirtschafts- und Handelspolitik gehören zunächst zusammen, ganz gleich, ob die eine von Berufsdiplomaten, die andere von praktischen Kaufleuten amtlich betrieben werden soll. Beide zusammen sind aber von der Wirtschaftsabteilung der Reichsregierung (siehe weiter unten) zu dirigieren, und da die Innenwirtschaft auf keinen Fall ohne die Außenwirtschaft zu betreiben ist, für beide aber richtiggebend die politische Auffassung des jeweiligen Gesamtministeriums sein muß, so genügt vollauf für das Auswärtige Amt seine allgemeinpolitische Abteilung, welche ihren Nachwuchs für die Konsularkarriere aus der Wirtschaftsabteilung der Reichsregierung (Reichswiederaufbauministerium, vgl. meinen späteren Vorschlag), mit der zusammen Handelsverträge, „Plan"wirtschaften dem einen oder anderen Auslandsstaat gegenüber, Paßgebührenangelegenheiten usw. bearbeitet, zu beziehen hat. Es kann auch unseren Berufsdiplomaten nichts schaden, wenn sie mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Innern und ihren Zusammenhängen nach außen recht sehr vertraut sind, bevor sie draußen auf eigene Füße gestellt werden.

Beispiele aus der Praxis lassen sich ad infinitum geben, die dartun, an wieviel Stellen zur Zeit Mehrfacharbeit infolge Zersplitterung der Aufgabenkreise und Auffassungen geleistet werden muß, dadurch die Uebersicht erschwerend, die Reibungsflächen vergrößernd und dem Etat Mehrfachkosten aufbürdend, ohne produktive Leistungen zu erzielen. Ich berufe mich auch hierbei auf Dr. Koch:

Digitized by Google

„Das Kabinett entscheidet Einzelfragen, und zwar in der Regel erst, wenn sie durch Reibung entzündlich geworden sind, anstatt dadurch vorzubeugen, daß es sich rechtzeitig über allgemeine Grundsätze klar wird, die richtunggebend wirken würden. Zu richtunggebenden Auseinandersetzungen über die Grundfragen der Politik, etwa zu Vorträgen der Minister darüber, nach welchen Hauptgrundsätzen sie ihr Amt führen wollen, und zu kritischer Stellungnahme der übrigen Minister dazu, hat in den drei Kabinetten, denen ich bisher angehört habe, leider oft die Zeit gefehlt. Die Verantwortlichkeit des Gesamtkabinetts für die Maßnahmen der einzelnen Minister steht daher nicht selten auf dem Papier. Man erfährt von Maßnahmen, die man für fehlerhaft hält, manchmal erst, wenn es zu spät ist.

Die Folge ist ferner, daß sich auch in den Ressortbesprechungen der vortragenden Räte immer wieder Meinungsverschiedenheiten über Grundfragen ergeben und darüber in jedem Einzelfall endlos und mehr vom persönlichen Standpunkt des Referenten als seines Ministers gesprochen wird, anstatt daß durch eine feste Willensäußerung des Kabinetts diese Fragen abgeschnitten würden und die Ressortbesprechungen ihrem Zwecke die Grundsätze des Kabinetts in dem Einzelfall anzuwenden, zugeführt werden können. Infolgedessen verlaufen die Ressortbesprechungen häufig ergebnislos. Jeder Ministerialrat läßt sich von seinem Minister durch einen Vortrag, in dem er naturgemäß die eigene Anschauung und ihre Begründung in den Vordergrund stellt, hinterher in seiner Stellungnahme bestärken, und auch die nächste Ressortbesprechung führt keinen Schritt weiter. Häufig bedarf es dann erst eines Anstoßes von außen, etwa vom Parlament, von der öffentlichen Meinung oder vom Ausland, um die Angelegenheit vorwärts zu bringen und sie zum Gegenstand einer Chefbesprechung oder einer Kabinettserörterung zu machen. Inzwischen aber ist viel Zeit und Arbeitskraft verloren gegangen.

Wird meinem Vorschlag wegen Vereinigung der wichtigsten wirtschaftlichen Ministerien gefolgt, so mindern sich die Reibungsflächen und die Auseinandersetzungen im Kabinett von selbst."

Dr. Koch macht nämlich — und das ist das Erfreuliche an seinen Darlegungen — fest umrissene Reorganisationsvorschläge. „Der Reichskommissar für die Vereinfachung hat mit Recht dargelegt, daß durch die Vielheit der Ministerien Reibungen entstehen. Je mehr Ministerien, um so größer die Notwendigkeit, Meinungsverschiedenheiten über solche Fragen, die nicht von großen politischen Gesichtspunkten beherrscht werden, sondern die nur Fachkundige sachgemäß entscheiden können. Wenige leitende und verantwortliche Spitzen muß der Grundsatz jeder vernünftigen Verwaltung sein."

Für den obersten Verwaltungsapparat des Reiches stelle ich den früheren und derzeitigen Verhältnissen den Vorschlag Kochs gegenüber:

A) Vor dem Kriege	B) Jetzt	C) Vorschlag Koch
1) Reichsamt des Innern	1) Reichsmin. des Innern	1) Reichsminist. des Innern
2) Auswärtiges Amt	2) Reichsmin. d. Aeußern	2) Reichsmin. des Aeußern
3) Reichsmarine-Amt	3) Reichswehrministerium	3) Reichswehrministerium
4) Reichsjustiz-Amt	4) Reichsminist. der Justiz	4) Reichsminist. der Justiz
5) Reichspost-Amt	5) Reichspostministerium	5) Reichspostministerium
	6) Reichsverkehrsminister.	6) Reichsverkehrsminister.
	7) Reichsarbeitsminister.	7) Reichsarbeitsministerium
	8) Reichsminist. f. Ernährung u. Landwirtschaft	8) Reichsminist. für Ernährung u. Landwirtschaft
6) Reichskolonial-Amt	9) Reichsschatzministerium	
7) Reichsschatzamt	10) Reichsfinanzministerium	9) Reichsminist. f. Wiederaufbau
	11) Reichswirtschaftsminist.	
	12) Reichsministerium für Wiederaufbau	

Digitized by Google

Zusammen: A) 7 Ministerien, nicht 9, wie Koch schreibt, da es für Eisenbahn und Heer keine eigentlichen Reichsministerien gab, B) 12 Ministerien, C) 9 Ministerien.

Minister Dr. Koch ist mit dieser, gewiß schon nicht unbedeutenden Ersparnis an Ministerium selbst nicht zufrieden. Es wird beispielsweise von ihm bereits ausgeführt, daß man sehr wohl der Ansicht sein kann, die Verwaltung der Reichswehr (100 000 Mann!- einem anderen Ministerium anzugliedern, und mir will scheinen, als ob ein eigenes Reichswehrministerium sich auf die Dauer gar nicht rechtfertigen läßt (man könnte diese Aufgabe doch sehr zweckmäßig den Ministern des Innern und des Aeußern mit übertragen).

Auch selbständige Post- und Verkehrsministerien sind im Grunde nicht berechtigt, nach den Begründungen, die der frühere Reichsinnenminister selbst gibt.

„Auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens würden manche Zeitersparnisse entstehen, wenn sich Eisenbahn und Post nicht immer erst im Kabinett auseinanderzusetzen hätten. Es sei z. B. an die Einrichtung von Automobillinien, die gleichzeitig dem Personenverkehr und dem Postbedürfnisse dienen sollen, erinnert. Auch die Beamtenfragen dieser beiden Ministerien würden glatter und mit geringerer Unzufriedenheit der Beamten erledigt werden, wenn der erklärliche Ehrgeiz der beiderseitigen Behörden, für ihre Beamten möglichst gut zu sorgen, in einer einheitlichen Spitze ausgeglichen würde."

Sie sind darüber hinaus, aber m. E. Teile der allgemeinen Wirtschaftsverwaltung und gehören dann zu dem großen Wiederaufbauministerium, wie dieses Herrn Koch vorschwebt.

„Es läßt sich durchaus erwägen, ob man auch die Verkehrsministerien demselben Minister unterstellen sollte, denn auch sie haben sich in den Dienst der großen wirtschaftlichen Aufgaben zu stellen."

Unbedingt ähnlich verhält es sich m. E. mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Dieses Reichsministerium hat, solange die Einzelstaaten bestehen, nur Legislativzweck, ist also richtunggebend für die großen Linien der Siedlungspolitik, die Sicherstellung des Volksernährung, d. h. die Maßnahmen für Ein- und Ausfuhr, Preisgestaltung für Düngemittel, Getreide, Kartoffeln, Anbau usw., alles die wichtigsten Probleme der Innenwirtschaft, die eben gar nicht von der allgemeinen Wirtschaftspolitik getrennt werden können, will man nicht Konflikte zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ernährungsministerium geradezu heraufbeschwören (es existiert wohl jetzt noch im Reichswirtschaftsministerium ein diktatorischer Ausschuß für Lebens- und Futtermittel und ein ebensolcher für Rohstoffe!). Die von der Reichsregierung übernommenen Verpflichtungen zur Erfüllung des Friedensvertrages fordern gebieterisch, daß aus dem Uebergewicht unserer Einfuhr über die Ausfuhr ein Uebergewicht der Ausfuhr gemacht wird: Verminderung der Einfuhr an allen Gegenständen des Luxus- und Genußmittelkonsums, gewisse Einschränkungen in der Lebenshaltung, Intensivierung der inländischen Lebensmittelerzeugung! Es handelt sich um die endliche Schaffung einer Einheitlichkeit unserer Wirtschaftspolitik!

Digitized by Google

„Die Verantwortung dafür, daß unser Wirtschaftsleben wieder aufblüht, kann nur übernehmen, wer die deutschen Finanzen in der Hand hat und nachteilige Maßnahmen von der deutschen Wirtschaft fernhalten kann, und umgekehrt ist die Gesundung unseres Finanzwesens nur auf dem Wege über eine Erstarkung unseres Wirtschaftslebens möglich."

Hiergegen müßten m. E. die politischen Einwendungen Kochs zurücktreten, denn „bei dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten" muß es löslich sein, „einen wirtschaftlich und finanziell erfahrenen Wiederaufbauminister zu finden, der so geartet ist, daß er gleichzeitig auch noch das Vertrauen der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft fände."

Herr Minister Koch meint m. E. aus parteitaktischen Erwägungen heraus, von denen wir uns endlich freimachen müssen, wollen wir uns nicht selbst unser Grab schaufeln:

„Ebenso ist es auf dem Gebiete der Ernährung von hervorragendem Nutzen, auf die Mitarbeit eines Mannes nicht zu verzichten, dem die Landwirte als ihrem sachkundigen Berufsgenossen Vertrauen entgegenbringen. Hier wird die politische Frage zu einer Personenfrage, die nur der lösen kann, der zur Bildung des Kabinetts und zur Berufung der Minister zuständig ist."

Man könnte allenfalls den Bedenken Kochs nachgeben und für ein unabhängiges Reichsarbeitsministerium eintreten, aber auch hier sind m. E. die Gegengründe durchschlagender, die eine Angliederung an ein großes Wiederaufbauministerium zwangsläufig fordern. Denn auch die Sozialpolitik in unserem Staat läßt sich nicht von der Wirtschaft und Finanzverwaltung — aber auch nicht von der Justiz — trennen, ohne schwerste Differenzen und damit ein Paralysieren der Tat, wie wir es zur Zeit leider zum Schaden der Allgemeinheit erleben, zur dauernden Einrichtung zu machen.

Mit der gleichen Argumentation kann die Großindustrie, kann der Exporthandel, können die Gewerkschaften Ministerportefeuilles fordern. Das Vertrauen seiner eigenen Berufsgenossen verliert aber erfahrungsgemäß auch jeder „Fachkollege" sehr schnell, wenn er als leitender verantwortlicher Staatsmann von seinen Genossen immer weitere Steuern fordern, ihnen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen immer neue Lasten auferlegen muß. Das „Vertrauen" muß sich ein jeder zu erwerben trachten. Dadurch, daß er mutig und unverzagt in die einzelnen deutschen „Löwenhöhlen" hineingeht und offen und gerade auch mit den „Nichtkollegen" so häufig wie möglich Aussprachen herbeiführt. Erst dann wird — vielleicht! — mit dem zunehmenden gegenseitigen Verständnis eine weniger politisch vergiftete Atmosphäre als bisher sich einstellen, und der Kampf der Parteien, über die das Volksganze interessierenden Zweckmäßigkeiten, mit geistig geschliffenen Waffen geführt werden.

Alle Reformbestrebungen sollen doch aber uns endlich herausführen aus geistiger Stagnation und parteipolitischem Hader, der nationalen Idee und der schaffenden Tat zum Sieg verhelfen.

Wollen wir aber ernstlich reformieren, so dürfen wir nicht aus falscher Scheu und Angst vor Ueberliefertem und „vielleicht" möglicher Unpopularität wie in

Digitized by Google

Weimar Halt machen auf halbem Wege, sondern wir haben die sittliche Pflicht, das, was wir als richtig erkannt haben, auch mit dem Ernste, den die Zeit von uns fordert, durchzuführen. Nur wenn unsere Regierung so handelt, mit gutem Beispiel vorangeht, wird man unseren guten Willen, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen anerkennen und uns einsichtig folgen. Unsere Landesregierungen und Privatwirtschaftler (Arbeitgeber und Arbeitnehmer!) aber werden dann gern ihrerseits die Konsequenzen für sich ziehen und ihre Eigeninteressen unter das große Gebot der Gemeinwirtschaft unterzuordnen beginnen.

„Eine solche Regelung würde vor allem aber zur Folge haben, daß endlich einmal eine einheitliche Wirtschaftspolitik in Deutschland gemacht werden könnte."

Auch dann wäre der Zeitpunkt gekommen, um zunächst im Reich, dann aber auch in den Ländern an die einheitliche Verwaltung aller staatlichen Betriebe nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten zu gehen. Auf die Dauer muß der jetzige Zustand als unerträglich empfunden werden, der den Haushaltsplan durchaus unübersichtlich gestaltet und Reformen in der Geschäftsführung der Betriebe und ihre Rentabilisierung fast unmöglich macht.

Aus dem Koch'schen Reorganisationsvorschlag würde sich demnach bei Nutzanwendung meiner vorstehenden Anregungen folgender

Vorschlag D

herauskristallisieren lassen:

1) R. M. f. Inneres 2) R. M. f. Aeußeres 3) R. M. f. Wiederaufbau 4) R. M. f. Justiz

I) Staatssekret. f. d. Reichswehr

II) Staatssekret. f. d. besetzt. Gebiete

a) Staatssekretär für allgem. Wirtsch.

b) Staatssekretär für Sozialpolitik

c) Staatssekretär für Finanz. u. Staatsgüt.

d) Staatssekret. für Verkehr (Post, Eisenbahn, Schiff, Luftwesen)

e) Staatssekret. f. Volksernähr., landwirtschaftl. Siedlung

f) Staatssekret. f. Frag. d. Friedensvertrages

Die äußere Skizze charakterisiert wohl am besten den Sinn und die Tendenz meines Vorschlages.

Zusammenfassen aller Kräfte, Rationalisierung der geleisteten und zu leistenden Arbeit, Ineinandergreifen der Staatsmaschine, Ausschalten und Austragen von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der betreffenden Dezernate, eingehendstes Durcharbeiten aller gesetzlicher Regelung harrender Fragen, Möglichkeit genauester Prüfung und Leistung produktivster Arbeit, kurz, Schaffung statt Zersplitterung.

Digitized by Google

Vorwärts statt Stagnation. Das eigentliche Kabinett bestünde nur aus dem Reichskanzler und vier gleichberechtigten Reichsministern, wobei naturgemäß der Wiederaufbauminister der dominierende wäre. Für ihn hätte also das Land seine beste Kraft zu stellen.

„Man darf nicht einwenden, daß dadurch für die Person, die zur Leitung des Ministeriums berufen sei, eine unerträgliche Arbeitslast entstände. Unerträglich ist nur die Arbeit, bei der man sich tagtäglich mit anderen, unter Umständen von ganz anderen Anschauungen oder von gar keinen Grundsätzen und Zielen ausgehenden Personen herumzuschlagen hat. Sie wird um so unerträglicher, als bei solchen Meinungsverschiedenheiten in letzter Linie ein vielköpfiges Kabinett entscheidet, dem unmöglich die nötige Sachkunde und Zeit zur eingehenden Beurteilung aller Einzelfragen innewohnen kann. Nur ein Minister, dessen Ressort so ausgedehnt ist, daß er diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb seines eigenen Geschäftskreises selbst entscheidet, kann eine zielsichere und einheitliche Wiederaufbaupolitik treiben. Das ist keine Diktatur, wohl aber eine wirksame Zusammenfassung der Kräfte."

Diese fünf Minister hätten die politische Direktion zu geben, Kochs und des Publikums Wunsch ließe sich erfüllen:

„Das Kabinett ist heute mehr eine Behörde zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Ministerien als das Organ zur richtunggebenden Festlegung der Politik. Es kommt alles darauf an, das Kabinett zu einer raschen und festen Willensbedingung und zur raschen Umsetzung des Willens in die Tat instand zu setzen."

Minima non curat praetor! Gehören auf den Ministersessel Staatsmänner, so läge alle Ausführung in der Hand der Sach- und Fachstaatssekretäre. Dabei ergäbe sich — „da die Kabinettssitzungen heute zum größten Teil durch die Auseinandersetzungen der Wirtschaftsministerien untereinander in Anspruch genommen werden, ist diese Entlastung eine außerordentliche" — die weitere Folgerung, daß einzelne Staatssekretäre gleichzeitig zwei, derjenige, den ich neu eingeführt habe, weil ich ihn aus den praktisch gegebenen Verhältnissen heraus für unbedingt notwendig halte, nämlich der für die Fragen des Friedensvertrages, allen vier Ministerien anzugehören haben.

Diese Konsequenz würde es ermöglichen, daß der Staatssekretär eine Angelegenheit, die gleichzeitig das Arbeitsgebiet des anderen Ministeriums berührt (z. B. Auslegung und Anwendung einer Klausel des Friedensvertrages, Handelsverträge, Steuerobjekte usw.) innerhalb der Ressorts klärt und dann erst bei seinem Hauptminister, der wohl stets der Wiederaufbauminister ist, zum Vortrag bringt. Eine Auseinandersetzung der Minister im Kabinett wäre nur — in den alsdann wahrscheinlich ganz seltenen Fällen — erforderlich, in denen es weder dem Sekretär noch dem betreffenden Minister gelingt, sich vorher zu verständigen.

„Alle wichtigen Angelegenheiten aber, z. B. Vorlagen an die gesetzgebenden Körperschaften, Noten usw., können so weit vorgearbeitet werden, daß sie im Kabinett ohne Debatte angenommen werden können."

Gerade die Frage der einheitlichen, schnell funktionierenden Regierungsmaschine und die Angelegenheiten des Friedensvertrages verlangen gebieterisch eine Regelung, m. E. nach dem oben skizzierten Plan D.

Digitized by Google

„Bei einer solchen Regelung wären die wichtigsten und für die allgemeine Politik ausschlaggebenden Wirtschaftsfragen in einem Ministerium zusammengefaßt. Eine ganze Reihe von Angelegenheiten wird auf diese Weise auch bei Widerstreit der vortragenden Räte und Ministerialabteilungen durch den zuständigen Minister entschieden, anstatt durch das Kabinett. Eine solche Entscheidung ist sachgemäßer und schneller. Erfahrungsgemäß wird auch jeder Streit versöhnlicher ausgetragen, wenn er innerhalb derselben Kompagniestube besteht."

In dieses Gebiet fällt auch die durchaus akute Frage der Anhörung von Sachverständigen. Wie steht es damit jetzt? Jedes Ressort holt sich, wenn es *will*, Sachverständige herbei, die in zahllosen Sitzungen zahlreicher Gremien irgendetwas beschließen, das, vom betreffenden Referenten, wenn er *will*, zur Grundlage seines Urteils gemacht wird. In der gleichen Sache tagt aber auf Veranlassung eines anderen Ressorts ebenfalls ein Sachverständigenkolleg. Wieder doppelte, dreifache Arbeit, Zeit- und Kostenvergeudung.

Selten hat man es erlebt, daß die Sachverständigen rechtzeitig und die richtigen Sachverständigen — denn unter den bekannten Verhältnissen opfern die wirklichen Sachverständigen ihre Zeit nicht gern nutzlos — von einer tatsächlich allein ausschlaggebenden Instanz herbeigerufen wurden.

Neuerdings hat sich das insofern, wenn man will, gebessert, als die Regierung Wirth sich des verfassungsmäßig hierzu eingesetzten vorläufigen Reichswirtschaftsrates mehr als frühere Regierungen bedient. Dagegen läßt sich nichts einwenden, wenn man auch der Ansicht sein darf, daß die Lösung solange nicht als ideal betrachtet werden kann, als hier sicherlich sehr viel gearbeitet wird, ob aber diese Leistung von der Reichsregierung sehr geschätzt wird, war bisher nicht zu konstatieren. Das mag darin seinen Grund finden, daß bei den wichtigsten Fragen merkwürdigerweise der Reichswirtschaftsrat zu spät zu Rate gezogen zu sein scheint, daß ferner seine vorläufige Zusammensetzung zu sehr den Berliner Einfluß verrät, zu wenig die doch auch nicht ganz dumme und unbeteiligte „Provinz" zu Worte kommen läßt.

Jedenfalls aber darf doch betont werden, daß ein Gremium wie der Reichswirtschaftsrat m. E. eine Unmenge von Vor- und Sacharbeit zu leisten imstande sein sollte, die dadurch in den Regierungsressorts eingespart werden könnte. Warum nutzt die Regierung diese Möglichkeit nicht, in ihrem Interesse, im Interesse des Ansehens des R.W.R. und im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung?

Selbstverständlich muß Hand in Hand mit der Reformierung der obersten Reichsbehörden eine möglichst weitgehende Dezentralisation gehen.

Hierfür bilden zur Zeit die Landesregierungen die Mittler und teilweisen Exekutivorgane. „Bei der Dezentralisation verdient unbedingt der Grundsatz in den Vordergrund gestellt zu werden, daß das Reich in den meisten Fällen in der Form dezentralisieren muß, daß es seine Aufgaben an die Länder und Gemeinden abgibt." Herr Koch empfiehlt weiter, wie seinerzeit der Vereinfachungsdirektor,

Digitized by Google

den Umbau der Landesfinanz- in Reichsbezirksämter. Dazu müssen sie aber möglichst bald überall in die Zentren ihrer Wirkungskreise verlegt werden, ein Verlangen, das eigentlich gar nicht erst erhoben zu werden brauchte.

„In derselben Weise wie die Landesfinanzämter werden aber in der untersten Instanz auch die Finanzämter Zwecken aller Zweige der Reichsverwaltung nutzbar gemacht werden müssen.

Voraussetzung für alle gedeihliche Arbeit der Reichsregierung auf diesem Gebiet ist aber, daß auch die Beamten der nachgeordneten Stellen sich daran gewöhnen, Verantwortung zu übernehmen."

Die Forderung nach Verantwortungsfreudigkeit ist schon alt, Walter Rathenau hat sie gleich nach Zusammenbruch des alten Systems erneut dringend aufgestellt. Sie ist zweifellos eine Personen- und Erziehungsfrage. „Wer im Kabinett die Geschicke des Volkes entscheiden will, muß politisch und sachlich beschlagen sein. Hat es häufig im alten Regime am ersten und im neuen am zweiten gefehlt, so wird im Laufe der Zeit die Zahl der Männer, die in beiden Beziehungen geeignet sind, zunehmen."

„Beschlagenheit" und Charakter vermögen hier viel. Und das gute Beispiel von oben wird nach unten Wunder wirken.

Dazu gehört aber auch: Schluß mit den Ueberresten der Kriegswirtschaft, Vorsicht bei Schaffung neuer Interessentenbände mit Amtsbefugnissen.

Werft aus Berlin alles heraus, was als oberste Instanz nicht unbedingt an die Leitung der Reichsregierung gebunden ist, dazu gehört nicht z. B. das Reichswirtschaftsgericht, das Reichsverwaltungsgericht, die verschiedenen Versicherungsämter, schafft nicht dauernd neue Kommissariate, neue beamtenfressende Organe und Organisationen, die nur Geld verschlingen, das Nebeneinander-, das Nebenherarbeiten fördern, jedem ernstlich ein Vorwärts, ein Heraus aus dem gegenwärtigen Zustand Erstrebenden die Arbeit bei Euch und mit Euch verekeln! — —

Zweck der vorstehenden Ausführungen ist es, keineswegs Kritik zu üben, denn damit wäre nichts und niemand genützt. Der Verhältnisse haben sich durch Krieg und Zusammenbruch so entwickelt, und weil man sie so lange so hat laufen lassen, weil niemand die Kraft und den Mut aufgebracht hat, um sich der Lawine in den Weg zu stellen: Halt, es geht so nicht weiter! Mit einer Kritik allein, die in der heutigen Zeit ja sehr leicht ist, ist wahrlich nicht geholfen. Eine Idee, ein verwendbarer Vorschlag ist es, der gebraucht wird. Ein guter und fester Wille, ihn zur praktischen Tat werden zu lassen.

Reichsminister Dr. Koch hat eine Anregung gegeben, ich habe mir erlaubt, sie zu vervollständigen. Der Weg ist gangbar, man muß nur den Willen haben, ihn zu beschreiten. Es geht, es geht sogar ganz bestimmt. An der Oeffentlichkeit, denn ohne sie wird es wohl nicht gelingen, ist es nun, zu fordern, daß dieser Weg auch schnellstens beschritten wird.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

S. Kawerau, Synoptische Geschichtstabellen für die Zeit von etwa 1500 bis 1920. Verlag Dr. Schneider, Berlin. 65 Seiten. 45.— Mark.

Dieses Buch ist der interessante und wohl im ganzen geglückte Versuch, dem Geschichtsunterricht gegliedertes Material zur Verfügung zu stellen, aus dem Lehrender und Lernender sich eine selbständige Auffassung des Geschehens und seiner Zusammenhänge aufbauen sollen. Seiner Idee nach verzichtet es auf Werturteile und gibt nur den Stoff — in Tabellen wird nebeneinander das Wesentliche im Wirtschaftlichen, Sozialen, Geistigen, in der inneren und äußeren Politik gezeigt, vielfach nur schlagwortmäßiger Hinweis, gelegentlich auch in dichterer Ausführung. Am eingehendsten und brauchbarsten sind die wirtschaftlichen Angaben — sei es, daß der Herausgeber bei den traditionellen Lehrbüchern diese Seite am stärksten vermißt, sei es, daß er sie aus einer „materialistischen" Gesamtanschauung überschätzt. Daneben scheint mir das Kapitel „Geistiges Leben" zu dürftig und zu ungleich in der Bewertung — Klages und Fließ werden zitiert, Rickert und gar Max Weber fehlen. In der Darstellung der letzten politischen Ereignisse zeigt sich leider gelegentlich ein ungeschicktes und peinliches Ressentiment, (über die Reichsverfassung), das einen falschen Ton hineinbringt. Darüber muß man dann hinwegsehen können. Dankenswert ist der umsichtige Fleiß. Die Ausstattung des Werkes, das in Breitformat erschien, ist ausgezeichnet. Th. H.

v. Dalwigk, Tagebücher von 1860—71. Herausgegeben von **Dr. W. Schüßler.** Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin. 535 Seiten.

Als 2. Band der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts" werden die Tagebücher vorgelegt, die Hessen-Darmstadts führender Minister in der Zeit des Ausgangs des Deutschen Bundes niedergeschrieben hat. Es ist ein seltsamer Zufall, daß man durch die Publikation der Aufzeichnungen seines Vorgängers, des Freiherrn Bos du Thil, nun in der Lage ist, ein gut Stück deutscher und europäischer Geschichte aus der Darmstädter Perspektive zu sehen. Du Thil ist literarisch reizvoller, weil auf die Pointe gearbeitet, und auch lehrreicher, weil in ihm das innere Werden eines Mittelstaates sich spiegelt. Dalwigks Notizen sind mehr Blätter zur Stütze eigener Erinnerung, schmucklos, auch mit Wiederholungen, aber sehr präzis. Das Moment der Spannung liegt weniger in der Darstellung als im Stoff: Der Kampf des Staates, der zum einen Petersburg verschwägert, zum andern sich der französischen Machtsphäre am unmittelbarsten mit ausgesetzt fühlt, gegen die preußische Hegemonie. Dalwigk hat zweifellos neben Beust unter Bismarcks Gegnern das schärfste Profil, und nach der Reichsgründung fällt er auch dem preußischen Mißtrauen zum Opfer. Er hat eine europäische Stellung, sein Wort wird am Zarenhof gehört, sein Rat und seine Information in den Tuilerien erbeten. Die Aufzeichnungen führen mitten hinein in den Kampf gegen die unitarische Bewegung, in die Versuche um die Bundesreform von 1863, die Konstellationen von 64 und 66, in die Zeit, da Dalwigk einen französisch-österreichischen Krieg gegen Preußen erwartet, durch den die süddeutschen Staaten in ihrer Selbständigkeit gesichert werden sollen, in die Verwicklung der Novemberverträge von 1870. Die Verschlingung und Gegensätzlichkeit der dynastischen Auffassungen offenbart sich, (auch die Verachtung des verantwortlichen Staats-

Digitized by Google

manns gegen die Mehrzahl der gekrönten Häupter jener Zeit); der regierende Großherzog hat bei aller Einigungsarbeit das beglückende Gefühl: cela re durera pas, der Thronfolger optiert aufs heftigste für Preußen. Dalwigk selber macht die entschlossenste Sonderstaatenpolitik, die vor kühnen Engagements nicht zurückschreckt. Der Herausgeber will ihn vor dem Vorwurf retten, daß er „undeutsch" gewesen sei — aber seine Verteidigung der Ideen der Föderalisten klingt nicht sehr überzeugend, da er selber bismärckisch gestimmt ist. Mir scheint, daß Dalwigk nicht in die Linie des geistig-politischen Föderalismus mit seinem besonderen nationalen Ethos gerückt werden kann — denn gerade von diesem letzteren spürt man gar nichts. Die nationale Frage wird taktisch von der Machtposition der Darmstädter Regierung aus gesehen. Das sprechen die Tagebücher selber deutlich genug aus. Sie sind, um ihrer Deutlichkeit willen, ein unschätzbarer Beitrag für die inneren Motivenreihen der politischen Handlungen in der Zeit vor der Reichsgründung. Th. H.

Deutsche Hochschule für Politik

Vorstand: Staatsminister Dr. Drews — Prof. Dr. Ernst Jäckh — Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. F. Meinecke — Geh. Hofrat Prof. Dr. Beyerle, München — Professor Dr. Otto Hoetzsch — Geheimer Reg.-Rat Professor Dr. Hans Delbrück — Dr. Rudolf Hilferding — Dr. Siegfried von Kardorff — Reichsminister Dr. Radbruch — Dr. Hans Roeseler — Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

Studienleiter: Dr. Theodor Heuß — Abteilungsleiter: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer — Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig — Wilhelm Heile — Direktor Hans Kraemer (Reichswirtschaftsrat) — Geh. Reg.-Rat Dr. Kühne — Prof. Dr. Rühlmann — Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Sering.

Die programmatischen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik sind als Broschüre

„Politische Bildung"

erschienen, enthaltend die Reden von Staatsminister Dr. Drews, Reichsminister Dr. Simons, Reichsminister Dr. Koch, Reichsminister Dr. Scholz, Ministerialrat Prof. Dr. Richter und Prof. Dr. Jäckh, sowie die Denkschrift über Organisation und Ziele der Hochschule für Politik. Dieses Buch (à 3 M.) sowie Studienpläne (à 1 M.) können vom Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck: Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam, Junkerstraße 36/37.

Digitized by Google